

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wiederholungsnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 23) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belegat 38,00 hfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr., Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 130,00 Din., Luxemburg 25,00 fr., Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 skr., Österreich 12 Sch., Portugal 100 Esc., Schweden 6,50 skr., Schweiz 1,50 sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

POLITIK

Libanon: Der Sturz der provestischen Regierung von Präsident Gemayel schien angesichts Fortdauer der Kämpfe und Auflösungserscheinungen bei der regulären libanesischen Armee eine Frage der Zeit. Druzenführer Dschumblatt fordert offen auf, Gemayel „niederzuschießen“. Italien schlägt eine Außenministerkonferenz der Staaten der Beirut-Friedenstruppe vor.

Sowjet-Rüstung: Die Sowjetunion hat nach gleichlautenden offiziellen Angaben aus USA und Japan die Zahl ihrer Atomraketen vom Typ SS 20 in Asien von 99 auf 135 erhöht.

„DDR“ droht: Der stellvertretende Verteidigungsminister Generaloberst Keller warnt den Westen unter Hinweis auf die Reichweite der neuen Raketen davor, die „Gegenmaßnahmen“ des Ostens zur NATO-Nachrüstung „herunterzuspielen“.

Massaker: Sowjetische Besatzungstruppen haben in Afghanistan ein Massaker unter der Zivilbevölkerung verübt, berichten westliche Diplomaten in Pakistan unter Berufung auf Augenzeugen.

Klage: Nach fünfjährigen Ermittlungen läßt das Landgericht Düsseldorf die Anklage wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz gegen vier Manager eines Rüstungskonzerns zu.

ZITAT DES TAGES



„Unsere Handlungen und Worte auf innerdeutschem Feld müssen stets auch als Botschaft an die Deutschen in der DDR verstanden werden.“

Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, in einem Vortrag der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington (S. 1) FOTO: WACK

WIRTSCHAFT

Kurseinbruch: Die Weltbörsen reagierten auf den Kurseinbruch in New York mit einem neuen Schwächeanfall. Die Verluste deutscher Spitzenwerte wie Siemens, Daimler, BMW und Deutsche Bank summieren sich Montag und Dienstag auf 15 bis 23 Mark.

Zahlungsbilanz: 1983 Fehlbetrag von 4,07 Milliarden DM nach Überschuss von 3,08 Milliarden DM 1982.

Atlantik-Kabel: American Telephone and Telegraph und sieben weitere US-Unternehmen haben die Erlaubnis zur Verlegung des ersten Glasfaser-Transatlantik-Kabels nach Westeuropa beantragt. Es kann 40 000 Gespräche gleichzeitig übertragen.

Porsche AG: Mit 2,1 Milliarden DM Gesamtumsatz war das Geschäftsjahr 1982/83 (31. Juli) das erfolgreichste in der Geschichte des Unternehmens. (S. 15)

Börse: Die Schwäche der Wall Street lähmt auch die Aktivitäten an den deutschen Aktienbörsen. Der Rentenmarkt gab nach. WELT-Aktienindex 155,0 (157,5). Dollarmittelkurs 2,762 (2,750) Mark. Goldpreis pro Feinunze 379,25 (380,80) Dollar.

KULTUR

Hölderlin-Preis: Die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung der Stadt Bad Homburg erhält dieses Jahr die Lyrikerin Sarah Kirsch. Damit soll die aus Ost-Berlin stammende und jetzt in der Bundesrepublik lebende Autorin für ihre „Poesie ohne Beschönigung“ geehrt werden.

SPORT

Eishockey: Gelungener Auftakt für die deutsche Mannschaft beim olympischen Turnier in Sarajewo. Sehr klar wurde Jugoslawien mit 8:1 besiegt. Weiter spielen CSSR-Norwegen 10:4 und Italien-Schweden 3:11.

AUS ALLER WELT

Erfolg der „Challenger“: Erstmals in der Geschichte der Weltumfahrt ist es einem Astronauten gelungen, ein Raumschiff ohne Sicherheitsleine zu verlassen und mit einem tragbaren Manövriergerät durch den Weltraum zu fliegen. (S. 22)

Wetter: Wechselnd bewölkt, Niederschläge 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Wann schlägt Wirtschaftswachstum in Arbeitsplätze um? - Von Peter Gillies S. 2
- Bundeshaus-Neubau:** Ein Sparkonzept für das neue Herz der Republik - Von D. Gurschick S. 3
- Berlin:** In „Sofagesprächen“ mit der CDU stecken die Freien Demokraten Positionen ab S. 4
- Gesetzliche:** Warum viele Firmen schon jetzt das Weihnachtsgeld für 1984 zahlen S. 4
- Fernost:** Das Tauwetter zwischen Moskau und Tokio beschränkt sich auf Gesten S. 5
- Atomwaffen:** In Großbritannien lebt die Nukleardebatte wieder auf; Kinnock will Verzicht S. 6
- Forum:** Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 8
- Sarajewo:** Kölner Doping-Experte Manfred Donike von den Amerikanern honfikt S. 10
- Fernsehen:** Auf der Suche nach Anerkennung - „Der Internationale Jugendfilm“ im ZDF S. 20
- Krankenschein-Manipulationen:** „Nicht jeder Kittel kann potentieff sein“ S. 22

In Beirut droht jetzt eine Regierung unter syrischer Regie

Gemayels Armee löst sich auf / Christen fürchten „blutige Abrechnung“

PETER M. RANKE, Beirut
Die provestische Staatsführung des Präsidenten Amin Gemayel in Beirut steht vor dem Sturz. Starke Milizen der schiitischen Amal und der Drusen haben West-Beirut erobert. Die Armee löst sich nach fünf-tägigen Straßenkämpfen auf. In der Stadt lodern nach der schweren Beschließung in der Nacht und am Dienstag Dutzende von Bränden.

Hupend und mit Khomeini-Bildern „geschmückt“ rasen Jeeps und Pkw mit schwerbewaffneten Schützen durch das Zentrum. Soldaten der libanesischen Armee haben sich mit ihnen verdrückt.

Die USA haben gestern, wie die Nachrichtenagenturen ergänzend berichtet, einen Teil des Personals ihrer Botschaft in der libanesischen Hauptstadt Beirut evakuiert. 41 Mitarbeiter und Familienangehörige wurden auf ein Kriegsschiff vor der Küste Libanons gebracht. Rund 70 Botschaftsangehörige blieben weiter in Beirut.

Die amerikanischen kommandierenden Offiziere im Raum Beirut haben erweiterte Befugnisse erhalten, um eigenem Ermessen Verlegungs-schläge auf gegen ihre Einheiten gerichtete Angriffe anzuordnen. Dies gab ein Sprecher des Washingtoner Verteidigungsministeriums gestern abend bekannt.

Gleichzeitig wurde in Washington bekannt, daß die USA ihre Flotte vor der libanesischen Küste weiter verstärken. Diesen Angaben zufolge werden der Flugzeugträger „Independence“ und der Zerstörer „Clayton B. Kessinger“ einen Besuch in Istanbul abbrechen und der amerikanischen Einheiten vor Beirut verstärken. Außerdem eröffnete das Schlachtschiff „New Jersey“ erneut das Feuer auf Stellungen außerhalb Beirut.

SEITE 4:
„Europa trägt Mitverantwortung“
USA-Angebot mit Syrien?

Nach der Besetzung West-Beirut und dem Zerfall der Armee werden wir Gemayel aus dem Palast in Baalbek verjagen, erklärte Akef Haidar vom Politbüro der Organisation Amal. Gemayel solle aufgeben und im christlichen Ost-Beirut oder in den USA Zuflucht suchen. Und Druzenführer Dschumblatt forderte den Tod des Präsidenten. Die schiitischen „Khomeinisten“, die am vergangenen Donnerstag mit dem Kampf gegen die Armee begannen und den Hauptanteil an der Niederlage der Armee tragen, rechnen mit der Bildung einer Volksfront-Regierung. Deren Regierungschef wird wohl in

Damascus ausgewählt, wo sich bereits sieben ehemalige sunnitische Ministerpräsidenten und Politiker aus Libanon versammelt haben. Man rechnet mit Kerame oder Selim Hoss. „Nichts geht mehr ohne Syrien“, sagt ein Politiker des christlichen Lagers. Wie alle Libanesen ist er beeindruckt und erstaunt darüber, daß sich der Machtwechsel in West-Beirut unter den Geschützen des US-Schlachtschiffes „New Jersey“ und der inzwischen völlig gelähmten alliierten Friedenstruppe vollziehen konnte. Auch die US-Marines blieben bei ihrer defensiven Taktik und griffen nicht in die Kämpfe ein. Ein französischer Soldat wurde getötet, acht wurden verwundet. Die Opfer der Zivilbevölkerung gehen in die Hunderte.

Weite Kreise in West-Beirut fürchten jetzt blutige Abrechnungen. Zunächst dürften schiitische Familien aus den Slums der südlichen Vororte Häuser und Wohnungen in West-Beirut besetzen. Dann blutige Abrechnung gegen alle Minister, Beamte und Polizisten zu erwarten, die der Regierung Gemayel gedient haben oder gegen PLO, Moslems oder Druzen vorgingen. Erste Berichte sprechen von Plünderungen im Hamra-Viertel und im Ausländer-Bezirk Ranscha.

Fortsetzung Seite 12

Zahlt Bonn für Ausreisegenehmigungen?

Angeblieh 1000 Fälle / Regierung reagiert zurückhaltend auf Berichte aus „DDR“

GREGOR KONDEK, Berlin
Dem Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen ist, so die eigene Darstellung, von einer bevorstehenden Ausreisewelle aus der „DDR“ „nichts bekannt“. Mit dieser Bemerkung reagierte ein Sprecher des Ministeriums auf einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“, in dem von vermutlich 1000 genehmigten Ausreiseträgern die Rede war. Informationen der WELT aus dem Kreis von Antragstellern in Mitteldeutschland stützen jedoch entsprechende Informationen.

Es verstärken sich die Vermutungen, daß von Ost-Berlin getriebene Entscheidungen zur Genehmigung einer großen Anzahl von Ausreiseträgern innenpolitische Gründe hätten. Nicht unerheblich ist außerdem der finanzielle Hintergrund. Ausreisewilligen aus den Bezirken Erfurt, Gera, Dresden, Halle und Magdeburg war von den zuständigen Vertretern der „DDR“-Behörden direkt oder indirekt mitgeteilt worden, daß für die Erteilung zur Genehmigung der Ausreise „die BRD zahlt“.

Die WELT fragte das Bundesmini-

sterium für Innerdeutsche Beziehungen, ob die Bundesregierung für eine großzügigere Handhabung der Ausreisepreis eine finanzielle Gegenleistung erbringe, etwa über eine „Ausreiseförderung“ oder über die Zusage eines weiteren Kredits an die „DDR“. Das Ministerium verweigerte jegliche Auskunft. Einem Antragsteller in Halle, der sich seit 1980 vergeblich um eine Ausreise bemüht hatte, wurde Ende Januar völlig überraschend mitge-

SEITE 2:
Ein Schwab Menschlichkeit

teilt, daß sein Gesuch genehmigt sei. Auf erstaunte Fragen - im November 1983 war dem Mann noch unter Strafandrohung eine weitere Antragstellung untersagt worden -, erklärte ein Mitarbeiter der Abteilung Inneres beim Rat des Kreises Halle: „Sie sind für uns sowieso nur noch eine Belastung. Jetzt, wo wir dafür eine Entschädigung bekommen, können wir auf Sie verzichten.“

In Weimar (Bezirk Erfurt) erklärte ein Funktionär auf eine ähnliche Fra-

ge: „Warum sollen wir Ihren Antrag nicht genehmigen, wo doch eine Ausbildungsaufwandsentschädigung an uns gezahlt wird.“ In Freiberg im Bezirk Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und in Jena im Bezirk Gera wurde den Antragstellern in zynischer Weise fast gleichlautend gesagt: „Da Sie nicht nur ein ideologischer Schädling unseres Staates sind, sondern auch ein negativer Faktor für unsere Volkswirtschaft und wir für Ihr Verschwinden einen Ausgleich erhalten, warum sollen wir Sie nicht gehen lassen.“ Einem Antragsteller aus Halberstadt im Bezirk Magdeburg wurde vom Zoll erklärt: „Nehmen Sie nur alles mit, die BRD zahlt dafür.“ Antragsteller müssen vor ihrer Ausreise eine Genehmigung des Zollamtes über die zur Ausfuhr bestimmten Gegenstände vorlegen.

Anfallend ist, daß eine große Anzahl von Ausreiseträgern in Ost-Berlin, Dresden, Plauen und Weimar aber auch in Jena, Leipzig, Erfurt und Halle genehmigt wurden. Alle diese Orte sind in der vergangenen Zeit politisch neuralgische Punkte in

Fortsetzung Seite 12

Windelen präzisiert das Ziel Bonns

Vortrag in Washington: Innerdeutsche Beziehungen nicht zu Lasten des Bündnisses

fac. Bonn/Washington
Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), hat vor amerikanischem Publikum die Zielsetzung der Bonner Politik gegenüber der „DDR“ präzisiert und damit Befürchtungen in den USA zu zerstreuen versucht. Kanzlers eines Vortrags Windelens während eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung gestern in Washington, dessen Text in Bonn vorab verbreitet wurde. Die Bundesregierung hat unmissverständlich bewiesen, daß sie die innerdeutschen Beziehungen allein auf innerdeutscher Interessengrundlage betreiben wird und sich nicht zu Leistungen nötigen läßt, die ihre vitalen Sicherheits- und Bündnisinteressen gefährden.

Umgekehrt, so der Minister, zeige das Verhalten der „DDR“ nach dem Beginn der Stationierung neuer Raketen in Europa, „daß auch sie nicht beabsichtigt, ihre Interessen am innerdeutschen Sonderverhältnis derart eng mit dem Thema der militärischen Sicherheit zu verknüpfen, daß ihr daraus Schaden entstünde“.

Die Vertragspolitik mit der „DDR“ werde fortgesetzt werden, aufbauend auf den Verträgen, die die neue Regierung in Bonn im Herbst 1982 vorgenommen habe. „Wir sehen darin die unter den obwaltenden Umständen einzig verantwortbare Möglichkeit, unsere nationalen Sonderinteressen wahrzunehmen und unserer nationalen Verpflichtung nachzukommen.“

SEITE 2:
Freiheit vor Einheit
SEITE 5:
Aus dem Wortlaut

Und um letzte Zweifel zu beseitigen, fügte Windelen hinzu: „Verantwortbar heißt: ohne unsere eigene Freiheit und die unserer Verbündeten zu gefährden; ohne die präzise Stabilität in Europa zu vernachlässigen.“

Die Bundesregierung glaube nicht, daß es verantwortbar wäre, auf eine Politik des „starken Antagonismus“ und Verweigerung der Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung in Mitteldeutschland und in Osteuropa zu setzen. Das,

so meinte der CDU-Politiker, wäre nicht einmal nützlich. „Es würde uns und alle übrigen Europäer, angesichts der Natur des Sowjetsystems, von dem Ziel entfernen, die Teilung Europas und damit auch Deutschlands zu überwinden.“ Die „DDR“ brauche im übrigen ebenso Verhandlungsspielraum wie die Bundesrepublik Deutschland. Die Verantwortung als Deutsche und Europäer liege darin, das mögliche und Verantwortbare zu tun, um den Ost-West-Konflikt so weit wie möglich einzugrenzen und der Zukunft die Chance der Veränderung zu sichern.“

In diesem Kontext betonte Windelen auch den Milliardenkredit an die „DDR“ ein. Er nannte ihn ein gezielt eingesetztes Instrument zur Bewahrung der Sonderbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Das Signal sei verstanden worden, zumal da in der Kreditannahme auf dem Höhepunkt der Antichristen-Kampagne auch das Eingeständnis Ost-Berlins gelegen habe, „daß die Welt nach dem November nicht zu Ende geht“.

Reagan: Amerikas Herz ist stark

dpa/DW, Dixon/Illinois
US-Präsident Ronald Reagan zog es an die Stätten seiner Kindheit, als er jetzt in Nord-Illinois seinen 73. Geburtstag feierte. Mit einem nostalgischen Blick zurück und einem zuversichtlichen Ausblick beschwor er bei einer Gala-Feier in der High School von Dixon und später am College von Eureka die Tugenden des kleinstädtischen Amerika und die Größe der USA.

Bei eisigen Temperaturen war der Präsident mit der „Air Force One“ in Rockford gelandet. Dann flog er mit dem Hubschrauber nach Dixon, wo der junge Reagan von 1920 bis 1924 mit seinen Eltern gelebt hatte. In dem zweistöckigen weißen Schindeldach-

haus, in dem er aufgewachsen war, als der Präsident mit seinem älteren Bruder Neil zu Mittag. Dann fuhr er erstmals mit seiner neuen Panzerlimousine, die der Geheimdienst entworfen hat - mit einem erhöhten Dach und Innenbeleuchtung, die Einblendung von außen gesteuert -, durch die 18 000 Einwohner zählende Kleinstadt. Die Kinder hatten schulfrei und säumten die Straßen, die Schaufenster waren mit Präsidentenbildern, Flaggen und Spruchbändern geschmückt. Doch auch rund 100 Demonstranten hatten sich eingefunden und präsentierten Plakate: „Reagons stinken - fragt die Arbeitslosen“, las man da, oder: „Dies ist Dein schlechtester Film.“

DER KOMMENTAR

Zerfall

HEINZ BARTH

Der Traum eines wiedervereinigten Libanon ist ausgeträumt. Es ist nicht mehr verfrüht, dem multi-rassischen und multi-konfessionellen Staatsgebilde, das einst als die Schweiz des Nahen Ostens galt, den Nachruf zu schreiben. Sein Zerfall war schon unaufhaltsam, als deutlich wurde, daß sich Israel bei seinem Versuch übernommen hatte, der syrischen Invasion ein militärisches Gleichgewicht entgegen zu setzen. Zu lange hatte der Westen dem Selbstbetrug vertraut, es sei möglich, das Rad einer Entwicklung zurückzudrehen, die schon vor dreißig Jahren Eisenhower zur Intervention in Libanon veranlaßt hatte.

Was Eisenhower damals vorübergehend glückte, mußte Reagan diesmal mißgelingen. Denn seither haben sich syrischer Expansionismus, islamischer Fanatismus und schiitischer Fundamentalismus mit dem revolutionären Geist der arabischen Renaissance zu einem explosiven Gemisch verbunden, das der Westen nur entschärfen könnte, wenn er zu einem Risiko bereit wäre, auf das sich weder Amerika noch Europa einlassen werden.

Besonders die USA sehen sich in einer ausweglosen Situation. Vor der Entsendung der Friedenstruppen hätte der Präsident bedenken müssen, daß er nicht in

einen „Bürgerkrieg“ eingriff, wie man sich in Washington einredete, sondern in einen internationalen Konflikt, bei dem weitreichende geostategische Entscheidungen im Spiel sind.

Diese Unbedachtsamkeit wird jetzt bestraft. Ronald Reagan steht vor einer peinlichen Alternative: entweder läßt er vor Beirut die Schiffsgeschütze dröhnen, um die Lebensdauer des maroden Gemayel-Regimes zu verlängern, oder er folgt dem Rat derer, die auf den Abzug des US-Kontingents drängen. Eine chaotische Perspektive in einem Präsidenten-schaftsjahr. Undenkbar für Reagan, sich den Wählern als Kriegstreiber zu präsentieren, noch ungedenkbarer, ausgerechnet er, der Erneuerer des US-Prestige, könnte eine internationale Blamage von Carter-Dimensionen hinnehmen.

Da bleibt nur noch ein Scheinkompromiß mit Syrien, der zum Entsetzen der Israelis in Vorbereitung ist. Auf die Dauer müßte das mit einem syrischen Protektorat über Teile Libanons enden, das heißt mit einem Fußbad des Sowjetbären im Mittelmeer. Der Trost, daß Hafez Assad Unabhängigkeit gegenüber Moskau zeigt, dürfte kurzlebzig sein. Bald kommt für den Westen die Zeit, da ihm dämmert, wie unentbehrlich die viel geschmähte Türkei für die Stabilität der Region ist.

Kreml tritt Spekulationen entgegen

DW, Helsinki/Moskau
Den Gerüchten über eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes des sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow ist gestern ein hochrangiger Funktionär des Moskauer Partei-Apparats entgegengetreten. Der Leiter der Abteilung für internationale Information beim Zentralkomitee der KPdSU, Leonid Samjatn, erklärte bei einem Besuch in Helsinki zu Andropows Befinden: „Ich bin sicher, daß er auf dem Weg der Besserung ist.“ Andropow arbeite sehr viel, wie man an den von ihm veröffentlichten Briefen, Erklärungen und Aufrufen sehen könne.

Die plötzliche Absage einer für Montag geplanten Indien-Reise des sowjetischen Verteidigungsministers Dimitrij Ustinow hatte Spekulationen darüber ausgelöst, Ustinow sei wegen einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes von Andropow unabhängig. Inzwischen ließen sowjetische Regierungsvertreter westliche Diplomaten in Moskau informell wissen, der 75jährige Ustinow sei plötzlich an Grippe erkrankt.

Im Sinne der Äußerungen Samjatins meldete die sowjetische Nachrichtenagentur Tass, Andropow habe am Montag Dekrete über die Beförderung eines Generals und die Auszeichnung eines Wissenschaftlers unterzeichnet. Samjatn hatte vor zwei Monaten mitgeteilt, Andropow leide an Grippe. Inoffiziell war von einem Nierenleiden des Spitzenpolitikers die Rede, der seit dem 18. August 1983 nicht mehr öffentlich auftrat.

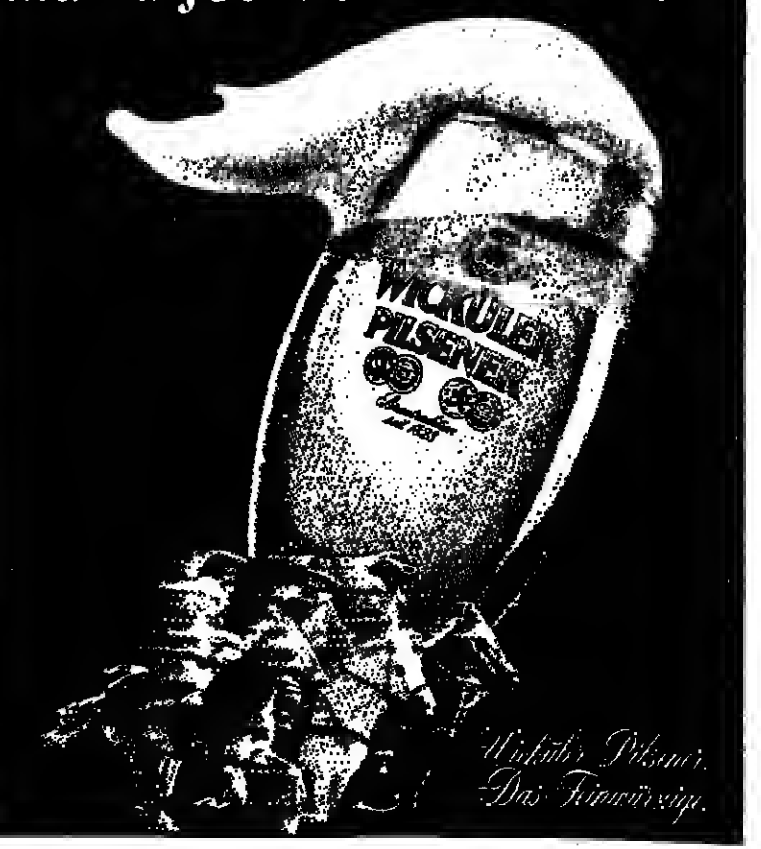
In Asien hat Moskau jetzt 135 SS-20-Raketen

DW, Tokio/Washington
Die Sowjetunion hat die Zahl ihrer in Asien stationierten nuklearen Mittelstreckentraketen vom Typ SS 20 offensichtlich auf 135 erhöht. In Washington bestätigte ein hoher Beamter des State Department eine entsprechende Darstellung des japanischen Außenministers Abe. Vor einem Jahr habe es im asiatischen Teil der Sowjetunion bereits 99 Raketen dieses Typs gegeben. Der Beamte bezeichnete die Verstärkung der sowjetischen Militärpräsenz in Asien als „klare Gefahr“ für die Schiffsfahrtswege der freien Welt. Diese militärische Aufrüstung sei eindeutig gegen die USA sowie ihre Freunde und Verbündeten gerichtet.

Wie Abe gestern bei einem Treffen des japanischen Sicherheitsrates unter Leitung von Ministerpräsident Nakasone mitteilte, soll das sowjetische Potential, in dessen Reichweite auch die japanischen Inseln liegen, in Kürze auf 144 Raketen erhöht werden. Das Verteidigungsministerium in Washington war Mitte Dezember 1983 davon ausgegangen, daß Moskau 117 Raketen des Typs SS 20 in Sibirien aufgebaut hat.

Angesichts des wachsenden sowjetischen Raketenpotentials in Fernost verlangt Tokio von den USA und von der NATO, bei einer Wiederaufnahme der unterbrochenen Genfer Raketenverhandlungen auch die Sicherheitsinteressen Japans und der anderen asiatischen Länder einzubeziehen. Ungeachtet der sowjetischen Bedrohung sollte sich Japan nach Abes Meinung aber weiter um die Normalisierung des Dialogs mit Moskau bemühen.

...und jetzt ein Wicküler



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Schub Menschlichkeit

Von Bernt Conrad

Nach Berichten aus Ost-Berlin sollen die „DDR“-Behörden in letzter Zeit ungewöhnlich viele Ausreisegenehmigungen erteilt haben. Das wird sich vermutlich erst dann verifizieren lassen, wenn die Begünstigten tatsächlich in der Bundesrepublik eintreffen. Käme es dazu, so wäre dies ein deutliches Indiz für die Absicht des SED-Chefs Erich Honecker, die Zusammenarbeit mit Bonn – über bloße Rhetorik hinaus – auch in schwierigen internationalen Zeiten fortzusetzen.

Dahinter stehen handfeste wirtschaftliche Interessen. Die hoch verschuldete „DDR“ braucht dringend westliches Geld. Der im Sommer 1983 von der Bundesregierung verbürgte Milliardenkredit war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Weitere Milliarden werden benötigt. Doch die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, zunächst müssten alle mit dem ersten Kredit verbundenen Erwartungen erfüllt werden. Das ist nach Bonner Ansicht noch nicht geschehen, wenngleich der bayerische Ministerpräsident Franz-Josef Strauß, einer der Initiatoren der Anleihe, sich über die bisherigen Ergebnisse schon höchst befriedigt geäußert hat.

Vielleicht will Honecker jetzt mit einem „Schub Menschlichkeit“ seine Aussichten für den zweiten Kredit verbessern. Die Geste wäre gewiß begrüßenswert, aber keineswegs ausreichend. Was vom SED-Chef verlangt werden muß, sind dauerhafte und generelle, nicht vorübergehende oder auf Einzelfälle begrenzte Erleichterungen im Reiseverkehr hinüber und herüber. Dies wäre die adäquate Antwort auf den von Bundesminister Heinrich Windelen bekräftigten Willen Bonns, „mit der DDR zu kooperieren“.

Honecker hat in letzter Zeit mehrfach Äußerungen getan, die sogar von nüchternen Politikern der Unionsparteien als „realistisch, maßvoll und konstruktiv“ bewertet wurden. Wirkliches Gewicht aber werden sie erst dann erhalten, wenn der SED-Chef dafür auch einen soliden Unterbau in Form konkreter Erleichterungen liefert. Sollte er das erkannt haben, wird er auch mit Gegenleistungen rechnen können.

Großer Rutenstreich

Von Rüdiger Moniac

Wenn in der Bonner Politik überhaupt Vorhersagen gewagt werden sollen: Diese dürfte kaum auf den Verkäufer zurückzuschlagen. Heute wird sich das Bundeskabinett mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dem Wunsch des beamteten Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, Hieble, nach vorzeitiger Zuruhrsetzung einverstanden erklären. Dann verläßt ein Verwaltungsfachmann von hohen Graden die Hardthöhe; einer der versuchten, Ministern verschiedener politischer Richtung loyal die Geschäfte zu führen; einer, der „unter Wörner“ vielleicht zu stark am Text von Vorschriften klebte und so am Ende sich als derjenige selbst sehen muß, in der Affäre um Kießling den Anstoß für sie gegeben zu haben.

Muß sich Hieble als „Opfer“ fühlen? Vielleicht gar als einziges dieser in vieler Hinsicht für die Republik so unwürdigen Affäre? Die Antwort wird erst möglich sein, wenn der Untersuchungsausschuss des Parlaments seine Ermittlungen vorantreibt. Mit Kießlings Rehabilitation und seiner auf wenige Wochen begrenzten Aktivierung wollen alle Partizipanten der Parlamentsuntersuchung die Persönlichkeitsrechte des Generals streng achten und den Aufmarsch der Zeugen so steuern, daß lediglich noch die „Entscheidungsabläufe“ im Ministerium, die letztlich zu Kießlings vorzeitiger Entlassung führten, aufgearbeitet werden. Den Akteuren ist zu wünschen, daß sie damit Erfolg haben.

Sie sollten nicht vergessen, daß dieselbe löbliche Absicht letzten Dezember auch den verantwortlichen Minister bei seinem Tun bestimmte. Wörner wollte Kießling helfen, den Ruhestand zu erreichen, ohne daß öffentlich ihm abträgliche Spekulationen aufkommen sollten. Dies ging daneben, wie inzwischen jedermann weiß. Wird es dem Untersuchungsausschuss schließlich nicht ähnlich ergehen, ergehen müssen? Als parlamentarische Institution hat er nicht in der Hand, was in der Begleitung seiner Arbeit manche Pressezeugnisse vielleicht an „Stories“ aus altem oder gar neuem Stoff anrühren mögen. Dies sollten vor allem die Sozialdemokraten bedenken, die – verständlicherweise – die Rute nicht aus der Hand geben möchten, mit der sie wochenlang einen Minister schlagen können. Sie haben abzuwägen zwischen den Rechten einer Person und ihrem Recht als Opposition, für die Regierung unbequemer Mahner zu sein. Wie immer sie sich entscheiden. Es hat Bedeutung.

Sarajevo

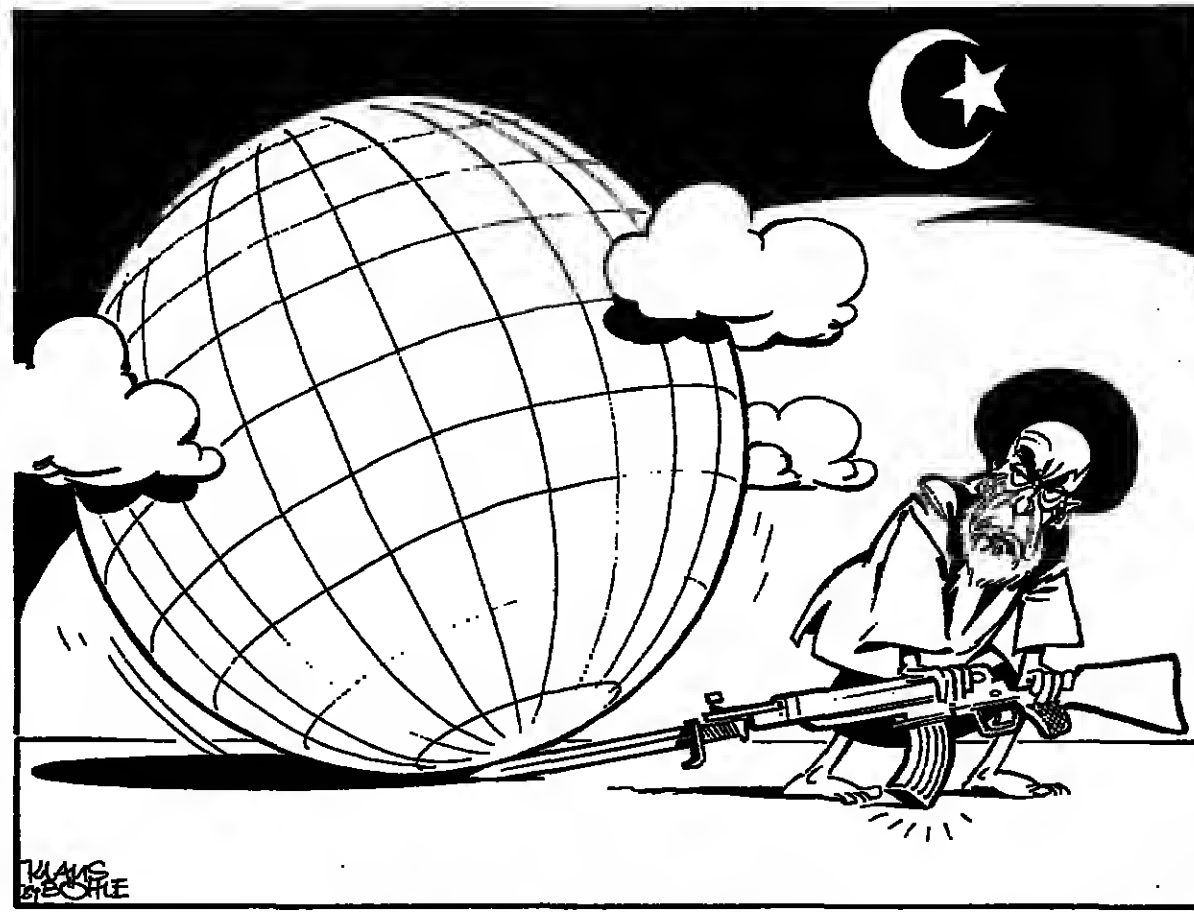
Von Carl Gustaf Ströhm

Wenn heute in der bosnischen Landeshauptstadt Sarajevo die Olympischen Winterspiele beginnen, dann sollte man den Sportlern ebenso wie den Zuschauern – und nicht zuletzt den Bewohnern des gastgebenden Landes wünschen, daß es unbeschwerte, faire Spiele werden: soweit das im Zeitalter elektronischer Vermarktung, olympischer Funktionsherrschaft und moderner Materialschlachten (etwa bei den Skiern) noch möglich ist.

Dennoch sollten sich die Aktiven ebenso wie die Zuschauer (auch jene an den heimischen Fernsehapparaten) einen Augenblick darauf besinnen, was der Name Sarajevo geschichtlich bedeutet: Hier fielen vor fast siebzig Jahren, am 28. Juni 1914, beim Attentat auf den österreichischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand die verhängnisvollen Schüsse, die den Ersten Weltkrieg auslösten. Dieses Attentat von Sarajevo – die Stelle, wo es sich ereignete, kann noch heute besichtigt werden – hat aller Leben verändert, auch wenn die meisten von uns damals nicht geboren waren.

Mit den Schüssen von Sarajevo endete die österreichisch-ungarische Monarchie, ebenso das von Bismarck geschaffene deutsche Kaiserreich. Der Erste Weltkrieg forderte Millionen von Toten. Ohne dieses Attentat hätte es vermutlich keinen Hitler und auch keinen Zweiten Weltkrieg gegeben, jedenfalls nicht in der Form, wie er sich dann abspielte. Sarajevo hat unser Schicksal entscheidend bestimmt als die Schlacht von Stalingrad – denn ohne das Attentat hätte es auch Jahrzehnte später den deutschen Marsch an die Wolga nicht gegeben. So kann man schließlich sagen, daß zwischen jenem Attentat und der deutschen Teilung, ja sogar der Berliner Mauer, ein gewisser innerer Zusammenhang besteht.

Man sollte deswegen nicht dem Trübsinn verfallen. Die Geschichte geht weiter, in Sarajevo und anderwärts. Aber innehalten sollte man dennoch und sich vergegenwärtigen, daß dieser Boden, auf dem Skifahrer und Bob-Asse jetzt zu Tal gleiten, eine andere geschichtliche Wertigkeit hat als Lake Placid, Sapporo oder Seefeld in Tirol.



Khomeini hantiert mit den Hebelgesetzen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Freiheit vor Einheit

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nicht auf deutschem Boden, sondern in Washington hat Heinrich Windelen Gelegenheit gesucht und gefunden, die „deutsche Frage“ aus dem diffusen Licht herauszuschälen, in das sie seit den Ostverträgen Willy Brandts getaucht war, und ihr ein Profil von gemeißelter Klarheit zu geben. Auf eine Kurzformel gebracht, sagt der zuständige Bonner Ressortminister ohne Wenn und Aber: Freiheit – und zwar „unsere und die unserer Verbündeten“ – hat Vorrang vor der Einheit Deutschlands; ebenso geht die „Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis“ den innerdeutschen Beziehungen vor.

Der Konsequenz dieser Rangordnung der Werte für alle Deutschen weicht der Minister nicht aus. Er sagt: „Die Bürger unseres Landes wissen sehr wohl, was die Entscheidung für die Nation bedeutet und immer schon bedeutet hat, nämlich die Teilung Deutschlands entlang der Linie des sowjetischen und des westlichen Einflusses.“

Mit dieser Klarstellung wird zugleich zurückgewiesen, daß Honecker in seinem offenen Brief vom 5. Oktober 1983 an Bundeskanzler Kohl für sich in Anspruch nahm, „im Namen des deutschen Volkes“ vor der Stationierung moderner Raketen der NATO zu warnen. In der Sache heißt das: Die Regierung des Kanzlers Kohl pflegt die Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands „allein auf innerdeutscher Interessengrundlage“ und nicht etwa zu Lasten ihrer „vitalen Sicherheits- und Bündnisinteressen“. Damit ist die zwiescheltige Vermengung von „deutsch-deutscher Politik“ und Sicherheitspolitik beendet.

Aus allem folgt: An einer emotionalen Verquickung der „deutschen Frage“ mit der Sicherheitspolitik sind in erster Linie Moskau und Ost-Berlin, in zweiter – auch abgeleitet – Linie jene Kräfte in der „Friedensbewegung“ interessiert, die Honeckers Geschäfte besorgen oder dem Pazifismus und dem Nationalneuralismus eine Bresche schlagen wollen.

Gleichwohl besteht Windelen auf der „Legitimität“ unserer – wie er formuliert – nationalen Sonderinteressen an und gegenüber der „DDR“, solange sie den Interessen der Demokratie „dienend“ ist. In solcher Eingrenzung können unsere nationalen Interessen von niemand als nationalstisch diffamiert werden. „Deutschlandpolitik“ wird zutreffend als außenpolitischer und innerdeutscher Gesamtrahmen Bonner Wiedervereinigungspolitik definiert; die „innerdeutsche Vertragspolitik“ wird dem ausdrücklich untergeordnet, kann also nicht selbst zur Wiedervereinigung führen. Deutschlandpolitik versteht die Bundesregierung essentially als europäische Wiedervereinigungspolitik und in diesem Sinn als europäische Friedenspolitik.



Es wäre unmoralisch, die deutsche Frage abzuschreiben: Das Brandenburger Tor, Symbol der Einheit in der alten Reichshauptstadt. FOTO: STARK-OTTO

Immerhin beurteilt Windelen die gegebene Machtlage realistisch. Eine Herausgabe der „DDR“, so sagt er, setze einen drastischen Machtverlust der Sowjetunion und eine Erschütterung ihrer ideologischen Grundlagen voraus, was unter den gegebenen Bedingungen nur als Folge einer militärischen Niederlage vorstellbar wäre. Darauf zu spekulieren, verbiete sich.

Alles Gesagte wäre gegenstandslos, hätte Windelen Zweifel daran, daß bei den Deutschen diesseits und jenseits der Elbe das Bewußtsein der nationalen Einheit unversehrt sei. Solche Zweifel hat der Minister keineswegs, und seine Gewißheit begründet er Interessanterweise damit, daß „die gemeinsame Erfahrung von nationaler Schicksals-, Haftungs- und auch Schuldgemeinschaft aus jüngster Vergangenheit“ die Deutschen in beiden Staaten besonders aneinander binde. Weil es ein nationales Selbstbewußtsein gibt, wäre es nicht nur unklug, sondern – so Windelen – unmoralisch, wenn Bonn die „deutsche Frage“ abschriebe. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wie man sich erinnert, hatte sich Brandt einmal dahingehend geäußert, er wüßte sich, „von Wiedervereinigung“ zu sprechen. Soweit geht Windelen nicht. Da aber Brandts Bemerkung als Ablehnung einer irgendwie gearteten Rückkehr zum Bismarck-Staat zu deuten war, ist es bemerkenswert, daß Windelen Kanzler Kohl mit dem Satz zitiert: „Es geht kein Weg zurück in den Nationalstaat Otto von Bismarcks“. Das ist eine höchst überflüssige Verunsicherung der ohnehin schwierigen Diskussion über den Begriff „Wiedervereinigung“, an dem das Bundesverfassungsgericht zu Recht konsequent festhält. Die Deutschen haben sich erst in dem von Bismarck gegründeten Reich als Nation im heute gebräuchlichen Wortsinne erfahren. Diese Tatsache sollte nicht vernebelt werden.

Dagegen ist nicht zu kritisieren, wenn Windelen den personalen Rechten der Freiheit und der Selbstbestimmung Vorrang vor dem Territorialbegriff der Einheit gibt. Er hätte sich da auf Konrad Adenauer und Franz Josef Strauß berufen können, die schon 1968 einer österreichischen Lösung für den anderen Teil Deutschlands das Wort geredet hatten.

IM GESPRÄCH Franz Böckle

Franz Dampf in allen Gassen

Von Susanne Plück

Er vertritt die Moralthologie auf Juristentagen und Medizinerkongressen, Bonner Minister suchen in Fragen der Ethik seit Jahren seinen Rat, und in der Grundwertediskussion hat er seinen Sachverstand den Kommissionen der Union wie der SPD zur Verfügung gestellt. Im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ist seine Mitarbeit so gefragt wie bei „Justitia et Pax“. Doch unter seinem Image als „Hans Dampf in allen moraltheologischen Gassen“ leidet Franz Böckle.

Der Direktor des Seminars für Katholische Moralthologie an der Universität Bonn – und derzeit ihr Direktor – hat zur öffentlichen Diskussion um gesellschaftliche Normen mit fundierten Stellungnahmen beigetragen: sei es zur Friedensfrage, Sterbehilfe oder Gentechnologie, zu nichtethischen Formen des Zusammenlebens oder zur Apparatedemokratie. Publizität war ihm jederzeit sicher, seit er sich 1968 anlässlich der Pflanzengruppe Papst Pauls VI. vom Standpunkt der Amtskirche in der Frage der Geburtenregelung vorsichtig distanzierte.

Bei allem Verständnis für die Brisanz praktisch-ethischer Probleme gehört Böckles Forschungsergebnis jedoch der Fundamentalmoral. In seinem gleichnamigen Werk hat er theologische Ethik beschrieben als Sachverhalts- und Sinnforschung aus dem Zusammenhang des christlichen Menschenbildes. Böckle ist ein vehementer Vertreter der stiftlichen Autonomie des Menschen: „Gott hat dem Menschen Verstand, Herz und Erfahrung gegeben, damit er sich selbst die Normen des Zusammenlebens schaffe.“

Jenen Studenten, die zwar gegen die kirchlichen Verbotskataloge in der Sexualmoral zu Felde ziehen, in der Friedensfrage hingegen inhaltlich



Erste Adresse in Fragen der Moralthologie: Franz Böckle. FOTO: GERT BACHERT

verbindliche Aussagen der Amtskirche fordern, hält er entgegen, daß Gott den Menschen nicht eindeutige „Rezeptologien“ für den Weg zum Heil erteilt habe: Jeder sei zur eigenen Entscheidung aufgerufen.

Diejenigen, die in ihn ähnliche Hoffnungen setzen wie in seinen Landsmann Hans Küng, hat der 1921 im Kanton Glarus geborene Schweizer enttäuscht, denn Reformen extra ecclesiam schließt er für sich nachdrücklich aus. „Ich kann eine Gemeinschaft nur mitgestalten, wenn ich mich auch mit ihren Grenzen solidarisch erkläre.“ Doch selbst, wenn Böckle als theologischer Forscher gelegentlich Distanz zur Hierarchie zeigt, ist er im Grunde eine irdische Natur, geborener Diplomat: stets auf Ausgleich bedacht und bestrebt, Konflikte zu meiden.

Seine erste Intention als Rektor der Bonner Alma mater ist es denn auch, „zu integrieren, wo zu integrieren möglich ist“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt befaßt sich mit Steuererleichterungen.

Früher als befürchtet gerät Finanzminister Stoltenberg unter Druck. Kaum daß es mit der Konjunktur wieder bergauf geht und die Steuererleichterungen reichlicher fließen, wächst die Begehrlichkeit vieler Politiker. Alten Untugenden widerfährt ein vorzeitiger Frühlingserwachen: Man will sich mit Wohltaten beim Wähler beliebt machen, wenn möglich auf Kosten anderer. Daß ausgerechnet der Bundesrat damit anfängt, ist betrüblich. Nach Angaben des Finanzministeriums könnten dadurch der Bundesanstalt für Arbeit Mehrausgaben bis zu einer Milliarde Mark jährlich entstehen.

SÜDKURIER

Die in Konstanz herausgegebene Zeitung zum Umweltrecht.

Der eine stellt den bösen Buben als Engel dar, und der andere sucht selbst auf der weißen Weste noch Flecken. Dies etwa ist die Situation des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, der sich in einer Anhörungsrunde ein Urteil darüber bilden will, wie die Belastung der Umwelt durch Schadstoffe reduziert werden kann. Gesprächspartner der Abgeordneten sind dabei Vertreter der Automobilindustrie, von Umweltschutzorganisationen und mehr oder weniger unabhängige Experten. Kann ein Tempolimit die Risiken für die Natur lindern, heißt niedrige Geschwindigkeit auch niedrigere Belastung: Das ist die Kernfrage. Sowohl die Erfassungsmethoden als auch die Schlüsse aus den Ergebnissen sind dabei umstritten. Man kann getrost davon ausgehen, daß beide Seiten die Fakten einseitig deuten. Die Vertreter der Autoindustrie ließen am liebsten

alles beim alten, und die Umweltschützer sähen als Ideallösung wohl zunehmende Beschränkungen des Individualverkehrs. Beides ist falsch. Bereits einmal, nach der Ölkrise von 1973/74, hat sich gezeigt, wie derartige Probleme in den Griff zu kriegen sind. In den letzten zehn Jahren wurde der Kraftstoffverbrauch der Fahrzeuge um rund 20 Prozent verringert – weil die wirtschaftspolitischen Vorgaben zeigten, daß es auch bei der Schadstoffreduzierung so am besten geht. Nicht weniger Tempo kann deshalb das Leitmotiv sein, sondern weniger Umweltbelastung. Die Industrie kann sich auf Herausforderungen erheblich leichter einstellen als auf Gängelungen. Und eine Herausforderung ist es allemal, Motoren zu bauen, die viel leisten und trotzdem sauber arbeiten.

Schwäbische Zeitung

Das Blatt aus Leutkirch schreibt über den vorzeitigen Abgang des Hardthöhe-Staatssekretärs Hieble.

Der vorherrschende Eindruck ist ja: Den Großen, den Minister, läßt man laufen, den kleineren, den Staatssekretär, hängt man Gewiß, es steht fest, daß vor allem Dr. Hieble den Verteidigungsminister Wörner gedrängt hat, General Kießling als Sicherheitsrisiko einzustufen und ihn zu feuern. Und Joachim Hieble war es auch, der dem Offizier den Grund der Entlassung eröffnete, nämlich die wegen eines angeblich anrüchlichen Intimbildes drohende Möglichkeit der Erpressung. Das war ein schwerer juristisch-politischer Kunstfehler... doch auch im Lichte dieser Tatsache fällt der eigentliche Schatten auf den Minister. Niemand zwang ihn, Hiebles Ratschläge zu folgen. Umso peinlicher erscheint es nun, daß der Staatssekretär seinen Hut nimmt, während der politisch Verantwortliche bleibt.

Wann schlägt Wirtschaftswachstum in Arbeitsplätze um?

Die Tarifpartner und der Schlüssel zur Vollbeschäftigung / Von Peter Gillies

An einem Aufschwung ohne Vollbeschäftigung – oder zumindest die Aussicht darauf – will die rechte Freude nicht aufkommen. Ein schnittiges Auto ohne Benzin. Wann aber schlägt Wirtschaftswachstum in mehr Arbeitsplätze um? In der öffentlichen Debatte ist dazu folgende Theorie verankert: Erst wenn über viele Jahre hinweg ein reales Wirtschaftswachstum von rund sechs Prozent erzielt werde, verringerten sich die Erwerbslosenzahlen schrittweise. Da aber derartige Zuwachsraten außerhalb jeder Erwartung (und vielleicht auch der Wunschbarkeit) stünden, bleibe die Dauerarbeitslosigkeit unabwendbares Schicksal.

Diese These des starren Zusammenhangs war zwar früher schon richtig, was ihre weiteste Verbreitung jedoch keineswegs behinderte. Die Schwelle, von der an Wachstum zu Neueinstellungen führt, ist tatsächlich überaus beweglich, in den Zeiten heftigen Strukturwandels mehr denn je. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat den – an sich bekannten – Zusammenhang untersucht. Das Ergebnis überrascht Ökonomen nicht, vielleicht aber die halbinformierte Öffentlichkeit: Vollbeschäftigung ist nahezu bei jeder Wachstumsrate organisierbar.

In den Jahren 1968 bis 1976 mußte das verarbeitende Gewerbe seine Produktion um 5,9 Prozent steigern, um jene Schwelle zu erreichen, an der Betriebe wieder daran denken, neue Leute anzunehmen. Im Zeitraum 1977 bis 1982 jedoch, so ergab die Untersuchung, reichte bereits ein Wachstum von nur 2,3 Prozent aus, um den ersten Arbeitsmarkteffekte auszulösen. Und das, obwohl neue Technologien die Fertigung immer stärker rationalisierten. Warum sank nun die Beschäftigungsschwelle?

Entscheidend dafür war die Relation der Löhne zur Ergiebigkeit der Arbeit (Produktivität). In den Jahren 1968 bis 1976 kletterten die realen Löhne um durchschnittlich 6,4 Prozent, die Produktivität zog jedoch nur um fünf Prozent an. Ein Arbeitsplatz war also tendenziell teurer, als er er-

wirtschaftete. Die Unternehmen bauten Arbeitsplätze ab. Zwischen 1977 und 1982 dagegen waren Reallohn und Produktivität etwa im Gleichschritt um rund drei Prozent an: Die Beschäftigungsschwelle sank. Oder anders: Schon bei relativ bescheidenem Wachstum von rund gut zwei Prozent erwogen Personalchefs die ersten Neueinstellungen. Daß sich dies nicht augenfällig in den Erwerbslosenzahlen niederschlug, hängt mit den geburtenstarken Jahrgängen zusammen, also dem sprunghaften generativen Verhalten der Deutschen, wie Bevölkerungswissenschaftler formulieren.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, welche Fehler wir noch machen, aber auch, welche wir vermeiden können. In den USA beispielsweise überschritt die Produktivität das nahezu unveränderte Niveau der Reallohn mit der Folge, daß bereits eine geringe Produktionssteigerung auch die Beschäftigung um rund ein Prozent anhub. Aus einer Modellrechnung ergibt sich, daß die Deutschen mit diesem Verhalten Ende der siebziger

und Anfang der achtziger Jahre nicht 450 000 Arbeitsplätze verloren, sondern 270 000 gewonnen hätten.

Als Negativbeispiel mag Großbritannien dienen. Dort überstieg seit 1968 der verteilte Lohnzuwachs die erarbeitete Leistung stets. Die Beschäftigungsschwelle erhöhte sich auf mehr als fünf Prozent, so daß 1,8 Millionen Arbeitsplätze verloren gingen. In Japan wiederum, wo das Verfügbare selten voll verflüsslicht wird, konnten stetig Beschäftigungsgewinne verbucht werden.

Nun wird mancher Gewerkschaftsfunktionär, dessen Argumentation der Hoffnungslosigkeit bedarf, um zu stimmen, entgegen, das seien Zensuren. Vergleichen wir die Reaktionen Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre. Damals gingen bei einem Wachstum von 3,5 Prozent rund 360 000 Arbeitsplätze verloren, 1983 bei einem Wachstum mit einer Eins vor dem Komma nur 280 000.

Daraus zu schließen, daß die Tarifpartner den Schlüssel zur Voll-

beschäftigung in der Hand halten, ist nicht schwierig. Sollten sie auch diesmal der Versuchung erliegen, den kompletten Einkommenszuwachs an diejenigen zu verteilen, die Arbeitsplätze haben, bleibt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nichts übrig. Keine derartige Verteilungspolitik dient der Verwertung der Arbeitslosenzahlen, nicht ihrer Verringerung. Die niedriger gewordenen Beschäftigungsschwellen zeigen auch, wie kostbar jeder Prozentpunkt Wachstum geworden ist. Und auch, daß Resignation und starre Weltbilder die falschen Ratgeber sind.

Jeder Produktivitätszuwachs, den die glücklichen Besitzer eines Arbeitsplatzes nicht selbst beanspruchen, sondern für die Wettbewerbsfähigkeit und die Investitionen übriglassen, erhöht die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes und schafft tendenziell neue, ohne daß eine Nachgedämpfung befürchtet werden muß. Die Debatte um die 35-Stunden-Woche läßt derartige Rückschlüsse bisher noch nicht erkennen. Aber vielleicht kommt das noch.

Ein Sparkorsett für das neue Herz der Republik

Es wird noch Jahre dauern, bis die neuen Parlamentsbauten in Bonn zur Verfügung stehen werden. Aber seit gestern steht es fest: Das Modell des Kölner Architekten Professor Joachim Schürmann hat das Rennen gemacht.

Von DANKWART GURATZSCH

Der Bund will bauen. Bonn, die einst provisorische Hauptstadt, will und muß sich auf die Realitäten der Verwaltungspraxis, auf Notwendigkeiten der Arbeitsabläufe und auf die räumlichen Ansprüche der Abgeordneten einstellen.

Die alten Gebäude allein tun es nicht mehr. Die Abgeordneten fühlen sich im Langen Eugen, dem Hochhaus in der Rheinaue, eingesperrt wie in Kaninchenställe. Die Verwaltung ist verteilt auf Dutzende Baracken und Nebengebäude. Der Parlamentssaal selbst, das „Herz“ der Bundesbauten, ist nach über 30jähriger Benutzung baufällig und entspricht nicht mehr den baupolitischen Anforderungen, die bei jeder Schmelze und bei jedem Kindergarten gelten.

Die Diskussion ist noch nicht beendet

Aber wie soll das Zentrum der deutschen Demokratie aussehen? Der Streit darüber ist bis in die jüngste Zeit hinein nicht zur Ruhe gekommen. Ein Konsens war und ist nicht zu erwarten. So wird auch die Diskussion über die jüngsten Entscheidungen der Baukommission des Ältestenrates anhalten, bis die geplanten Neubauten, frühestens wohl in zehn Jahren, errichtet sein werden.

Zunächst: Die hochfliegenden Pläne der siebziger Jahre für einen Neubau des Parlamentssaales und für ein repräsentatives Haus des Bundesrates sind endgültig zu den Akten gelegt. Die alte „Pädagogische Akademie“ am Rheinrufer, 1930 bis 1933 von Regierungsbaumeister Witte erbaut und seit dem Umbau von 1949 als „Deutscher Bundestag“ im Gebrauch, wird renoviert. In dieser Zeit müssen die Abgeordneten in ein altes Wasserwerk umziehen, das vorübergehend zum Plenarsaal umgestaltet wird. Der Bundestag geht mit seinen Neubauplänen völlig leer aus.

Was von den alten Ausbauplänen für die Bundeshauptstadt übriggeblieben ist, das ist somit nicht viel mehr als das, was die nackte Not gebietet: Zusätzliche Zimmer für die Abgeordneten, für die Verwaltung in unmittelbarer Anbindung und Zuordnung zum „Langen Eugen“, dazu eine Bibliothek, die auch öffentlich zugänglich sein soll. Das Raumprogramm wurde von 79 000 auf 28 000 Quadratmeter reduziert.

Der Bundestag, vertreten durch die Baukommission des Ältestenrates und beraten durch das Bundesbauministerium, forderte sechs Architekten auf, Entwürfe für das neue Verwal-

tungszentrum einzureichen. Die Auszeichnung, zum Kreis dieser sechs „Erlauchten“ zu gehören, wurde den Büros von Behnisch und Partner (Stuttgart), Gottfried Böhm (Köln), Alexander von Branca (München), Busmann und Haberer (Köln), Novotny, Mähler und Weber (Offenbach/Bonn) sowie Joachim und Margot Schürmann (Köln) zuteil. Im Juni und Juli 1983 saß eine Jury von Stadtplanern über die Entwürfe zu Gericht. Fünf Stimmen der durchwegs älteren Herren entfielen auf den Entwurf des Ehepaars Schürmann, drei auf den des Olympiaarchitekten Günter Behnisch.

Zwischen diesen beiden Entwürfen fiel schließlich auch die Entscheidung der Baukommission am 18. Januar 1984 – gestern wurde das Ergebnis der Presse in Bonn verkündet: Schürmann hat den Sieg davongetragen, Behnisch wurde zum tragischen Helden des Bonner Wettbewerbs. Er, der einmal den besten Entwurf für einen neuen Bundestag eingereicht hatte, seine Pläne aber niemals ausführen durfte, kann sich keine Hoffnung mehr darauf machen, an größeren Neubauten im Bonner Regierungsviertel mitzuwirken. Allerdings hat er noch ein Eisen im Feuer. Wenn er Glück hat, wird ihm die Baukommission die Gestaltung eines neuen Eingangs zum Bundestag übertragen. Eine Vorentscheidung darüber wird noch im Frühjahr erwartet.

Aber nicht zwischen Schürmann und Behnisch verlief die eigentliche Frontlinie zwischen Siegern und Verlierern in diesem Wettbewerb. Denn beide Architekten liegen in ihrer Konzeption für die neuen Gebäude dicht beieinander. Zu ihrem eigentlichen Kontrahenten wurde der Erbauer der Münchner Neuen Pinakothek, Freiherr von Branca. Seinen von der Jury schon abgelehnten Entwurf hatte der Bundesbauminister, der Bayer Oskar Schneider, höchstpersönlich noch einmal ins Gespräch gebracht. Auf Schneiders Intervention hin durfte der Münchner seinen Entwurf ebenfalls vor der Baukommission erläutern. Aber er fand bei den Parlamentariern keine Gnade.

Zwischen Bauhaus und Historie

Ein Vergleich der Entwürfe Schürmanns und von Brancas führt unmittelbar in die Frontlinien der jüngsten Architekturdiskussion in der Bundesrepublik. Während Schürmann (und auch Behnisch) in nostalgischer Anknüpfung an den Bauhausstil der 20er Jahre planen und konzipieren und sich damit in Einklang mit den historischen Bundestagsbauten und ihrem kargen Erscheinungsbild bewegen, setzt von Branca auf eine Kontrastwirkung zu diesen Bauten und folgt mit manchen historischen Assoziationen den jüngsten „postmodernen“ Strömungen in der Architektur.

Die Wettbewerbsjury hat diesen Gegensatz in Formulierungen gefaßt,

die für Branca eher schmeichelhaft, für Schürmann dagegen fast abfällig klingen. Während dem Münchner ein „hoher Anspruch“ einer „fast feudal anmutenden Architektur“ bescheinigt wird, werden Schürmanns „einfache, fast spartanische Bankörper“, die Unterbewertung von räumlichen Ansprüchen und die mangelnde Qualität des Bibliotheksbaus angekreidet, der weder vom Bautypus noch von den Funktionen her seiner zentralen Bedeutung ganz gerecht werde und im Untergeschoß den wenig charmanten Charakter eines Magazins besitze.

Den, vielen meisterhaft entwickelten Einzelheiten von ästhetischem Reiz bei Branca steht die Einschätzung gegenüber, Schürmanns Entwurf verspreche „nur wenige erlebnisreiche Innenräume“.

Verlegene Argumente aus der Bundeshauptstadt

Alle diese Tatsachen konnten aber weder die Jury noch die Baukommission daran hindern, den Entwurf eines „Neu-Schleißheims“ am Rhein des Architekten von Branca abzulehnen und sich für die „einfachen, fast spartanischen Bankörper“ des Ehepaars Schürmann zu entscheiden.

Als Begründung wurden in Bonn eher verlegene Argumente genannt. Die Bauten von Brancas hätten mit ihrer „neuen Prachtlichkeit“ das Schwergewicht der Bundesbauten vom Plenarsaal weg und zu den „anliegenden“ Gebäuden hin verlagert. Aber die Neubauten, so Bundestagspräsident Stücklen, dürften nicht „das Dominierende“ sein. Maßstab und Orientierung des Bundestagsviertels müßten nun einmal vom Zentrum der parlamentarischen Demokratie, also vom Gebäude des Bundestages selbst und seinen stilistischen Vorgaben, bestimmt werden.

In diesem Zusammenhang klang der Hinweis Stücklens freilich dezentrierend, daß er nämlich „noch kein einziges Parlament in der Welt gesehen“ habe, das „so primitiv untergebracht“ sei wie der Deutsche Bundestag. Primitivität als Maßstab und Orientierungshilfe für Bauentscheidungen des Bundestages?

Mitglieder von Jury und Baukommission räumten ein, daß in Bonn natürlich nicht entfernt so großzügig wie in Brasília oder dem australischen Canberra gebaut werden könne. Selbst der Düsseldorfer Landtag werde mit anderem Anspruch gebaut, ganz zu schweigen von den Parlamentsbauten in zahlreichen Entwicklungsländern, die zum Teil mit deutschem Geld errichtet würden.

Was also wird aus der mit großen Hoffnungen angekündigten „Selbstdarstellung der deutschen Demokratie“ in Bonn werden? Ein Ausländer sagte in der Bonner Pressekonferenz das despektierliche Wort: Freizeitarbeit. Die Baukörper verliören sich ja förmlich unter den Kronen der Bäume. Von der „Zeichhaftigkeit“ eines Parlamentsbaus sei nichts zu sehen.



Gewinner: Der Entwurf des Architekten Professor Schürmann



Ausgeschieden: Der Entwurf des Architekten von Branca. FOTOS: WERNER SCHÜRING

Stipendien für eine Brücke über den Atlantik

Es ist eine alte Erfahrung: Was man kennt, versteht man besser. Um das zuweilen gestörte Verständnis zwischen Amerikanern und Deutschen zu verbessern, hat die Robert-Bosch-Stiftung nun ein Stipendien-Programm für junge amerikanische Führungskräfte eröffnet.

Von PETER PHILIPPS

Deutschen wie Amerikanern der jüngeren Generation scheint vor allem in den Entscheidungsetagen der Politik das Verständnis füreinander abhandeln gekommen zu sein. Es fehlt – ganz im Gegensatz zu den ersten Jahrzehnten dieser Republik die Antenne für die Sorgen, Nöte und Wünsche auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks, die bei den Altvorderen ganz natürlich gewachsen war aus dem gemeinsamen Erleben des Wiederaufbaus und der Institutionalisierung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland.

Durch die Schwerpunktverlagerung in den USA von der Ost- auf die Westküste ist dieser Trend noch verstärkt worden: In den Führungszirkeln der USA gibt es kaum noch Vertreter jener Generation, die aus eigenem Erleben einen Zugang zu Deutschland hatte. Und zwischen Rhein und Elbe ist etwas nachgewachsen, was Kraft, Engagement und Denkwesen des amerikanischen Partners allenfalls aus den Medien erfahren hat.

In der Bundesrepublik Deutschland beginnt man allmählich die Gefahren zu erkennen, die sich daraus ergeben können. Nichts wäre für die Bundesrepublik schädlicher – auch im Blick auf die Sicherheit –, als wenn sie die Amerikaner aus der Entscheidung über deutsches Unverständnis heraus in einen neuen Isolationsismus treiben ließe. Zu den ersten Konsequenzen, die aus dieser Erkenntnis gezogen werden, gehört eine Initiative der Robert-Bosch-Stiftung.

Botschafter Hillenbrand wählt die Kandidaten aus

Mit Hilfe eines neu eingerichteten Stipendien-Programms sollen von diesem Jahr an 10 bis 15 hochqualifizierte junge Amerikaner, Mitglieder aus dem Kreis des Führungsnachwuchses, jährlich zu einem siebenmonatigen Studien- und Arbeitsaufenthalt in die Bundesrepublik eingeladen werden. Die erste Gruppe wird derzeit gerade handverlesen und soll im September kommen. Ein deutsch-amerikanisches Komitee unter Vorsitz des ehemaligen Bonner US-Botschafters Martin Hillenbrand wählt in New York die Kandidaten aus.

Nach dem bisherigen Stand der Dinge werden der ersten Stipendiatengeneration drei Juristen, vier Wirtschaftswissenschaftler, zwei Journalisten und sechs Universitätsabsolventen aus dem Bereich Staatswis-

senschaften/Internationale Beziehungen angehören. Sie alle kommen aus amerikanischen Spitzen-Hochschulen und haben bereits erste erfolgversprechende Berufserfahrungen hinter sich – sind mithin Bewerber, so die Bosch-Stiftung, „bei denen wir einen maximalen Multiplikatorerwartung erwarten können“.

Ein maßgeschneidertes Programm wartete auf jeden von ihnen: Seminare über Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Deutschland, anschließend zwei dreimonatige Aufenthalte in den Führungsetagen von Bundes- oder Landesministerien, in Verbänden, Unternehmen und Medien. Zwei kurze gemeinsame Studienaufenthalte in Brüssel und Paris sollen die europäische Komponente zumindest streifen.

Die Stiftung hofft auf ein Pendant in den USA

Die Robert-Bosch-Stiftung, die darauf hofft, daß nach einer erfolgreichen Anlaufphase in den USA ein Pendant für deutsche Stipendiaten entstehen könnte, schließt mit diesem Programm für angehende Führungskräfte eine Lücke. Denn bisher gibt es nur für Schüler, Studenten und Wissenschaftler die Möglichkeit, an Austauschprogrammen mit den USA teilzunehmen. Dies ist offensichtlich ein Nachteil gewesen. Auch die Parlamente in Washington und Bonn hatten dies erkannt und deshalb aus Anlaß der 300-Jahr-Feier der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika im Oktober 1983 vereinbart, den Jugendaustausch erheblich auszuweiten. Bis zu 520 deutsche Schüler und junge Berufstätige sollen jährlich einen kostenfreien Aufenthalt in amerikanischen Familien verbringen können. Im Gegenzug entsendet der US-Kongress amerikanische Jugendliche in die Bundesrepublik. Die 520 Bundestagsabgeordneten sind an der Auswahl der deutschen Amerikareisenden beteiligt, jeder Parlamentarier hat für einen Jugendlichen die Patenschaft übernommen.

Jedoch, während es für Schülerprogramme ausreichend Bewerber gibt, mangelt es beim Auslandsangebot: Seit vielen Jahren schon nimmt die Zahl der deutschen wie der amerikanischen Stipendiaten für Auslandssemester an Universitäten rapide ab. In Amerika liegt dies offensichtlich in erster Linie am nachlassenden Stellenwert der Bundesrepublik Deutschland, hierzulande sind es vor allem berufliche Gründe: Obwohl auch die Unternehmen immer wieder darüber jammern, daß die von der Universität kommenden Berufsanfänger im Gegensatz zur Eltern-Generation keine Auslandserfahrungen während des Studiums gesammelt haben, tun sie selbst nichts dafür, entsprechende Anreize zu schaffen. Im Gegenteil: Wer einen Teil seines Universitätslebens außerhalb der deutschen Grenzen verbringt, hat nur noch größere Probleme, einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden.

Direktor Haag hat kaum Zeit, sich um seine Geldanlage zu kümmern. Und sein Vermögen wächst trotzdem?



Herr Haag arbeitet hart und verdient gut. Aber ihm fehlt die Zeit, sich um seine Geldanlagen zu kümmern. Das tun wir.

Unsere Experten haben ihm eine ausgewogene Anlagemischung zusammengestellt. Sie besteht aus festverzinslichen Wertpapieren unserer beiden Hypothekenbanken, Investment-Anteilen und Immobilien-Zertifikaten. Mit einem Teil seines Geldes gehen wir für Herrn Haag an die Börse. Einen weiteren Teil haben wir mehrwertsteuerfrei in Goldzertifikaten in Luxemburg angelegt. Eine renditeträchtige und sichere Mischung also.

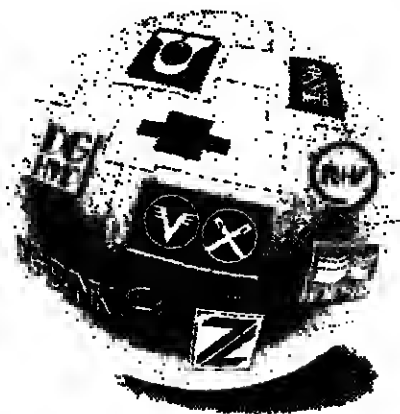
Außerdem sichert sich Herr Haag Steuervorteile durch den Petrofonds Nr. 4 und durch einen Bausparvertrag. Um alle diese Anlagemöglichkeiten zu nutzen, brauchte er nur zu uns zu kommen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank. Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Geldangelegenheiten bequem und überschaubar zu erledigen

und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,6 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Bausparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank
- OIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekenbank eG
- R + V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

„Eine spürbare steuerliche Entlastung der Familie ist politisch unumstritten“

Schleswig-Holsteins Finanzminister Asmussen erläutert die verschiedenen Modelle einer Steuerreform

Die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs ist das steuerpolitische Kernstück der Regierungsarbeit in dieser Legislaturperiode. Fast täglich gibt es dazu in der öffentlichen Diskussion neue Vorschläge. Der Verfasser des folgenden Beitrags stützt sich mit dem Vorrang, den er der Haushaltskonsolidierung beimisst, den Stoltenberg-Kurs. Nachdrücklich favorisiert er – in Übereinstimmung zumindest mit der Ländermehrheit – die Freibetragslösung.

Von ROGER ASMUSSEN

Die Diskussion um die steuerliche Entlastung der Familie – ein Schwerpunkt im steuerpolitischen Programm der Bundesregierung für 1984 – ist in vollem Gange. Das Ziel, eine spürbare Entlastung der Familie herbeizuführen, ist unbestritten. Unklarheit besteht nur noch über den Zeitpunkt der Verwirklichung und über den Weg, auf dem diese Entlastung bewirkt werden soll. Hier werden mehrere Modelle gehandelt: das Familien-Splitting und Kinderfreibeträge.

Das Familien-Splitting

Bei der reinsten Form des Familien-Splittings soll das Ehegatten-Splitting durch die Einbeziehung der Kinder mit ihren Einkünften in das Splittingverfahren zu einer Haushaltsbesteuerung ausgedehnt werden. Mit anderen Worten: Der Besteuerung wird das gemeinsame Einkommen von Eltern und Kindern zugrunde gelegt und der Splittingdivisor entsprechend erhöht, beispielsweise bei zwei Kindern auf „4“.

Dagegen bestehen allerdings erhebliche systematische Bedenken, denn Kinder sind in erster Linie Unterhaltsempfänger. Sie haben in der Regel – jedenfalls bis zu einem Alter von ungefähr 15 Jahren – kein eigenes Einkommen und entscheiden auch über die Verwendung des Familieneinkommens nicht in gleicher Weise mit wie die Eltern.

Zudem würde die Einführung des Familien-Splittings zu einer weiteren Komplizierung der Besteuerung führen. Zusätzlich zum Einkommen der Eltern müßten nämlich die Einkom-

menverhältnisse der Kinder in der Steuererklärung angegeben und von der Finanzverwaltung berücksichtigt und überprüft werden. Beim Lohnsteuerabzugsverfahren wäre eine Berücksichtigung der gesamten Familienverhältnisse des Steuerpflichtigen kaum noch möglich. Dies hätte zur Folge, daß bei Familien in erheblichem Umfang als bisher eine Veranlagung zur Einkommensteuer durchgeführt werden müßte.

Ernsthaft erwogen wird deshalb nur die Einführung eines abgemilderten Familien-Splittings, bei dem die Einkünfte der Kinder nicht miteinbezieht werden. Lediglich der Splittingdivisor wird erhöht, um die Unterhaltsverpflichtung der Eltern gegenüber den Kindern steuerlich zu berücksichtigen, für jedes Kind dann allerdings mit einem niedrigeren Faktor als „1“.

Ein weiterer erheblicher Nachteil dieses Verfahrens bestünde darin, daß sich in unteren Einkommensbereichen nur eine sehr geringe Entlastungswirkung ergäbe, so daß ergänzende Entlastungen – sei es durch einen zusätzlichen Freibetrag, sei es durch Kindergeldzahlungen – unvermeidlich wären. Mit zunehmendem Einkommen steigt die Wirkung des Familien-Splittings dann allerdings auf rund das 16fache der Entlastung bei kleineren Einkommen an. Eine derart unterschiedliche Steuerminderung wäre sozial nicht vertretbar; im oberen Einkommensbereich wären deshalb Kappungsregelungen unumgänglich.

Steuerliche Kinderfreibeträge

Ich halte deshalb den Ausbau der Kinderfreibeträge für sachgerechter.

- Kinderfreibeträge sind einfacher zu realisieren.
- Sie stellen unmittelbar auf die Verminderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ab.
- Die Entlastungswirkung könnte besser abgestimmt werden und wäre für den Bürger verständlich.
- Kinderfreibeträge eröffnen einfache Möglichkeiten für später erforderliche Anpassungen.
- Sie vermeiden zu hohe Entlastungsunterschiede als Folge des progressiv gestalteten Steuertarifs.

Das Ehegatten-Splitting-Verfahren wird in seiner geltenden Ausgestaltung, insbesondere hinsichtlich der hälftigen Teilhabe der Ehegatten am gemeinsamen Einkommen, gegen mögliche Eingriffsbemühungen besser abgesichert.

Die Freibeträge müßten allerdings gegenüber den bis 1974 maßgebenden Werten (1. Kind 1200, 2. Kind 1800 und ab 3. Kind 1800 Mark) merk-



Roger Asmussen, Finanzminister in Kiel
FOTO: SCHÜNSER

lich angehoben werden, um das Existenzminimum des Kindes in etwa abzudecken. Anhaltspunkte können hier zum Beispiel die Unterhaltsätze für nichteheliche Kinder geben.

Der Kinderfreibetrag gilt nur für die üblichen Aufwendungen ab. Außergewöhnliche kinderbedingte Lasten wie etwa eine Körperbehinderung des Kindes oder eine auswärtige Unterbringung zur Berufsausbildung sollten neben dem Kinderfreibetrag zusätzlich berücksichtigt werden.

Auch bei einer Freibetragslösung nimmt die steuerliche Wirkung mit steigendem Einkommen zu; sie erreicht in der Spitze etwa das 2,5fache der Entlastung im unteren Einkommensbereich. Dies ist jedoch gerechtfertigt. Denn einerseits verlangt das Leistungsfähigkeitsprinzip den Abzug leistungsmindernder Aufwendungen – wie zum Beispiel kinderbedingter Kosten –, andererseits erfordert das Sozialstaatsprinzip eine progressive Besteuerung des verbleiben-

den verfügbaren Einkommens. Damit wirkt jeder Freibetrag mit steigendem Einkommen zunehmend entlastend. Wer diese Wirkungsweise aber beseitigen will, gefährdet die progressive Einkommensbesteuerung insgesamt.

Das Kindergeld als Auffangregelung
Für Kinder der sozial schwächeren Bevölkerungsschichten bringt jede steuerliche Regelung – ob Familien-Splitting, ob Kinderfreibeträge – ein Problem mit sich: Wer mangels ausreichender Einkünfte keine oder nur geringe Steuern zu entrichten hat, dem wird mit steuerlichen Entlastungsmaßnahmen nicht oder nur in geringem Umfang geholfen.

Für diesen Bereich sollte deshalb in jedem Fall ein ergänzendes Kindergeld vorgesehen werden, das bei bestimmten Einkommensgrenzen ausläuft. Auf diese Fälle muß das Kindergeld dann aber auch beschränkt und wieder zu einer reinen Sozialleistung umgestaltet werden, auf die nur der Anspruch hat, der bedürftig ist. Das setzt allerdings eine abgewogene Verzahnung von steuerlicher Entlastung und Kindergeld voraus, die sicherstellt, daß die Leistungsbereitschaft nicht beeinträchtigt wird. Denn es wäre schlimm, wenn sich Bürger im Ergebnis finanziell schlechter stellen würden, weil ihr Einkommen durch erhöhten Einsatz aus bestimmten Einkommensgrenzen herauswächst.

Familienlastenausgleich und Tarifreform

Eine überzeugende Absenkung der Steuerprogression, verbunden mit einer deutlichen Familienentlastung, bedeutet erhebliche Steuerausfälle. Die begonnene Haushaltsanpassung darf hierdurch nicht in Frage gestellt werden, denn für die angestrebte Wirtschaftsbelebung ist die Gesundung der öffentlichen Finanzen noch wichtiger als die Einkommensteuerentlastung. Das wird es unter Umständen erforderlich machen, die Verbesserung des Familienlastenausgleichs von der Tarifreform abzukoppeln und zeitlich vorzuziehen.

Warum viele Firmen schon jetzt das Weihnachtsgeld für 1984 zahlen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer nutzen Gesetzeslücke aus / Einsparungen für alle Beteiligten

GISELA REINERS, Bonn

Es war ein Gefühl wie Weihnachten für die Mitarbeiter von Opel: Gerade zu festliche Beträge fanden sich auf den Abrechnungen für Januar. Des Rätsels Lösung: Entsprechend einer Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung sind mit dem Januar-Entgelt auch schon das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld für 1984 – in Worten: neunzehnhundertvierundachtzig – ausbezahlt worden.

In seltener Einigkeit haben hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine kleine Lücke im Begleitgesetz für den Haushalt 1984 genutzt, das eine stärkere Heranziehung der Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zur Entrichtung von Sozialabgaben vorsieht. Das Arbeitsministerium findet dieses Verhalten zwar „nicht solidarisch“, aber rechtswidrig ist es nicht.

Bisher wurden Sonderzahlungen nur in dem Monat mit Beiträgen zur Sozialversicherung belastet, in denen sie gezahlt wurden. Beispiel: ein Arbeitnehmer verdient 3500 Mark, erhält im Juni ein halbes Gehalt als Urlaubs- und im November ein ganzes als Weihnachtsgeld, also einmal 5250 und einmal 7000 Mark. In der Rentenversicherung liegt die Grenze, bis zu der Beiträge entrichtet werden

müssen, bei 5200, in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung bei 3900 Mark. Entgelte, die diese Beträge übersteigen, sind abgabefrei. Je höher die Beträge über den Bemessungsgrenzen liegen, desto günstiger für den Versicherten – und den Arbeitgeber, denn er zahlt jeweils noch einmal denselben Betrag an die Versicherungen. Deshalb sind viele Betriebe dazu übergegangen, alle Sonderzahlungen an einem Termin zu leisten, damit die erhöhten Beträge nur einmal fällig werden.

Damit soll nun Schluss sein. In diesem Jahr werden nun die z. B. bis November aufgelaufenen Entgeltzahlungen den addierten Bemessungsgrenzen gegenübergestellt. Nach dem Beispiel 12,5 mal 3500 = 43 750 Mark. Demgegenüber stehen für die Rentenversicherung: 11 mal 5200 = 57 200 Mark. Es ist deutlich erkennbar, daß das Entgelt unter der Bemessungsgrenze liegt. Es müssen entsprechende Abgaben gezahlt werden, analog auch für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

In diesem Januar stehen jedoch entsprechend dem Beispiel zweieinhalb Monatsentgelte nur einer Bemessungsgrundlage gegenüber: 8750 zu 5200 Mark. In diesem Monat sind also 3550 Mark beitragsfrei. Nach Be-

rechnungen bei Opel spart ein Arbeitnehmer dabei je nach Einkommenshöhe etwa 330 bis 440 Mark. (Für diejenigen, die mehr als 5200 Mark verdienen, ändert sich nichts). Der Arbeitgeber spart entsprechend. Sein finanzieller Vorteil aus diesem Trick liegt jedenfalls höher als der Betrag, den er für die Vorfinanzierung der Sonderzahlungen aufbringen muß. Der Effekt vermindert sich allerdings von Monat zu Monat, weil die sich addierenden Beträge Ende März einholen: 3,5 x 3500 = 12 250 Mark. Entgelt stehen 15 600 Mark aufgelaufener Bemessungsgrenze gegenüber. Auch im nächsten Jahr verfährt der Trick nicht mehr – dann wird die durchschnittliche Bemessungsgrenze des Vorjahres bei der Berechnung unterstellt.

Schwierig wird es für den Arbeitgeber, wenn sein Mitarbeiter in diesem Jahr noch den Betrieb verläßt. Er darf dann nicht einfach das letzte Monatsentgelt einbehalten, weil für die Pfändung von Lohn und Gehalt strenge Vorschriften gelten. Manche Firmen haben deshalb die Sonderzahlungen auf ein Anderkonto beim Notar geleistet, so daß der Arbeitnehmer erst bei Fälligkeit, z. B. im Juni oder im November, über die Beträge verfügen kann.

Geschäft mit Atomabfall bestätigt

dpa, Bonn/Paris

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU fordert von der Bundesregierung Aufklärung über den geplanten Export von deutschem Atomabfall zur Endlagerung in der Volksrepublik China. Der wissenschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Christian Lenzner, teilte in Bonn mit, daß die Bundesregierung heute um eine entsprechende Berichterstattung im Forschungsausschuß des Bundestages aufgefordert werde.

Die Geschäftsführung des Hanauer Nuklearunternehmens Nukem GmbH hatte bestätigt, daß China in den nächsten Jahren Atomabfall aus Westeuropa übernehmen und einlagern werde. Danach unterzeichneten Vertreter der China Nuklear Energie Industrie Corporation, der Alfred Hempel KG als Konsortialführer sowie der Nukem GmbH und ihrer Tochtergesellschaft eine Absichtserklärung, daß Brennelemente aus westeuropäischen Kernkraftwerken „endgültig in die Volksrepublik China verbracht werden“ können. In einer Mitteilung der Nukem GmbH hieß es, das integrierte Entsorgungskonzept der Bundesrepublik, das keine Endlagerung, sondern eine Wiederaufarbeitung vorsehe, werde „hierdurch nicht berührt“.

Mit Überraschung haben französische Experten gestern auf die Bekanntgabe des Abkommens reagiert. In Frankreich, wo in der Aufbereitungsanlage für abgebrannten Kernbrennstoff von La Hague ebenfalls deutscher Atomabfall verarbeitet und vorübergehend gelagert wird, wurde der Vertrag im Wert von sechs Milliarden Dollar in erster Linie mit dem Bemühen Pekings um Devisen erklärt.

Mertes: Rücksicht auf die Interessen Israels

Staatsminister nimmt zum Thema Waffenlieferung Stellung

BERNT CONRAD, Bonn

Unerläßliche Voraussetzung deutscher Waffenlieferungen an Saudi Arabien ist nach den Worten des Staatsministers Alois Mertes (CDU) „die Rücksichtnahme auf die vitalen Interessen Israels“. Bundeskanzler Helmut Kohl habe wiederholt klargestellt, daß Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik, die dem Frieden im Nahen Osten und den Lebensinteressen Israels zuwiderlaufen könnten, nicht in Frage kämen, hob Mertes gestern in einem Gespräch mit der WELT hervor.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt nahm damit unmittelbar nach seiner Rückkehr von einer Mittelamerika-Reise zu negativen Reaktionen auf den Kanzler-Besuch in Israel Stellung. Er versicherte, unter auswegloser Nahost-Politik verstehe die Bundesregierung Fatma gegenüber den legitimen Interessen aller Konfliktparteien. „Dazu gehört auch das Wissen um die Tatsache, daß im Namen Deutschlands Millionen von Juden, aber keine Araber ermordet, gequält und ermordet wurden. Wer das leugnet oder herunterspielt, schadet dem guten Namen des deutschen Volkes. Bundeskanzler Kohl hat an dieser Haltung weder vor noch während seiner Israel-Reise irgendeinen Zweifel gelassen.“

Die Wachhaltung eines solchen geschichtlichen Bewußtseins würde nach Ansicht des CDU-Politikers „durch einen Anspruch des Staates Israel auf Mitbestimmung über die Außenpolitik des Staates Bundesrepublik Deutschland erschwert. Diese

beruht auf Souveränität und Ethik. Sie entspricht den moralischen Grundlagen des Atlantischen Bündnisses. Sie tritt ein für Selbstbestimmung und gegen Fremdbestimmung, für friedliche Streitbeilegung und gegen gewaltsame Konfliktlösung.“

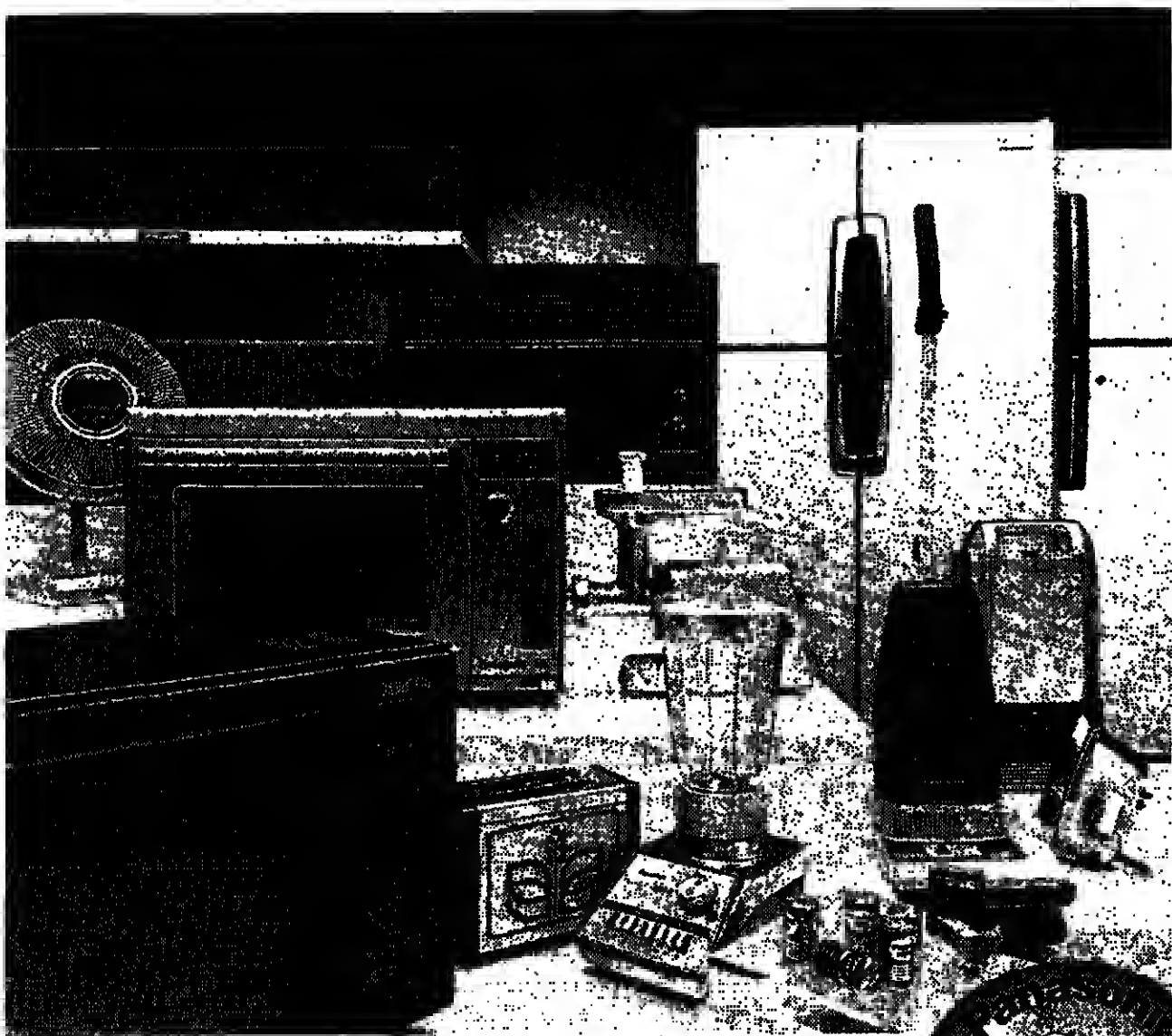
Mit besonderem Nachdruck betonte Mertes den „unlöslichen Zusammenhang zwischen einem Verhandlungsfrieden im Nahen Osten, dem alle Konfliktparteien zustimmen müssen, der Sicherheit sämtlicher Staaten der Region und der gewaltfreien Verwirklichung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung“. Auch das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes sei nur in Verbindung mit einem Verhandlungsfrieden für ganz Europa zu verwirklichen, der den Sicherheitsinteressen aller Nachbarn Deutschlands Rechnung trage.

Der Staatsminister stellte klar, „Eine Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, das auf Israels Vernichtung abzielt und auf Gewalt nicht verzichtet, wäre eine Perversion dieses Menschenrechts. Im übrigen ist es erstaunlich, wie schweigsam viele arabische Staaten sind, wenn es um das Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes geht.“

Der CDU-Politiker hob hervor, Israel habe im Camp-David-Abkommen und bei der Räumung des Sinai bewiesen, daß es zu strategischen Konzessionen großen Gewichts im Interesse des Friedens bereit sei.

Panasonic

Ein großer Name für Audio und Video. Jetzt auch der Name für Haushaltsgeräte.



Unsere Haushaltsgeräte mit dem hohen Qualitätsstandard, der langen Haltbarkeit, der schon sprichwörtlichen Zuverlässigkeit, haben einen neuen Namen. Panasonic ist der neue Markenname für alle Haushaltsgeräte, die bislang unter dem Namen National angeboten wurden.

Dieser Name steht für herausragende Innovation und entscheidende Fortschritte in der Unterhaltungselektronik. Panasonic gehört zu den weltweit führenden Marken im Bereich der Elektrotechnik und Elektronik, der Name steht für eine hohe Qualität und Zuverlässigkeit. Panasonic Haushaltsgeräte – der Schritt in die Zukunft.

Panasonic
elektro

Weitere Informationen sendet Ihnen: Panasonic Deutschland G.m.b.H., Wismarweg 15, 2000 Hamburg 54.

In „Sofagesprächen“ mit der CDU steckt Berlins FDP Positionen ab

F. DIEDERICHS, Berlin

Berlin begibt die Woche des bedeutsamen Wandels mit dem Gedanken. Wenn morgen um 13 Uhr im Rathaus Schöneberg der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) vor dem versammelten Landesparlament seine Rücktrittserklärung verlesen hat und die Parlamentarier zu den Wahlen schreiten, so gilt die Neuwahl Eberhard Diepgens zum „Regierenden“ und die Bestätigung der „alten“ Weizsäcker-Senatsmannschaft als Formsache. Selbst größte Pessimisten erwarten von der historischen Stunde eine eindeutige Wiederwahl der Regierungskoalition, die ohne weitere personelle Veränderungen mit Blick auf den voraussichtlichen Wahltermin am 10. März 1985 einen makellosen christlich-liberalen Schulterschluss präsentieren will.

„Die FDP garantiert, daß auch unter einem neuen Regierenden Bürgermeister der gestaltende Einfluß liberaler Politik im Senat erhalten bleiben soll“, formulierten die Freien Demokraten bereits im Dezember vergangenen Jahres. In welchen Bereichen jetzt die Ideen der FDP in der Regierungserklärung Eberhard Diepgens Niederschlag finden sollen, haben FDP-Spitzenpolitiker wie der Landesvorsitzende Walter Rasch in den vergangenen Tagen in „Sofagesprächen“ den Christdemokraten an der Spree nahegebracht.

Die „mehrstrophige liberale Leitmelodie“, so der FDP-Jargon, die gleichzeitig auch den Rahmen für den 85er-Wahlkampf absteckt, läßt

einen Reigen landespolitischer Forderungen erklingen, die vom Thema S-Bahn über die Wohnungswirtschaft der Stadt bis hin zu deutschlandpolitischen Fragen reicht. Dabei schrecken die Freien Demokraten, im Bewußtsein ihres sensiblen Selbstverständnisses, auch nicht vor Kritik am christdemokratischen Koalitionspartner zurück.

So koppelt die FDP ihre Forderung nach Reduzierung des „überproportional aufgeblähten öffentlichen Dienstes“ in Berlin mit der Aussage, auch die CDU habe „ihre ordnungspolitische Position in wirtschaftlichen Bereichen“ verlassen, die öffentliche Hand sei zum Selbstbedienungsgelände „der Parteien“ degeneriert. „Weniger Markt – mehr Staat“ – mit diesem Slogan umschreibt die FDP dann auch die Absicht, hoheliche und gewerbliche Tätigkeiten des Landes wieder auf private Sektoren zu übertragen. Die FDP denkt dabei zwar nicht an die teilweise stark defizitären Eigenbetriebe wie Stadtreinigung oder Brennstoffversorgung, will jedoch in diesem Bereich die Eigenbetriebsgesetze geändert wissen und dort eine scharfe Trennung von Personalvertretung und Verwaltung anstreben.

Neben einer möglichst schnellen Inbetriebnahme weiterer S-Bahn-Strecken erwartet die FDP vom Koalitionspartner Engagement in drei innerdeutschen Fragen, die den Berlinern besonders am Herzen liegen: Die Öffnung des Transitübergangs Staaken über das Jahr 1984 hinaus, die Öffnung eines weiteren Übergangs im Süden Berlins an der Waltersdorfer Chaussee so-

wie eine Verbesserung der Reisebedingungen nach Ost-Berlin und in die „DDR“, wo Radfahrer bislang „außen vor“ blieben. Kontrovers diskutiert wird schließlich auch die schon seit Jahren schwebende FDP-Forderung, Polizeibeamten durch Nummern- oder Namensschilder, wie jetzt in Hamburg bei Fußstreifen praktiziert, auszurüsten.

Die Regierungserklärung Diepgens, für den 23. Februar anberaumt, wird auch Antwort auf diese Frage geben müssen – eine Regierungserklärung ohne große Überraschungen, aber mit einem Programm, das erstmals rechtzeitig und vollständig mit dem Koalitionspartner abgestimmt werden konnte.

Wie sehr diesem allerdings die Nähe des liberal-autoritären Regierungschefs Weizsäcker fehlen wird, zeigten die Worte des FDP-Landesvorsitzenden Walter Rasch, als der Senat sich am Montagabend in kleinem Kreis zur „Abschiedsrunde“ traf. Mit „sehr großem und starken Bedauern“ stellte Rasch fest, daß der Eintritt der FDP in die Koalition im Juli 1981 „uns bei ihnen natürlich nicht schwerfiel“.

Nicht nur bei den Worten von Rasch, auch bei der Dankrede von Innensenator und Bürgermeister Heinrich Lummer (CDU) für den scheidenden Parteifreund vermißt Beobachter an diesem Abend den Namen „Diepgen“. So fehlte der Ausblick auf die Zukunft mit einem Mann, der sich die „großen Schritte“ seines Vorgängers nicht anziehen will.

Windelen: Warum wir die „deutsche Frage“ nicht aufgeben dürfen

Aus dem Vortrag des Ministers in Washington / Begründung des Kredits an die „DDR“

DW, Bonn/Washington
Bundesminister Heinrich Windelen sagte in seinem Vortrag während eines Seminars der Konrad-Adenauer-Stiftung in Washington: „Die Durchsetzung der Stationierung war von Anfang an auch ein deutsch-deutsches Problem. Dies einmal wegen der Mahnungen, Warnungen und Drohungen aus Ost-Berlin, die seit 1960 in wechselnder Tonalität die deutsche Öffentlichkeit in beiden Staaten verunsichern sollten. Der Terror war immer derselbe: Die Stationierung, wenn sie komme, werde das in den innerdeutschen Beziehungen erreichte Gleichgewicht, gefährden, bedrohen und weitere Fortschritte erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen.“

Darüber hinaus wurde die Stationierung aber auch deswegen zum deutsch-deutschen Problem, weil die Raketendiskussion in Teilen der Öffentlichkeit mit großer nationaler und internationaler Resonanz ins Grundgesetz führte: zu Fragen der NATO-Strategie, der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland als nichtnukleare Macht, zur moralischen Zulässigkeit der nuklearen Abschreckung schließlich, schließlich zu Pazifismus und Neutralismus. Diese Diskussion wird, so schätze ich, noch eine ganze Weile andauern. Sie ist eine Herausforderung an diejenigen, die in unseren Ländern politische Verantwortung tragen, an ihre Geduld und Standhaftigkeit, an ihre geistige und moralische Sensibilität und, nicht zuletzt, an ihre Fähigkeit, überzeugende Antworten zu geben, in Worten und Taten ...

Das Ergebnis der vorgezogenen Bundestagswahl vom 6. März letzten Jahres war auch in dieser Hinsicht eindeutig. Nach wie vor gibt es in unserem Land keine Mehrheit für eine Politik, die auch nur dem Anschein der Distanz zum westlichen Bündnis unterliegt, sie unterschätze die Bedrohung, die von der Sowjetunion ausgeht, und ließe es zu, daß die Bundesrepublik Deutschland auf die schiefe Bahn des Neutralismus gerät. Die überwiegende Mehrheit der Bundesbürger, bis auf Randgruppen links oder rechts, weiß, wohin die Bundesrepublik Deutschland als freiheitlich-demokratisches Industrieland gehört und woran sie sich angesichts des machtpolitischen und ideologischen Gegensatzes zwischen Ost und West zu halten hat: an das Bündnis mit den westlichen Demokratien.

Die Bürger unseres Landes wissen sehr wohl, was die Entscheidung für die Nation bedeutet und immer schon bedeutet hat: nämlich die Teilung Deutschlands entlang der Linie des sowjetischen und des westlichen Einflusses. Sie stehen zu dieser Entscheidung, auch weil sie wissen, daß die Deutschen in der DDR, hätten sie je die Entscheidungsfreiheit gehabt, nicht anders entschieden hätten. Dennoch, es ist eine Sache, aus rationalen Gründen für die eigene Freiheit auf Kosten der nationalstaatlichen Einheit zu optieren, und eine andere zu wissen, daß man sich damit auf unabsehbare Zeit von einem Viertel des eigenen Volkes trennt. Wenn auch die Größen Freiheit und Einheit unvergleichbar sind und die Freiheit Vorrang haben muß, es bleibt doch, und das bitte ich zu verstehen, ein Rest von Unbehagen, von schlechtem Gewissen, ja ich möchte fast sa-

gen, von Schuldgefühl; denn wir dürfen ja nicht vergessen, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland mit der Freiheit zugleich auf der Sonnenseite des deutschen Nachkriegsschicksals leben.

Was ich begreiflich machen möchte, ist, warum die Politik der Bundesrepublik Deutschland das Thema „deutsche Frage“ nicht abschreiben kann und nicht abschreiben darf. Sie kann es nicht abschreiben, weil das Bewußtsein der nationalen Einheit, trotz aller staatlichen und gesellschaftspolitischen Trennung, im Kern immer noch selbstverständlich und unversehrt ist ...

Lassen Sie mich hier eine Bemerkung zum Begriff „nationalistisch“ einbringen. Mir fällt bei der Lektüre der amerikanischen Presse immer wieder auf, daß diese mit dem Adjektiv „nationalistisch“ allzu schnell und allzu leicht bei der Hand ist, wo immer von unserer Seite in irgendeiner oder gesamtdeutscher Gesichtspunkt

Wie die Geschichte weiterging, brauche ich hier nicht zu wiederholen. Wichtig ist festzuhalten: Die Bundesregierungen und die öffentliche Meinung akzeptierten ab Mitte der 60er Jahre die Einsicht in die politischen Konsequenzen der militärischen Kräfteverhältnisse, der Sicherheitslage überhaupt, die Konsequenzen für die Lösung der deutschen Frage inbegriffen. Letztere rückte in eine ferne politische Zukunft. In den Vordergrund trat die Aufgabe, unter Nutzung der Möglichkeiten einer Modus-vivendi-Politik wenigstens die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher zu machen ...

Man darf das Ausmaß an Zustimmung nicht unterschätzen, das diese Politik mit ihren Ergebnissen in den 70er Jahren in beiden Teilen Deutschlands gefunden hat. Vor allem, was die DDR angeht. Hier hat sich das innerdeutsche Sonderverhältnis zu einem psychologischen Besitzstand der Bevölkerung entwickelt, zu einer Erwartung, einem Anspruch an das Regime, den dieses zu enttäuschen sich hüten muß, ganz abgesehen davon, daß es dies auch gar nicht wollen kann, weil es selbst profitiert.

Der Anspruch der DDR-Deutschen auf das innerdeutsche Sonderverhältnis als die eigene Führung richtet sich natürlich, als Wunsch und Erwartung, ebenso an die Bundesregierung. Keine Bundesregierung kann darüber leichtfertig hinweggehen, zumal wir ja selbst wünschen, daß unter den Menschen dort nicht das Gefühl aufkommt, sie seien vom größeren, wohlhabenderen, freien und handlungsfähigeren Teil der Nation verlassen. Unsere Handlungen und Worte auf innerdeutschem Feld müssen stets auch als Botschaft an die Deutschen in der DDR verstanden werden.

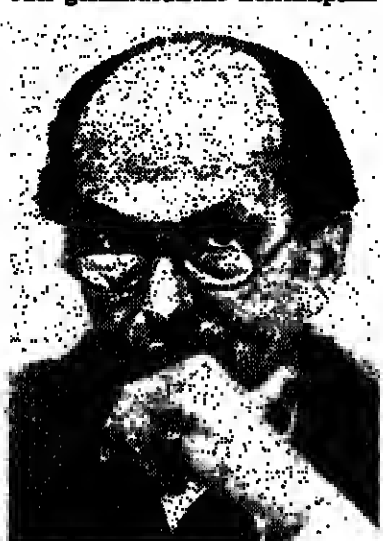
Das spektakulärste Beispiel aus jüngerer Zeit bietet der von der Bundesregierung garantierte Finanzkredit westdeutscher Banken über eine Milliarde Mark vom Sommer vergangenen Jahres. Die Situation der neuen Bundesregierung war nicht einfach. Sie hatte von Anfang an in der Stationierungsfrage klar ihre Prioritäten zu erkennen gegeben: Würde man sie vor die Wahl stellen zwischen innerdeutschen Beziehungen und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis, so würde sie zugunsten der letzteren entscheiden. Es läßt sich leicht vorstellen, wie die Nachrichtengegner dies hätten ausbeuten können. Überdies wußten wir, daß die Bevölkerung der DDR, von der östlichen Angstkampagne beeindruckt, ebenfalls um die innerdeutschen Beziehungen fürchtete. In dieser Lage war der Kreditwunsch der DDR durchaus hilfreich. Durch die Garantie konnte die neue Bundesregierung signalisieren, daß sie bei konsequenter Wahrung der Sicherheits- und Bündnisinteressen der Bundesrepublik Deutschland durchaus bereit sei, mit der DDR zu kooperieren. Nach allem, was wir wissen, ist das Signal auch so verstanden worden, zumal in der Kreditannahme auf dem Höhepunkt der Anti-Nachrüstungskampagne ja auch ein Eingeständnis der DDR lag, daß die Welt nach dem November nicht zu Ende gehen würde, was sich ja dann auch bestätigt hat.“

Dennoch unternahm der japanische Außenminister Abe Anfang der Woche einen neuen Anlauf zur Einlösung des gegenseitigen Verhältnisses. Dabei geht es zunächst einmal um eine Normalisierung des Dialogs in Anknüpfung an die Initiativen des amerikanischen Präsidenten Reagan zu neuen Abrüstungsgesprächen. „Japan wird sich entschieden um bessere Beziehungen zur Sowjetunion auf der Basis eines aufrichtigen gegenseitigen Verständnisses bemühen“, stellte Abe fest.

Auch Moskau hat signalisiert, daß es an einem besseren Klima und vermehrten Kontakten interessiert ist. Bei einem kürzlichen Treffen zwischen Abe und dem sowjetischen Außenminister Gromyko nach größerem Austausch auf wissenschaftlichem, technischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet heraus. Beide Seiten kamen überein, daß möglichst bald Gespräche auf hoher Ebene ohne Vorbedingungen beginnen sollten.

Abe forderte jetzt auch seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko auf, in Bälde Japan zu besuchen. Eine japanische Einladung aus früheren Jahren steht noch. Auch zu einem Treffen mit Gromyko in einem dritten Land erklärte sich der Außenminister bereit. Für nächsten Monat wollen die Japaner außerdem eine neue Runde von beiderseitigen Konsultationen auf der Ebene der Staatssekretäre vorschlagen.

Politische Beobachter in Tokio



Heinrich Windelen
FOTO: WERNER SCHÖRING

CDU/CSU-Fraktion billigt Entscheidung über Wörner

Kritischer Kommentar der „Times“ zu Bundeskanzler Kohl

rnc/DW, Bonn
Die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl im Fall Kießling/Wörner ist gestern von der CDU/CSU-Fraktion ohne Diskussion gebilligt worden. Der Kanzler begründete sein Festhalten an dem umstrittenen Minister. Danach verwies der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger darauf, daß Kohl als Kanzler allein zu entscheiden hatte.

Die Probleme in dieser Affäre sind nach Dreggers Worten schwerwiegend gewesen, denn es sei um ein Ehrenwort, um Ehrenschatz und „damit um den moralischen Nerv der Armee“ gegangen. Zugleich habe der Rechtsschutz des Betroffenen eine Rolle gespielt – und damit ein „Kernstück unserer rechtsstaatlichen Ordnung“.

Der Fall beschäftigt von heute an das Parlament in Bonn. Nach einer Erklärung des Kanzlers vor dem Plenum, die nicht als Regierungserklärung deklariert ist, will der Verteidigungsausschuß seine Untersuchungen aufnehmen.

Den Rücktritt des Ministers hat der FDP-Landesvorstand Hamburg gefordert. Er wirft Wörner vor, seine Fürsorgepflicht gegenüber dem General groblich verletzt zu haben. Der frühere Bundeskanzler Schmidt sieht in den Entscheidungen Kohls „mangelnde Entschlußkraft“ des Kanzlers, dessen Kabinetts ein „ähnlich ramponiertes Ansehen“ habe wie vor knapp 20 Jahren die Regierung Erhard.

Auffallend kritisch hat sich die britische Tageszeitung „Times“ mit der politischen Zukunft von Kohl befaßt. Unter der Überschrift „Israel-Flop und Kießling-Skandal können zu Kohls politischem Ableben führen“, heißt es: „Die Zeiten für Kanzler Kohl sind schwierig. Nicht nur hat seine Entscheidung, Verteidigungsminister Wörner im Amt zu belassen, scharfe Kritik und noch mehr Belastungen für die Koalitionsregierung hervorgehoben, sondern sie hat auch im Ausland zu Zweifeln an seiner Führungskraft geführt. Kohls Besuch in Israel ist als Flop beschrieben worden, und Präsident Mitterrand soll bitter enttäuscht über den Kanzler sein.“

Das Blatt bemerkt weiter: „Indem er nicht dem Ratschlag vieler Leute seiner eigenen Partei folgte, die wegen der Kießling-Affäre den Rücktritt Wörners befürworteten, hat sich Kohl Beschuldigungen ausgeliefert, er habe aus kurzfristigen politischen Motiven gehandelt und das Ansehen seiner Regierung geschädigt.“

Schließlich schreibt die „Times“: „Einige Kommentatoren meinen, der Skandal (um Kießling) könne den Anfang vom Ende der Ära Kohl sein. Selbst die konservative WELT, die normalerweise fest auf Seiten der Regierung steht, bezeichnete das Festhalten an Wörner als das geringere Übel – aber immer noch als ein Übel. Die Bonner Dorfzirkus-Atmosphäre wird als innen- und außenpolitisch gleichermaßen schädlich angesehen, und Kohls Wählerkreis für eine moralische und geistige Erneuerung geben jetzt als scheinheilig. Leute in seiner eigenen Partei deuten an, daß Kohl eines Tages durch Finanzminister Gerhard Stoltenberg ersetzt werden könnte.“ Seite 2: Großer Rutenstreich

Auch SPD-Anhänger gegen 35-Stunden-Woche

Neue Daten der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF

S. HEYDECK/P. PHILIPPS, Bonn
Der SPD-Spitze, die eine breit angelegte Kampagne zur Unterstützung der Gewerkschaftsforderung nach Arbeitszeitverkürzungen gestartet hat, ist es bisher noch nicht einmal gelungen, eigene Anhänger zu überzeugen. Deutlich mehr als die Hälfte der sozialdemokratischen Klientel ist nach einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Im Januar waren nach der Erhebung, die das Institut jeden Monat für das ZDF durchführt, insgesamt 66 Prozent der Bundesbürger gegen das Tarifziel, mit dem insbesondere die IG Metall in die diesjährigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern geht. Aufgeschlüsselt nach Parteipräferenz ergab sich folgendes Bild: 84 Prozent der CDU/CSU-Anhänger und 74 Prozent der potentiellen FDP-Wähler waren gegen die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne Lohnsenkung; 57 Prozent waren es im SPD-Lager. Nur bei den Grünen gab es eine Mehrheit für die Forderung der Gewerkschaften: 81 Prozent. Allerdings hieß es schon vor Wochen in der Fraktion der Grünen, der Kampf für die 35-Stunden-Woche sei kaum zu gewinnen. Aber man würde sich „solidarisch“ mit den Gewerkschaften erklären.

Mit der Mannheimer Untersuchung bestätigt sich ein Trend, der die Verantwortlichen im DGB und in der SPD schon seit geraumer Zeit beunruhigt. Bereits im Dezember hatte eine Emnid-Umfrage für den Arbeitgeberverband Gesamtmetall ergeben, daß nur noch 29 Prozent der Arbeitnehmer die Stoßrichtung des Vorreiters IG Metall für richtig hielten. Selbst in den Reihen der Gewerkschaften gab es vor einem Monat erstmals eine Mehrheit dagegen. Die ÖTV, die selbst auch die 35-Stunden-Woche verlangt, hat in der Januar-Ausgabe ihres Mitgliederzeitschrifts ausgerechnet, daß diese Form der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich einer Einkommensverbesserung von 14,3 Prozent entsprechen würde.

Positiver als noch im September sehen, so ein weiteres Ergebnis der ZDF-Umfrage, die Bürger die wirtschaftliche Entwicklung: Jetzt erwarten 29 Prozent „eine bessere Zukunft“. Das sind sieben Prozent mehr als vor vier Monaten. Allerdings liegt dieses Ergebnis noch um sechs Prozent unter der Zahl vom April unmittelbar nach der Bundestagswahl.

15 Monate nach der Wende sind nur vier Prozent der Befragten davon überzeugt, daß diese bereits „vollständig“ vollzogen sei. 55 Prozent sehen eine „teilweise“ Wende und 41 Prozent „gar keine“. Der Zustimmung der Union tut dies keinen Abbruch: Sie wird von 47 Prozent zur Zeit „bevorzugt“. Damit konnte sich die CDU/CSU in der Wählergunst gegenüber November um drei Prozentpunkte verbessern. Exakt um diesen Satz ging die SPD zurück auf 39 Prozent. Unverändert liegen nach der Mannheimer Umfrage die Grünen bei sechs und die FDP bei vier Prozent. Ähnliche Ergebnisse brachte auch in der vergangenen Woche eine Infas-Erhebung.

Gesicherte Alternativen für die Wahl des finanziellen Standorts.

Die WestLB ist die Bank der Finanzierungsalternativen. Sie kombiniert Kredit- und Anlageangebote zu Leistungsbündeln. Daher hat sie auch für Ihr Unternehmen das Finanzierungskonzept.

Das Konzerngeschäftsvolumen der WestLB von über 150 Milliarden DM bedeutet nicht nur Finanzpotential. Dahinter stehen Erfahrung, Können und Flexibilität.

WestLB Unternehmensfinanzierung
Ein Schwerpunkt der WestLB liegt im langfristigen Kredit, bei der Investitionsfinanzierung und der Konsolidierung von zwischenfinanzierten Objekten. Zum Finanzierungsangebot gehören kurz- und mittelfristige Kredite wie auch Anfinanzierungen und Zusagen für langfristige Darlehen

auf Vorrat. Dies sind Bausteine für ein geeignetes Finanzierungskonzept. Es beinhaltet auch die optimale Nutzung liquider Mittel. Fristengerecht und zinsgünstig angelegt. Als Einlage bei der WestLB oder in Wertpapieren.

WestLB Exportfinanzierung und Auslandsservice
Die WestLB finanziert Ihr internationales Geschäft: Ihre Exporte in DM und anderen internationalen Währungen. Dazu: Avals und sämtliche Garantien. Das Arrangement für An- und Zwischenzahlungen und die Finanzierung der local costs. Die WestLB bietet Ihnen umfassende

Leistungen im kommerziellen Auslandsverkehr. Sowie Kurssicherung von Forderungen und Verpflichtungen.

Für Ihre Auslandsstützpunkte beschafft die WestLB Finanzierungsmittel. Auch in lokaler Währung.

Ihre Erfolgchancen wachsen mit Ihrer Flexibilität. Dafür brauchen Sie eine flexible Bank.

WestLB
Westdeutsche Landesbank
Girozentrale
Düsseldorf Münster
Zentralinstitut
der Sparkassen in NRW

WestLB
Ihr Finanzmanager mit Ideen

Das Tauwetter zwischen Moskau und Tokio beschränkt sich auf Gesten

Japan hält an Anspruch auf die sowjetisch besetzten Nordinseln fest / Kreml rüstet weiter

FRED de LA TROBE, Tokio
An einer Feierstunde anlässlich des Gedenktags für die japanischen Nordterritorien nahmen am Dienstag in Tokio 1800 Personen einschließlich Ministerpräsident Nakasone und seiner Kabinettsminister teil. Alle Redner bekräftigten, daß Japan unbeirrt an seinem Anspruch auf die vier nördlichen Inselgebiete festhalten wird.

Nakasone betonte, seine Regierung werde über dieses nationale Anliegen weitere zähe Verhandlungen führen. Das Territorium wurde 1945 von den Sowjets besetzt und die ungefähren 14 000 dort lebenden Japaner ausgewiesen. Tokio hat in den letzten Jahrzehnten immer wieder die Rückgabe des Gebiets gefordert.

Moskau hatte noch Ende der fünfziger Jahre angeboten, auf zwei der Inseln zu verzichten, rückte später jedoch von diesem Vorschlag wieder ab. Der strategische Wert des Territoriums hat sich für die Sowjets inzwischen auch entscheidend geändert: War er bis vor zwei Jahren militärisch noch kaum belegt, so sind dort jetzt eine volle Division der Roten Armee und eine Staffel Abfangjäger vom Typ MiG 29 stationiert. Außerdem befindet sich dort eine wichtige Basis der sowjetischen Fernflotte.

Da Tokio die Rückgabe des Gebiets als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen zu Moskau setzt, die Sowjets aber nicht bereit sind, dieses Thema zu erörtern, stoßen Versuche zur Normalisierung des gegenseitigen Verhältnisses immer wieder auf unüberbrückbare Differenzen.

Dennoch unternahm der japanische Außenminister Abe Anfang der Woche einen neuen Anlauf zur Einlösung des gegenseitigen Verhältnisses. Dabei geht es zunächst einmal um eine Normalisierung des Dialogs in Anknüpfung an die Initiativen des amerikanischen Präsidenten Reagan zu neuen Abrüstungsgesprächen. „Japan wird sich entschieden um bessere Beziehungen zur Sowjetunion auf der Basis eines aufrichtigen gegenseitigen Verständnisses bemühen“, stellte Abe fest.

Auch Moskau hat signalisiert, daß es an einem besseren Klima und vermehrten Kontakten interessiert ist. Bei einem kürzlichen Treffen zwischen Abe und dem sowjetischen Außenminister Gromyko nach größerem Austausch auf wissenschaftlichem, technischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet heraus. Beide Seiten kamen überein, daß möglichst bald Gespräche auf hoher Ebene ohne Vorbedingungen beginnen sollten.

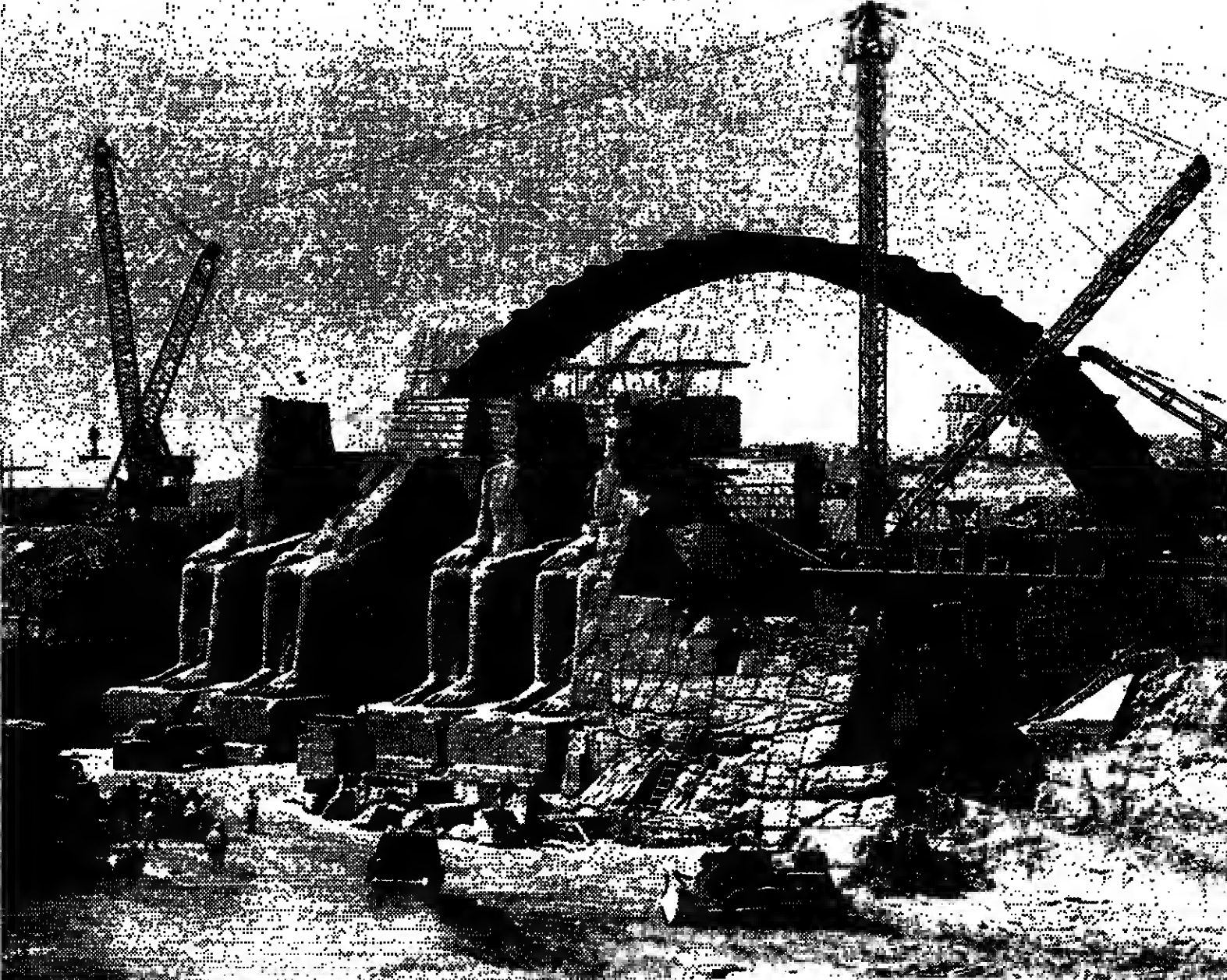
Abe forderte jetzt auch seinen sowjetischen Amtskollegen Gromyko auf, in Bälde Japan zu besuchen. Eine japanische Einladung aus früheren Jahren steht noch. Auch zu einem Treffen mit Gromyko in einem dritten Land erklärte sich der Außenminister bereit. Für nächsten Monat wollen die Japaner außerdem eine neue Runde von beiderseitigen Konsultationen auf der Ebene der Staatssekretäre vorschlagen.

Politische Beobachter in Tokio

schätzen die Aussichten auf ein Tauwetter zwischen beiden Staaten dennoch als nicht sehr günstig ein. Dies Urteil basiert auf dem seit Jahrzehnten erstaunlich starken Japan-Kurs Moskau, der keinerlei diplomatische Feinheiten erkennen läßt. Er hat Japan noch weiter an die Seite des Westens und Chinas geschoben, zu vermehrten Rüstungsanstrengungen Tokios geführt und ein großes japanisches Wirtschaftsentagement in Sibirien vereitelt. Angesichts der Krankheit Andropows und der Führungskämpfe im Kreml wird ein baldiger Kurswechsel Moskaus gegenüber Japan nicht erwartet.

Japanische Militärkreise registrieren mit Unbehagen, daß sich in der Folge der sowjetischen Hochrüstung das strategische Gleichgewicht in Ostasien zugunsten Moskaus verschoben hat. Allein das Drohpotential der auf China, Japan und Südostasien gerichteten SS-20-Raketen hat sich von 99 vor einem Jahr auf 144 erhöht.

Radio Moskau warnte letzte Woche in einer nach Japan ausgestrahlten Sendung: Nach der beabsichtigten Stationierung einer Staffel amerikanischer F-16-Abfangjäger in Nordjapan und der Bestückung von US-Kriegsschiffen in japanischen Häfen mit Tomahawk-Raketen bestehe akute Gefahr, daß das Inselreich ein atomares Schlachtfeld werde. Eine besonders schwere Breitseite feuerte Radio Moskau gegen Ministerpräsident Nakasone ab. Der sei ein getriebener Schüler der aggressiven Politik Washingtons.



CSSR-Bischöfe kritisieren USA und den Kreml

AP/DW, Wien

In einem brisanten Hirtenwort haben drei slowakische Bischöfe und vier Kapitelvikare Produktion, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen ein „Verbrechen gegen die Menschheit“ genannt. Sie verurteilten all jene, die die Wissenschaft zur Waffenherstellung und Gewaltanwendung mißbrauchten, die Beherrschung der Welt anstrebten und die Grundrechte der Menschen mißachteten. Diese Kritik gilt nach Auffassung von Beobachtern sowohl der USA wie der Sowjetunion. Die CSSR hat sich bereit erklärt, als Reaktion auf die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa auf ihrem Gebiet neue sowjetische Raketen zu stationieren. Schon im Dezember hatten sich Berichte von Unmutäußerungen der tschechoslowakischen Bevölkerung über diese Stationierung gehäuft. Der Ausschuss zur Vorbereitung freier Gewerkschaften hatte die Staatsgewalt kritisiert, einseitig die westliche Stationierung abzulehnen, und internationale Volksabstimmungen über die Mittelstreckenstationierung in allen Ländern gefordert. In mehreren Städten soll es Unterschriftensammlungen und Protestaktionen geben haben. Die Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“ hatte freie Diskussionen über den Frieden verlangt. (WELT vom 5., 12., 19. Dezember)

„DDR“ beansprucht deutsche Geschichte

AFP, Berlin

Die SED-Zeitschrift „Einheit“ hat in ihrer jüngsten Ausgabe bekräftigt, daß die „DDR“ ihren historischen Boden „in der gesamten deutschen Geschichte“ habe. Das Blatt wies zugleich „den Vorwurf eines Alleinvertragsanspruchs der DDR auf deutsche Geschichte“ als „völlig absurd“ zurück. Doch ergebe sich daraus, daß sich in der „DDR“ eine Nation entwickle, die ihrem Charakter nach sozialistisch, ihrer ethnischen Herkunft nach deutsch sei, die „unabweisbare Konsequenz“, die „gesamte deutsche Geschichte“ von der Warte des Sozialismus zu verarbeiten.

Wörners Kreisverband gibt Strauß Absage

zhk, Göttingen

Der CDU-Kreisverband in Göttingen – Wahlkreis von Verteidigungsminister Manfred Wörner – hat sich gegen einen geplanten Wahlkampfaufruf von Franz Josef Strauß ausgesprochen, der für den baden-württembergischen Landtagswahlkampf am 21. März in Göttingen geplant war. Zur Begründung erklärte der Geschäftsführer des Wahlkreises, Karl Heißler, die „Stimmung innerhalb der CDU in Göttingen gegenüber Strauß ist nicht gerade wohlwollend“. Anlaß für die Verärgerung im Kreisverband sei die distanzierte Haltung von Strauß in der Kießling/Wörner-Affäre und zum Verbleib des Verteidigungsministers in seinem Amt.

„Europa trägt Mitverantwortung an den Ereignissen in Libanon“

Haltung und Optionen der libanesischen Christen / „Auch Israel bedroht“ / WELT-Gespräch

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn Die libanesischen Christen fühlen sich durch die Angriffe der pro-syrischen und muslimischen Milizen in ihrer Existenz bedroht. Es gebe den Gegnern des „legal und übrigens auch von den Abgeordneten der Druzen und Schiiten gewählten Präsidenten nicht mehr nur um einen Umsturz, sondern um das Ausschalten der Christen als politisch wirkende Gestaltungskraft in Libanon und Nahost.“ Das sagt der Leiter des Bonner Büros „Résistance Libanaise“ Camille Tawil in einem Gespräch mit der WELT. In der „Résistance Libanaise“ haben sich die christlichen Parteien Libanons zusammengeschlossen. Ihr militärischer Arm sind die Milizen der „Forces Libanaises“. Das bewußte Aussparen der Religionszugehörigkeit bei diesen Namen soll deutlich machen, worum es bei dieser Allianz geht: nicht um einen Glaubenskampf, sondern um die politisch und religiös pluralistische Nation Libanon.

Der Angriff der Schiiten, Druzen und Syrer habe gerade die Vernichtung dieser pro-westlichen Nation zum Ziel. Sollte das gelingen, so werde „auf libanesischem Boden eine Volksrepublik entstehen. Diese wird sich demokratisch, islamisch oder arabisch sowie libanesisch nennen und pro-sowjetisch ausgerichtet sein.“ Tawil: „Sie wollen das Land aus dem politisch-kulturellen Verbund der westlichen Welt ausbrechen. Deswegen greifen sie den christlichen Präsidenten und die Christen an, die allein die Werte der Demokratie und der Freiheit verteidigen. Unterstützt werden die Rebellen dabei einerseits von Syrien und der Sowjetunion und andererseits von

den muslimischen Integristen und Fanatikern wie Khomeini und Khadhaifi. Die Gefahr ist groß, daß der Staat Libanon von der Landkarte verschwindet.“

Bei der Schlacht um Beirut habe der Westen viel zu verlieren. Und zwar „nicht nur einen treuen Verbündeten, sondern den zuverlässigsten Partner unter allen Ländern der arabischen Liga“. Tawil: „Europa trägt Mitverantwortung an den heutigen Geschehnissen im Libanon. Sollte der Libanon untergehen, so wird der Westen diesen Verlust vor der Geschichte zu verantworten haben, so wie die Niederlage in Saigon.“

Die Schlacht um Beirut hätte bereits begonnen, als die Syrer und ihre libanesischen Bundesgenossen die Annulierung des libanesisch-israelischen Abkommens vom 17. Mai 1983 forderten. Die Vereinigten Staaten haben damals, so Tawil, „die libanesischen Regierung zur Unterzeichnung des Abkommens gedrängt und sich mit ihrer eigenen Unterschrift dazu verpflichtet, diesem Abkommen Respekt zu verschaffen. Aber die USA sind von Syrien getäuscht worden. Eine Großmacht kann es sich nicht leisten, sich mehrmals und auf die gleiche Weise betrogen zu lassen.“

Washington müsse nun seine Verantwortung wahrnehmen und die letzten, verbleibenden Interessen der freien Welt in Libanon zu retten. Sollte Amerika nicht mehr über politische oder diplomatische Möglichkeiten verfügen, um Druck auf Syrien auszuüben, dann „sehen wir nur noch einen Weg, die Verteidigung mit Gewalt gegen das Vordringen der Syrer und Sowjets und ihrer libanesischen Verbündeten.“

Die libanesischen Christen geben

sich aber keinen falschen Hoffnungen hin. Tawil: „Alleine können wir nichts machen. Wenn das jetzige Regime gestürzt und ein pro-sowjetisches an seiner statt errichtet wird, wird es einen libanesischen Bakrak Karmal geben. Beirut wird dann das Kabul des Mittleren Ostens sein und wir werden in den bewaffneten Widerstand gehen als christliche Mudschahedin.“

Möglichkeiten für ein Arrangement mit den jetzigen Gegnern des Regimes unter einem muslimischen Präsidenten sieht Tawil nicht. Ein solches Regime würde aus den Christen im Libanon Bürger zweiter Klasse machen und dem Land das rauben, was es bisher unter den Ländern der arabischen Welt auszeichnete, Freiheit und gleiche Rechte für alle Bürger. Tawil: „Wir werden kämpfen so wie wir es Jahrhunderte hindurch getan haben, um unsere Freiheit zu bewahren.“

Nach den Worten des libanesischen Politikers fühlen sich die Christen vom Westen mißverstanden. Man habe vom Präsidenten immer verlangt, eine nationale Versöhnung mit seinen Gegnern herbeizuführen.“ Das Problem Libanons aber ist die Besetzung des Landes.“

Wir glauben, sagt Tawil, „daß auch Israel bedroht ist. Jede Veränderung des Regimes in Libanon bedroht die Existenz des Staates Israel. Wenn die israelische Regierung meint, mit kleinen Verbündeten in den Grenzregionen die Sicherheit seiner Grenze gewährleisten zu können, täuscht sie sich. Die syrische Präsenz in Libanon ist eine ständige Bedrohung für Israel und für den Frieden in der Region.“

Suchen USA Arrangement mit Syrien auf Kosten Beiruts und Jerusalems?

Jüdische Bedenken in Washington über Reagans Prioritäten im Nahen und Mittleren Osten

RAFAEL SELIGMANN, Bonn Die militärische Zurückhaltung der USA in Libanon hat in einflussreichen jüdischen Kreisen in den Vereinigten Staaten Befürchtungen verstärkt, Washington könnte versucht sein mit Damaskus – auf Kosten Jerusalems – einen Ausgleich zu suchen.

Grundsätzlich bestehen die jüdischen Bedenken in Washington, die von einflussreichen Kabinettsmitgliedern in Israel geteilt werden, bereits seit der Anfangsphase des Libanon-Kriegs im Juni 1982. Damals hatte Washington Jerusalem nach entscheidenden militärischen Erfolgen seiner Armee gegen die syrischen Streitkräfte daran gehindert, die syrischen Truppen vollständig aus Libanon zu vertreiben. Als Ursache dieser amerikanischen Politik sehen jüdische Vertreter, die gute Kontakte zum Präsidenten haben, Reagans geopolitische Betrachtungsweise des Nahen und Mittleren Ostens. Nach ihren Worten hat in Reagans strategischen Überlegungen der persische arabische Golf Vorrang. Der Präsident sehe Stabilität in dieser Region als Voraussetzung eines ungehinderten Zugangs Westeuropas und des

Fernen Ostens zu den Ölfeldern Arabiens an. Davon wiederum hänge die Prosperität der westlichen Länder und somit die Stärke der freien Welt ab, meinte der Präsident.

Reagan, so ein ehemaliger jüdischer Berater des Präsidenten, sei daher entschlossen, für die Stabilität der arabischen Golf-Staaten einen erheblichen militärischen Einsatz zu leisten. Der Nahe Osten sei in den global-strategischen Überlegungen Reagans nur drittangig. Das aber bedeute, daß der Präsident entschlossen ist, Ruhe im Nahen Osten herbeizuführen, um eine Konzentration der amerikanischen Kräfte auf den Golf zu ermöglichen.

Der Libanonkrieg, von Israel als präventive militärische Maßnahme gegen die PLO und Syrien geplant, habe in Washingtons Augen das labile Gleichgewicht, das bis dahin im Nahen Osten geherrscht habe, gefährdet. Daher das unüberwindliche Ersuchen, ja fast der Befehl des Weißen Hauses an Israel, die syrische Armee in Libanon nicht vollständig auszuschalten. Denn Damaskus werde von der Reagan-Administration trotz anderslautender öffentlicher Erklärungen als vielfach unentbehr-

cher Faktor für Stabilität in Nahost angesehen.

Darüber hinaus hege man in der Umgebung des Präsidenten die Hoffnung, Damaskus durch Zugeständnisse aus der Abhängigkeit von Moskau zu befreien.

Daß Syriens Präsident Assad für Stabilität in Nahost einen Preis von Washington verlange, war im Weißen Haus bekannt, und es habe in der Administration vielfach die Neigung geherrscht, diesen Preis auch zu bezahlen. Es heiße Druck auf Jerusalem auszuüben, daß Israel die Golan-Höhen zurückgebe.

Das Verbleiben der syrischen Truppen in Libanon, das Washington erst möglich gemacht hatte, sowie die Unfähigkeit der westlichen Truppen in Beirut, die Assad offenbar als seine Geiseln betrachtet, ermöglichen es nun, den Preis höherzuschrauben: Assad fordert faktisch ein syrisches Kondominium über Libanon. Nicht nur von jüdischer Seite wird befürchtet, daß Washington angesichts des zunehmenden Drucks im Kongreß – vor den Präsidentschaftswahlen – versucht sein könnte, auch diesen Preis an Syrien zu zahlen.

Kinnock will auf alle Atomwaffen verzichten

In Großbritannien lebt die Nukleardebatte wieder auf.

FRITZ WIRTH, London

Es ist die Zeit der eigenartigen und erstaunlichen politischen Premieren in Großbritannien, die kennzeichnend sind für die seltsamen ideologischen Verbündungen der beiden großen Parteien. Denn nur wenige Tage, nachdem Premierministerin Margaret Thatcher das Eis ihrer bisher sehr starren Ostpolitik durchbrochen und sich zum ersten Mal in ihrer fünfjährigen Amtszeit in ein Land des Ostblocks begab, beendet die britische Labour-Party ihren selbstauferlegten diplomatischen Isolationsismus gegenüber den Vereinigten Staaten.

Die Reise Neil Kinnocks nach Washington in dieser Woche ist der erste offizielle USA-Besuch eines britischen Labourparteilichers seit vier Jahren. Sein Vorgänger Michael Foot hatte ein gestörtes Verhältnis zur Außenpolitik und ein besonders gestörtes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, die er seit über 30 Jahren nicht mehr besucht hat. Immerhin fand er in seinen Amtstagen als Oppositionsführer Anlaß und Zeit zu einem Besuch im Kreml.

Das alles soll unter Kinnock anders werden. Er hat bereits einen Besuch bei Präsident Mitterrand hinter sich und nach seiner USA-Reise sind Besuche in Bonn und in Rom geplant.

Erstaunderweise gab sich Kinnock zu seiner Amerikanerreise selbst ein höchst provokantes Entree, indem er vor amerikanischen Kongreßmitgliedern in London schärfte als je zuvor seit seiner Wahl zum Parteichef die antinukleare und unilateralistische Verteidigungspolitik seiner Partei definierte. Kinnock erklärte, daß er als Regierungschef niemals den Einsatzbefehl für irgendeine britische Nuklearwaffe geben werde, auch dann nicht, wenn im Kriegsfall bereits sowjetische Nuklearbomben auf britischem Boden explodiert seien.

Mit diesem absoluten Verzicht auf nukleare Abschreckung sieht Kinnock folgerichtig auch keine Notwendigkeit für den Besitz britischer Atomwaffen. Er ließ die amerikanischen Politiker deshalb wissen, daß er unmittelbar nach dem Amtsantritt einer Labourregierung die sofortige Abschaffung aller britischen Atomwaffen anordnen werde. Während des letzten Wahlkampfes hatte die Labour-Party immerhin noch erklärt, daß sie das britische Nukleararsenal als Handelsobjekt für sowjetische nukleare Abrüstungskonzessionen benutzen.

Mit diesem radikalen Unilateralismus wird Kinnock nicht nur in Washington scharfe und mißtrauische

Fragen provozieren, er wird mit diesem Kurs auch innenpolitisch auf Widerstand stoßen. Der SPD-Parteichef und frühere Außenminister David Owen wies gestern bereits auf die Widersprüchlichkeit des Verteidigungskonzepts Kinnocks hin: „Man kann nicht, wie Kinnock es tut, sich zur NATO bekennen und zugleich die kollektive Nuklearpolitik der Allianz ablehnen.“

Kinnock steht mit diesem harten Unilateralismus auch in deutlichem Widerspruch zu seinem eigenen Stellvertreter Roy Hattersley, zu seinem Schatten-Außenminister Denis Healey, zum ehemaligen Premierminister James Callaghan und besonders zu Peter Shore, der im letzten Herbst gegen Kinnock um die Parteiführung kämpfte und verlor.

Shore hatte im Vorfeld dieses Wahlkampfes um die Parteiführung in einer Rede am 1. August des letzten Jahres den Kurs Kinnocks scharf verurteilt: „Wenn ich zum Parteichef gewählt werde, werde ich meinen Außenminister nicht nackt in einen Konferenzraum schicken“, fügte hinzu: „Den Unilateralisten, die das britische Nukleararsenal auflösen und sich auf das der Amerikaner verlassen, mangelt es an politischer Moral.“

Shore klagte darüber hinaus den starken pazifistischen Flügel seiner Partei der „Kapitulation und des Appeasements“ an. Er reflektierte mit dieser Äußerung auch weitgehend die Haltung James Callaghans, der heute noch von seinem linken Parteiflügel angeklagt wird, die Labour Party mit seinem Widerstand gegen die unilaterale Nuklearpolitik um den Wahlsieg gebracht zu haben.

Peter Shores eigener verteidigungspolitischer Kurs deckt sich weitgehend mit den Ansichten und Thesen, die in den letzten Tagen vom britischen „Atlantischen Komitee“ veröffentlicht wurden, dem unter anderem der ehemalige RAF-Marschall Lord Cameron und Sir Frank Cooper, bis vor zwei Jahren der höchste Beamte im britischen Verteidigungsministerium, angehören. Das Komitee argumentiert, daß die gegenwärtige NATO-Strategie der „flexible response“ unglaubwürdig geworden sei, da der Warschauer Pakt in der konventionellen Bewaffnung inzwischen hoch überlegen sei und damit die Schwelle für einen Einsatz von Nuklearwaffen der NATO zu gering geworden sei. Das Komitee plädiert für eine glaubwürdige „Abschreckung der NATO mit konventionellen Waffen und zugleich für eine Reduzierung des westlichen Atomarsenals.“

Gemeinsamkeiten Rumänien – NATO

dpa, Stockholm

Rumänien und die übrigen Ostblockländer sind offenbar unterschiedlicher Ansicht darüber, mit welchem Verhandlungsrezept ein Erfolg der europäischen Abrüstungskonferenz in Stockholm sichergestellt werden kann. Der rumänische Delegationsleiter verwies gestern auf Gemeinsamkeiten seiner Vorschläge mit denen der NATO im Bereich der technischen Maßnahmen zur Vermeidung des Kriegsrisikos in Europa.

Sowjet-Angriff in Afghanistan

rr, Islamabad

Die sowjetischen Truppen in Afghanistan haben nach Angaben westlicher Diplomaten eine Großoperation gegen die Stadt Istalef, 55 Kilometer nördlich von Kabul unternommen. Bei dem Angriff am vergangenen Donnerstag und Freitag seien möglicherweise mehrere hundert Menschen, darunter mindestens 50 sowjetische Soldaten, ums Leben gekommen. Istalef war bereits im Oktober bei Bombenangriffen zur Hälfte zerstört worden.

Anhörung über Brennelemente interessiert kaum

Iz. Neuburg

Die erste Anhörung über eine deutsche Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrauchte atomare Brennelemente begann gestern in der Stadthalle von Neuburg vorm Wald/Oberpfalz bei nur mäßigem Publikumsinteresse. Auch nur knapp ein Dutzend Demonstranten empfing die Interessenten mit Plakaten wie „Oberpfalz ja, Atompfalz nein“.

Konkrete Fragen zu dem auf vier Milliarden Mark geschätzten Projekt, in dem jährlich 350 Tonnen Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken aufgearbeitet werden sollen, kamen am ersten Tag noch nicht zur Sprache. Vertreter von Bürgerinitiativen und alternative Wissenschaftler verzögerten den Einstieg in die sachliche Diskussion mit zahlreichen Befragungsanträgen gegen die Genehmigungsbehörde, das bayerische Umweltministerium.

Ihr Hauptargument war, das Ministerium habe sich längst für den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage entschieden, um die Entsorgung der von der gleichen Behörde genehmigten Kernkraftwerke sicherzustellen. Ministerialrat Rudolf Mauker betonte dagegen, die Genehmigung für eine Anlage werde nur dann erteilt, wenn das atomrechtliche Verfahren sicherstelle, daß für die Umwelt keine Gefahr bestehe.

Nach der Erörterung in Bayern werden Anfang März die Bürgerwendungen gegen den niedersächsischen Aufarbeitungsstandort Draßburg behandelt. Spätestens im Herbst wird die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (DWA) endgültig entscheiden, ob die Anlage bis 1992 in Wackersdorf oder in Draßburg den Betrieb aufnimmt.

Grüne: Bastian will Bedenkzeit

dpa, Bonn

Der Grünen-Bundestagsabgeordnete Gert Bastian hat sich bis zum Wochenende Bedenkzeit erbeten, um seine Entscheidung über Austritt oder Verbleib in der Bundestagsfraktion der Grünen zu treffen. Nach einer fünfständigen nichtöffentlichen Fraktionsitzung in Bonn, bei der ihm zwei wissenschaftliche Mitarbeiter für den Arbeitsbereich Abrüstung und Frieden bewilligt wurden, sagte Bastian gestern Abend, er brauche zunächst Kontakt zu seiner Basis in München, die sich sehr für ihn eingesetzt habe. Der Abgeordnete Eckard Stratmann sprach in diesem Zusammenhang von einem „Sturm im Wasserglas“.

Die Fraktion beschloß außerdem, eine Kommission einzusetzen, die bis Mitte März einen Stellenplan ausarbeiten soll. Ein Antrag Bastians, der die teilweise Auflösung der Bürogemeinschaften forderte, wurde mit Rücksichtnahme auf die zuständigen Parteigremien nicht behandelt. Nach Angaben von Fraktionsprecher Heinz Suhr sollen Fragen der Rotation in den Rechenschaftsbericht der Fraktion für die außerordentliche Bundesversammlung der Grünen Anfang März in Karlsruhe einfließen.

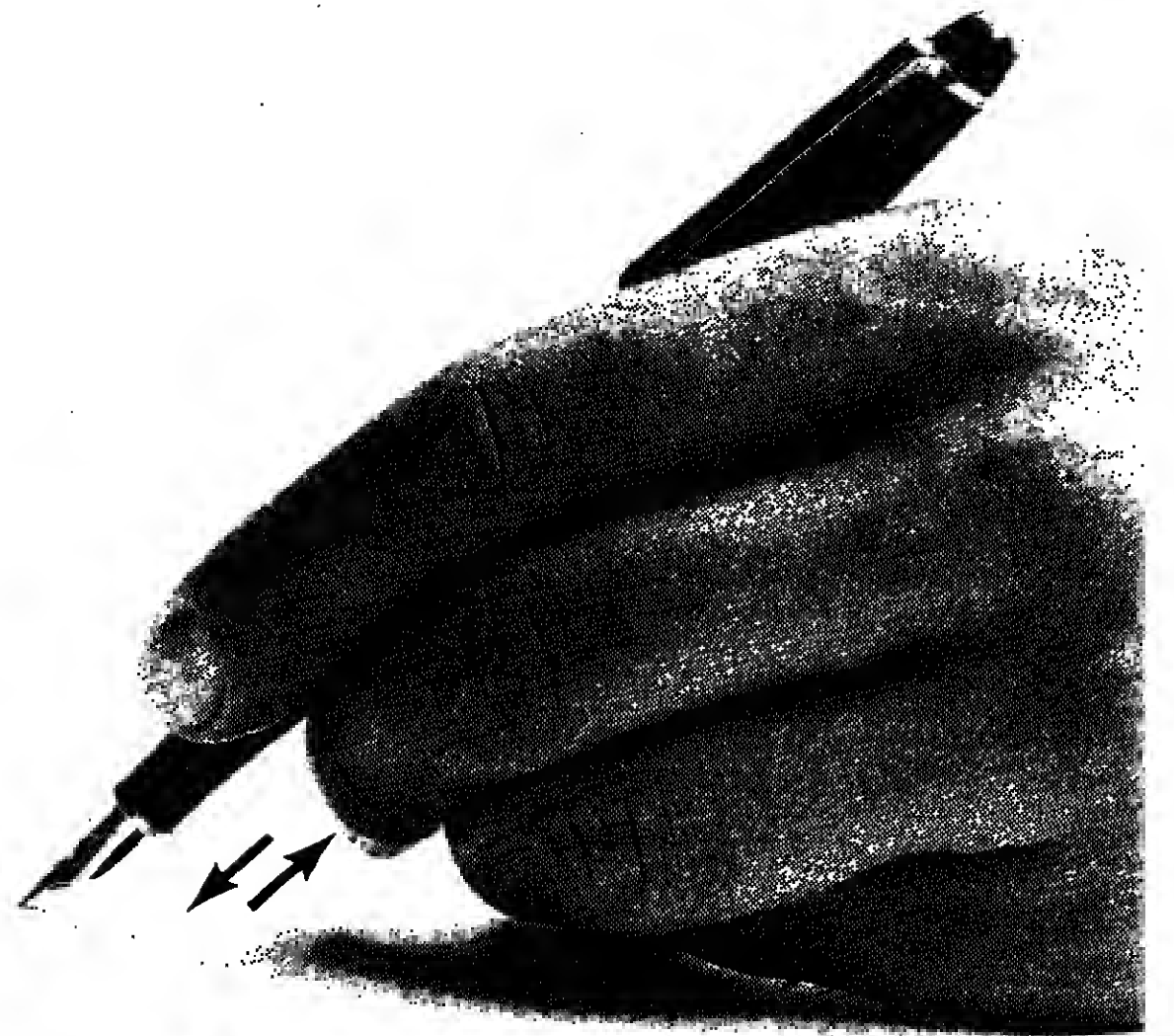
DIE WELT (Isap 603-500) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 305.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 520 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Hier sehen Sie die vier besten ausländischen Limousinen bis 2500 ccm* der letzten vier Jahre.

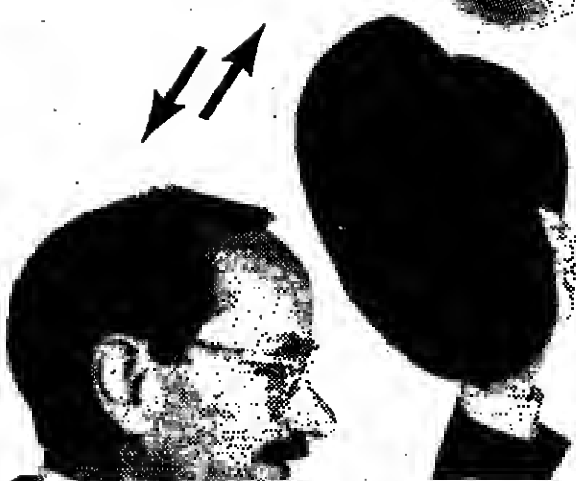


*Der Saab 900 turbo wurde von den Lesern der „auto motor und sport“ zum vierten Male hintereinander zur besten ausländischen Limousine bis 2500 ccm gewählt. Das hat den Saab 900 turbo in seiner Kategorie noch kein anderes Auto vorgemacht. Der Saab 900 turbo ist eben im Gewinn von Preisen ebenso einzigartig wie in seiner Technik. Fahren Sie dieses ungewöhnliche Auto bei Ihrem Saab-Händler Probe. Dann wissen Sie aus eigener Erfahrung, was den Saab 900 turbo so erfolgreich macht. Saab Deutschland GmbH, Dornier Straße 49, 6000 Frankfurt/Main 55, Telefon (0611) 50 06-1.

SAAB
Kraft und Verstand.



Lassen Sie Ihre Mitarbeiter doch miteinander arbeiten.



Herrn Direktor Stein mit Fräulein Groß. Fräulein Groß mit Verkaufsleiter Altmann. Verkaufsleiter Altmann mit Einkäufer Strauß. Einkäufer Strauß mit Buchhalter Wies. Buchhalter Wies mit Fräulein Groß.

Lassen Sie Ihre Mitarbeiter so einfach miteinander arbeiten, wie Wang es möglich macht. Mit seinem umfassenden Gesamtkonzept für die integrierte Bürokommunikation.

Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Ganz gleich, was für eine Firma Sie führen und wie groß sie ist. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit nahezu allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Jedes System ist maßgeschneidert für die Aufgaben seiner Abteilung. Eins paßt zum anderen. Alles ist nahtlos miteinander zu verbinden. Auch in Zukunft werden Sie jedes neue Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.

In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben als mit integrierter Bürokommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet. Nutzen Sie das.



WANG

**The Office Automation
Computer People.**

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nur vordergründige Kritik

„Europapolitiker bringen Licht ins dunkle
Geschäft mit der Abtreibung“, WELT vom
30. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

von „Auswüchsen des Forschergeistes“, gar vom „Weg in die nazistische Doktrin vom unwürdigen Leben“ ist die Rede. Gemeint ist die Verwendung menschlicher Föten zu Forschungszwecken. Doch erscheint mir die Aufregung und Kritik sehr vordergründig zu sein.

Gäbe es denn überhaupt solches „Forschungsmaterial“ ohne die Riesenwelle von Abtreibungen, die in der Bundesrepublik offiziell 70 000 bis 90 000, in Wirklichkeit wahrscheinlich die doppelte Zahl an getöteten ungeborenen Kindern zur Folge hat? Von anderen europäischen Ländern mit zum Teil noch größerem gesetzlichen Spielraum für Abtreibungen gar nicht zu reden.

Hier und nirgends anders müßte das Entsetzen beginnen, müßte Monsieur Jacquinots „Internationaler Verein“ ansetzen. Solange es keine moralische Achtung der Kindstötung in der modernen Gesellschaft gibt, solange der Staat Abtreibung auch in solchen Fällen, in denen Leben und Gesundheit der Mutter nicht gefährdet sind, straffrei beläßt oder

gar bis zu einer bestimmten Frist völlig freiläßt, ist es Unfug, von „Mangel an Hemmungen“ bei der Wissenschaft zu reden. Auch die Wissenschaft ist nur ein Teil der sie umgebenden Gesellschaft.

N. Mantel,
Bonn 2

Grundeinstellung

„Bundeswehr und die Probleme der Soldaten“, WELT vom 1. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine kurze Anmerkung zu o. a. Artikel: Als Zeitoffizier der Bundesmarine habe ich in vier Jahren die traurige Erfahrung gemacht, daß die jungen Offiziere in puncto „Menschenführung nach Dienst“ von ihren Vorgesetzten nur sehr selten Anregung und Unterstützung erhalten, geschweige denn von persönlichen Vorbildern lernen konnten. Dieses Problem kann man m. E. nicht von „oben“ lösen, sondern es ist eine Frage der persönlichen Grundeinstellung zum Dienst („Acht-Stunden-Mentalität“).

Mit freundlichem Gruß

Chr. Tiessen,
Oberleutnant zur See d. R.
Hamburg 13

Mehr Vertrauen

„Skandinavien im Fadenkreuz der Sowjets“, WELT vom 15. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hut ab vor Ingo Urban und der Redaktion der WELT für die eindrucksvolle Dokumentation über die militärpolitische Lage im Baltikum.

In sehr lobenswerter, aber heutzutage gar nicht üblicher Weise hat der Verfasser seine Informationen aus erstrangigen inoffiziellen Quellen geschöpft, die auf unmittelbare Observationen der dortigen Bevölkerung zurückgehen. Das ist schon ein Gewinn gegenüber dem Zeitgeist. Denn

heutzutage wird den offiziellen sowjetischen Desinformationsorganen sowie gewissen gezielten nachrichtendienstlichen Einschätzungen oft mehr Glauben geschenkt als Berichten von Ort und Stelle.

Mehr Vertrauen zu den kleinen unterdrückten Völkern und weniger Illusionen gegenüber dem großen Unterdrücker sind vonnöten. Das wäre in der Tat eine vertrauensbildende Maßnahme zwischen den Völkern. Hoffentlich verbleibt diese Dokumentation nicht ein Einzelfall.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. I. Alksnis,
Lund, Schweden

Wort des Tages

„Wir sind nicht dazu verdammt, die Geschichte sich wiederholen zu lassen. Es ist uns freigestellt, ihr in unserem Falle eine neue, noch nie dagewesene Wendung zu geben. Als Menschen sind wir mit dieser Freiheit der Wahl begabt, und wir können die uns auferlegte Verantwortung nicht auf Gott oder die Natur abwälzen. Wir müssen sie selbst auf uns nehmen.“

Arnold J. Toynbee, engl. Geschichtsphilosoph (1889-1975)

Positiver Hirte

„Pankraz, Hans Thoma und der Schweinehirt“, WELT vom 30. Januar

Sehr geehrte Redaktion,

so gern ich sonst die fast immer amüsanten und oft bitter notwendigen Pankraz-Artikel lese, diesmal muß ich als alter Humanist korrigierend eingreifen. Der „göttliche Schweinehirt“ ist bei Homer eine durchaus positive Figur und Helfer des Odysseus, sein Gegenspieler ist der Ziegenhirt.

Dr. K. Witte,
Hamburg 76

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntypisch zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Karl Fürst zu Löwenstein, früherer Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, feiert am 8. Februar in Bronnbach an der Tauber in Unterfranken seinen 80. Geburtstag. Der Name Löwenstein ist seit mehr als einem Jahrhundert eng mit der Laienbewegung der katholischen Kirche in Deutschland verbunden. Der Großvater des Fürsten gründete 1868 das „Zentralkomitee der Deutschen Katholiken“, das unter seiner Führung zu einem bedeutenden Instrument im preußischen Kulturkampf wurde. Karl Fürst zu Löwenstein, dessen Vater ebenfalls das Zentralkomitee geleitet hatte, hatte die Präsidentenschaft von 1948 bis 1968 inne. Unter seiner Leitung standen neun Katholikentage. In den fünfziger Jahren sorgte er für die ersten großen Hilfsmassnahmen der deutschen Katholiken für die notleidenden Völker in Asien, Afrika und Südamerika. Und schon vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil bemühte er sich um gute Kontakte zum Deutschen Evangelischen Kirchentag. Gemeinsam mit seinem Freund Reinhold von Thadden-Trieglaff, dem Begründer der Evangelischen Kirchentage, leitete er regelmäßig ökumenische Zusammenkünfte, die viel zum Verständnis der Konfessionen beitrugen. Bayerns Kultusminister Profes-

sor Hans Maier, zur Zeit Präsident des Zentralkomitees, nannte von Löwenstein „einen der großen Männer, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Haus der Bundesrepublik Deutschland mitaufgebaut haben, ohne je den Zusammenhalt aller Deutschen aus den Augen zu verlieren“.

EHRUNGEN

Professor Michael Raucheisen, einer der ganz großen Pianisten in diesem Jahrhundert, wird am 10. Februar, an seinem 85. Geburtstag, Ehrenbürger seiner Geburtsstadt Rain am Lech. Raucheisen wurde als Liedbegleiter und als Kammermusiker international gefeiert. Der junge Raucheisen hatte in München zunächst Violine studiert. Er gehörte als erster Geiger dem Münchner Hoforchester an und betätigte sich als Organist in Münchner Kirchen. Der große Dirigent Felix Mottl, 1866 bis 1911 Generalmusikdirektor in München, gab ihm schließlich den Rat, in die Pianistenlaufbahn einzuschwenken. Von 1920 bis 1958 hatte Michael Raucheisen, der mit der Kammerängerin Maria Ivogrin verheiratet ist, einen festen Wohnsitz in Berlin, wo er auch der Musikhochschule angehörte. Heute lebt er im schweizerischen Thun. Die Hochschule der Künste in Berlin gratulierte unter den ersten. In einer Würdigung schrieb Professor Erich An-

dress, stellvertretender Fachbereichssprecher für Musik, Professor Raucheisen habe über Jahrzehnte das europäische Musikleben mitgeprägt und als Liedbegleiter und Kammermusiker für nachfolgende Generationen höchste Maßstäbe gesetzt.

Das hessische Kultusministerium hat Dr. Elsie Kühn-Leitz, Wetzlar, mit der Goetheplakette ausgezeichnet. Frau Kühn-Leitz hat sich in ganz besonderer Weise um die deutsch-französische Verständigung verdient gemacht. 1954 gründete sie in Wetzlar die Deutsch-Französische Gesellschaft, deren Präsidentin sie wurde. Frankreich ehrte sie mit dem Orden „Palme Académiques“. Die Stadt Avignon machte sie zur Ehrenbürgerin. Eine langjährige Freundschaft verband Elsie Kühn-Leitz mit dem Urwald-Art Dr. Albert Schweitzer. Aus dieser Freundschaft erwuchsen ihr Verständnis und ihr Engagement für die Rechte der Afrikaner. Das Haus Friedwart in Wetzlar wurde zum Treffpunkt für afrikanische Politiker, Studenten und Praktikanten. Das kulturelle Leben in Wetzlar selbst hatte Elsie Kühn-Leitz sofort nach dem Zweiten Weltkrieg wieder in Gang gebracht mit der Gründung der Wetzlarer Kulturgemeinschaft. Die Stadt ehrte sie inzwischen ebenfalls mit den Ehrenbürgerrechten.



BMW 520i. Sonderausstattung BMW Leichtmetallfelgen.

In der Spitzenklasse würde niemand 4-Zylinder akzeptieren.

Deshalb sind für anspruchsvolle Autofahrer auch in der gehobenen Mittelklasse 6-Zylinder so selbstverständlich wie bei BMW.

Was macht eigentlich Spitzenklasse beim Automobil aus? Neben den technischen Qualitäten in jedem Detail, der umfangreichen Ausstattung und dem qualitativ hochwertigen Material in guter Verarbeitung ist es vor allem die Art, wie das Herz des Automobils, der Motor, seine Leistung entfaltet. Und zwar nicht nur bei niedrigen, sondern vor allen Dingen auch bei höheren Drehzahlen. Denn das Besondere eines aufwendigeren Automobils ist, daß man mit ihm gerade auch bei größeren Geschwindigkeiten ausgesprochen komfortabel reisen kann. Und dafür ist Laufkultur und damit die Geräusch- und Straßarmut durch kultivierte Kraftentfaltung bekanntlich ein absolutes Muß. Ein 6-Zylinder-Triebwerk schafft hierfür die besten Voraussetzungen. Und da es weder technische noch ökonomische Gründe gibt, in der wirtschaftlichen Hubraumgröße von 2 l auf dieses Triebwerkskonzept mit seiner unvergleichlich höheren Laufkultur zu verzichten, hat jeder BMW ab 2 l Hubraum 6 Zylinder. Allerdings – selbstverständlich ist das in dieser Klasse noch lange nicht.

Wenn Ihnen also ein 2-l-Automobil Spitzenklasse verspricht, sollten Sie prüfen, ob es wenigstens 6-Zylinder-Qualität zu bieten hat.

Bei Kennern verlieren selbst klugvolle Namen an Renommee, wenn ein Automobil der 2-l-Klasse nach 4-Zylindern klingt.

Wer ab 2 l Hubraum etwas anderes als einen BMW 6-Zylinder mit elektronischer Einspritzung fährt, verzichtet ganz einfach auf wesentliche Vorteile.

Schon beim BMW 520i kommt zur 6-Zylinder-Laufkultur die modernste elektronische Einspritzung mit Schubabschaltung. Eine nicht nur besonders effektive, sondern vor allen Dingen auch umweltfreundliche Kraftstoff-Aufbereitung. Das 5-Gang-Schongang-Getriebe ist sowohl im Hinblick auf Komfort als auch auf Ökonomie die ideale Ergänzung zum 6-Zylinder-Triebwerk und gehört deshalb ebenfalls zur Serienausstattung. Das gilt auch für die intelligente elektronische Peripherie mit der individuellen Service-Intervallanzeige SI und der computergesteuerten Energie-Control EC.

Wenn Sie all das zusammenzählen, was der BMW 520i als Selbstverständlichkeit für sich verbucht, und was Sie bei anderen anspruchsvollen Automobilen gar nicht oder nur gegen Aufpreis erwerben können, werden Sie sicher unsere Ansicht teilen, daß man einen BMW fahren muß, um so gut wie in einem BMW zu fahren.

Lassen Sie sich also von Ihrem BMW Händler zeigen, was man heute von einem fortschrittlichen Automobil erwarten darf.

Die BMW der 5er Reihe. Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

BMW auf BTX + 209 ff





Heute werden die XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo mit der offiziellen Eröffnungsfest eröffnet. Das Eishockey-Turnier läuft bereits, heute sind keine Wettkämpfe.

ERÖFFNUNG

Sanda steht im Mittelpunkt

Rund 50 000 Besucher im Stadion Koses und zwei Millionen Menschen an den Bildschirmen in aller Welt werden heute zwischen 14.30 Uhr und 18.00 Uhr die feierliche Eröffnung der XIV. Olympischen Winterspiele in Sarajevo miterleben. Der Einmarsch der Nationen beginnt um 14.33 Uhr. Monika Holzer, die zum vierten Mal bei Winterspielen dabei ist, wird die deutsche Fahne tragen.

Eröffnet werden die Spiele durch Mika Spiljak, Vorsitzender des jugoslawischen Staatspräsidiums. Das olympische Feuer entzündet um 15.20 Uhr die jugoslawische Eiskunstläuferin Sanda Dubravica, den olympischen Eid spricht anschließend der Skirennläufer Bojan Križaj. Das ZDF überträgt die Eröffnungsfeier live von 14.25 bis 18.00 Uhr. Von 20.15 bis 21.00 berichtet das ZDF Olympia-Studio. Seite 2: Sarajevo

FACKELLAUF

Griechen wollen nicht einlenken

Trotz eines Kompromissangebots von Peter Ueberroth, Präsident des Organisationskomitees der Olympischen Sommerspiele in Los Angeles (LAOOC), ist der Streit zwischen dem Nationalen Olympischen Komitee (NOK) von Griechenland und dem LAOOC über die Vermarktung des olympischen Fackellaufs nicht beendet.

Ueberroth kündigte in Sarajevo an, der Lauf durch die USA werde von 19 000 auf 12 000 Kilometer verkürzt und nur die Hälfte der Etappen werde zum Verkauf (3000 Dollar pro Kilometer) angeboten. Das griechische NOK will seinen Widerstand gegen das Unternehmen dennoch nicht aufgeben. Bisher hat es auch auf die Einladung der Amerikaner, sich an Ort und Stelle zu informieren, nicht reagiert.

EISHOCKEY / Zulassungs-Wirrwarr und kein Ende: Fünf Spieler vom Olympia-Turnier ausgeschlossen – Andere Profis aber dürfen spielen

Österreicher Schmäh: „Bei uns ist eh' der Klammer der einzige Amateur ...“

Wenige Stunden vor Beginn des olympischen Eishockey-Turniers schlugen in Sarajevo immer noch die Wellen der Erregung hoch. „Das alles ist unlogisch und unbegründet“, meinte Österreichs NOK-Chef Kurt Heller zum Ausschluss seines Stürmers Gregory Holst, der Italiener Jim Corsi und Richard Bragnalo sowie der Kanadier Mark Morrison und Donald Dietrich. Die betroffenen Nationen erwogen kurzfristig sogar einen Boykott, der aber wegen der drohenden Folgen schnell fallengelassen wurde.

Ursache und Wirkung des Streits verdeutlichen, auf welch morschen Pfählen die Zulassungsbestimmungen gebaut sind. Der finnische Verband veröffentlichte nur deshalb seine viel diskutierte schwarze Liste, nachdem Torwart Hannu Kampuri durch die IOC-Sportdirektion Monique Berlioux die Reamateurisierung verweigert worden war, weil er einmal als Profi in der World Hockey Association (WHA) gespielt hatte. Nach den stundenlangen Beratungen vom Montag aber dürfte Kampuri in Sarajevo spielen, denn nur Profis oder Ex-Profis der National Hockey League (NHL) wurden ausgesperrt.

Somit kommt es zu dem Kuriosum, daß Kampuri daheim vor dem Fernsehschirm sitzt, während in Sarajevo für Österreich beispielsweise Rick Cunningham um olympische Ehren kämpft, der in der WHA 323 Spiele für die Toronto Toros bestritt. Damit aber nicht genug. Alle Verbände wissen, daß nicht einmal die Spitze des Eisbergs zum Vorschein kam, als die Kanadier Mark Morrison und Donald Dietrich gesperrt wurden. Im kanadischen und amerikanischen Olympia-Team gibt es weit mehr Spieler, die ebenfalls Verträge mit NHL in der Tasche haben.

Die Italiener wußten nicht, ob sie lachen oder weinen sollten. Noch unmittelbar vor dem Abflug war den Sündern Richard Bragnalo und Jim Corsi versichert worden, es sei alles in Ordnung, schließlich wären ihre Pässe dem Eishockey-Weltverband (IIHF) vorgelegt worden. „Um so größer ist die Enttäuschung. Ich will

sofort nach Hause“, erklärte Bragnalo. Jim Corsi dagegen, einer der besten Torhüter bei der WM 1983, bleibt als Tourist in Sarajevo. Sein Vertreter Marco Capone mußte am Dienstag im ersten Spiel gegen Schweden in Watte gepackt werden. Denn der neue zweite Torwart Adriano Tancon und der ebenfalls nachnominierte Stürmer Marco Endrizzi können erst am Mittwoch anreisen.

Mit typischem Wiener Schmäh reagierten die Österreicher auf das Verhandlungs-Wirrwarr. „Der einzige Amateur bei uns ist eh' der Klammer Franz“, hieß es im Austria-Team.

Um das Unverständnis jedermann sichtbar zu machen, wurde zwischenzeitlich erwogen, den gesperrten Stürmer Gregory Holst statt des Skidolfs Franz Klammer zum Fahnen-träger zu bestimmen. Allein der Gedanke löste Lachsalven aus. Weit ernsthafter sind dagegen schon die Bemühungen, Holst nun als Assistenz-Trainer in Sarajevo zu halten. Seine Position in der Eishockey-Mannschaft übernimmt der nachnominierte Helmut Koren aus Klagenfurt, der schon vor dem ersten Spiel gegen Finnland eintraf.

Alle Beteiligten waren sich am Eröffnungstag des Eishockey-Turniers einig, daß mit den fünf Sperren das letzte Wort wohl noch nicht gesprochen ist. Möglich, daß nun wieder ein Vorschlag des Düsseldorfer Weltpräsidenten Dr. Günther Sabatzki in den Vordergrund rückt. Sabatzki hatte schon bei den Winterspielen 1976 in Innsbruck erklärt: „Ich bin für ein gänzlich offenes Olympia.“

Der Streit im Eishockey dürfte ein Vorgeschmack auf weitere Auseinandersetzungen bei den Fußballspielen sein, die in Los Angeles nur auf die Profis verzichten wollen, die schon einmal bei einer Weltmeisterschaft oder Weltmeisterschafts-Qualifikation dabei waren. Eine Klärung ist schon lange überfällig. Den entscheidenden Männern ist nur zu empfehlen, daß sie nicht wieder warten, bis etwa Dieter Schatzschneider oder Bernd Franke zum Beispiel schon in Los Angeles eingetroffen sind. (Siehe auch „Standpunkt“ auf Seite 10.)



Fest wehmütig schaut der österreichische Eishockeyspieler Greg Holst, der nicht am Olympia-Turnier teilnehmen darf, auf einen Eishockey-Spielfeldautomaten im olympischen Dorf. FOTO: AP

Ausgeschlossen: Der in München stationierte amerikanische Sender Radio Free Europe/Radio Liberty darf nicht von den XIV. Olympischen Spielen berichten. Diesen Beschluß faßte das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees (IOC). Es folgte damit einem Protest des sowjetischen NOK.

Ungewissheit: Weil sich das sowjetische NOK erst kurz vor Beginn der Sommerspiele in Los Angeles anmelden will, hätten die USA keine Eile, die Frage der sowjetischen Anreise zu klären. Das erklärte in Sarajevo Peter Ueberroth, der Präsident des Organisationskomitees von Los Angeles. Die Sowjets verlangen Landrechte für Flugzeuge und Ankerrechte für Luxusdampfer.

Bürgerinitiative: Eine Bürgerinitiative gegen Olympische Winterspiele 1988 in Bad Reichenhall war ein riesiger Erfolg. 71,2 Prozent

stimmten gegen die Spiele in Bad Reichenhall, 22,2 Prozent dafür, der Rest enthielt sich der Stimme. Die Initiatoren der Volksbefragung erwarteten nun, daß Bad Reichenhall aus der Bewerbergemeinschaft ausscheidet.

Verletzt: Nun wird es wohl doch keine olympische Medaille für die deutsche Ski-Rennläuferin Irene Epple geben. Beim Training war sie

Olympia-Splitter

bei einem Sprung in Rücklage geraten und unglücklich aufgefunden. Dabei zog sie sich eine Zerrung des Innenbands am linken Knie zu. Ihr Olympia-Start ist gefährdet. Beim dritten Training wurde Irene Epple dennoch Elfte. Schnellste war wiederum die Schweizerin Michaela Figini.

Qualifikation: Noch steht nicht fest, wer als vierter österreichischer

Abfahrer neben Franz Klammer, Erwin Resch und Helmut Höflechner am Donnerstag starten wird. Die Entscheidung fällt beim heutigen Training zwischen Weltmeister Harti Weirather und dem Slalom-spezialisten Anton Steiner. Die Schweiz nominierte endgültig Räder, Müller, Zurbriggen und Canthomen. Ausgeschieden ist Franz Heinzer, der Sieger von Val d'Isère.

Erkrankt: Der Ohlstädter Bobfahrer Anton Fischer hütet in Sarajevo mit fast vierzig Grad Fieber das Bett. Ihm machen starke Halsschmerzen zu schaffen. Nun bangt Fischer um seinen Einsatz bei den Zweier-Bobrennen am Freitag und Samstag.

Enttäuscht: Nur Platz 12 und 13 belegten die deutschen Rodler Rzeznizok und Schettel beim Dienstag-Training in Sarajevo. Am schnellsten war der Österreicher Sandbichler.

2:4 – USA beginnen mit Fehlstart

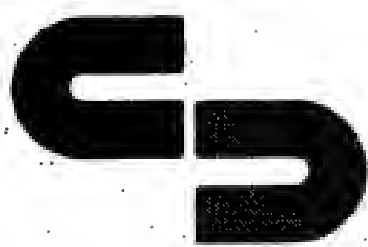
DW, Sarajevo

Um 13.33 Uhr war es gestern soweit: Durch das Tor des Finnen Jarmo Makitalo nach 17 Minuten und 24 Sekunden gegen Österreich im ersten Spiel des Eishockey-Turniers gab es das erste zählbare Ergebnis der Olympischen Winterspiele. Am Ende taten sich die Finnen beim 4:3-Erfolg dann sehr schwer. In der gleichen Gruppe B kamen die Kanadier zu einem 4:2-Erfolg über den Olympiasieger USA.

Die Jubelszenen, die die Amerikaner vor vier Jahren nach ihrem sensationellen Gewinn der olympischen Goldmedaille im ausverkauften Stadion von Lake Placid darboten, werden sich in diesem Jahr wohl nicht wiederholen. Und ob der amerikanische Präsident Ronald Reagan die Eishockey-Spieler nach dem Turnier ins Weiße Haus einfliegen läßt wie einst sein Amtsvorgänger Jimmy Carter, scheint noch unwahrscheinlich. Zu wenig boten die Amerikaner in ihrem ersten Spiel, um als aussichtsreicher Titelverteidiger angesehen zu werden.

Schon nach 27 Sekunden des ersten Drittels bekam der Olympiasieger seine Grenzen aufgezeigt. Mit ihrem ersten Angriff schossen die Kanadier bereits die 1:0-Führung heraus. Und auch in der Folgezeit spielte das Team aus Kanada längst nicht so schlecht, wie es vor Turnierbeginn noch eingeschätzt wurde. Schon beim Aufbau wurden die Amerikaner durch geschicktes Forechecking der Kanadier gestört. Dazu machte Torwart Mark Behrend im Team der USA einen unsicheren Eindruck. Immer wieder konnte er den Puck nicht festhalten, und sorgte so für zahlreiche gute Chancen der Kanadier, die sie auch zu einem Tor ausnutzten.

Die kanadische Mannschaft war auch nicht durch den Rückzug ihrer beiden Profis Dietrich und Morrison kurz vor Meldeschluß geschwächt. Dan Wood, der ebenfalls als Profi angeprangert worden war, aber dennoch gemeldet wurde, war der Torhüter zum vorentscheidenden 4:2 im letzten Drittel. Nach dem schwachen Spiel der Finnen gehören die Kanadier somit neben der CSSR zu den Favoriten der Gruppe B.



Schneider macht Fernsehen zukunftsicher. Nur bei Schneider können Sie Bildschirmtext und Videotext einfach selbst dazustecken.

Wenn Sie heute ein neues Stereo-Farbfemsehgerät kaufen, treffen Sie die Entscheidung darüber, ob Sie morgen die Annehmlichkeiten neuer TV-Technologien nutzen können. Videotext, Bildschirmtext, Kabelfernsehen usw. stehen unmittelbar „vor der Tür“.

Ein TV-Gerät muß deshalb mehr als gute Bildqualität und hohen Bedienungskomfort bieten. Es muß vor allem zukunftsicher sein.



● Neu und nur von Schneider: Videotext- und Bildschirmtext-Decoder (CEPT-Standard) werden mit einem Handgriff in den dafür vorgesehenen Kontakt gesteckt.

Montagekosten und Transport in die Werkstatt erübrigen sich. Genauso einfach können Eingabetastatur und Drucker angeschlossen werden – eine weitere intelligente Innovation von Schneider, dem Erfinder des Direct Contact Stecksystems „Schneider DCS“.

● Auch für Kabel- und Satellitenfernsehen sind die Schneider-Stereo-Farbfemsehgeräte programmiert. Außerdem: anschlussbereit für Videorecorder, Bildplattenspieler, Heimcomputer, Telespiele und HiFi-Anlage.

Sie verfügen über: 100 Kanäle, 30 Programmspeicherplätze, 2-Ton-Empfang mit Kopfhörer/Lautsprecher, umschaltbar. Anschluß für 2 externe Boxen. Infrarotfernbedienung für alle Funktionen. Frontale Klangabstrahlung. Inline-Farbbildröhre. Elegantes „regalfreundliches Design“ in colinalbraun und Nußbaum.

Schneider STV 6000, DM 1.648,-* (56 cm Bild)

Schneider STV 7000, DM 1.798,-* (67 cm Bild)

*) Unverbindliche Preisempfehlung.

Im Fachhandel und in Fachabteilungen.

Schneider. Intelligente TV-Technik.

Schneider
TV made in Germany

Schneider Rundfunkwerke GmbH & Co., 8939 Türkheim

[illegible]

Rundfunkgesetz: SPD will nun Karlsruhe anrufen

schw. Hannover

Die niedersächsische SPD will das Landesrundfunkgesetz, über das in den kommenden Monaten abgestimmt werden soll, beim Bundesverfassungsgericht überprüfen lassen. Die Partei gehe zwar davon aus, erklärte der Fraktionsvorsitzende Karl Ravens, daß das Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten sich auf Grund der technischen Entwicklung faktisch überlebt habe. Aber die konkreten Grenzen, die vom Bundesverfassungsgericht zur Zulassung privater Veranstalter gesetzt worden sind, würden in Niedersachsen überschritten. In Niedersachsen würden Veranstalter zugelassen, die auch Programmanteile in anderen Bereichen der Bundesrepublik ausstrahlen würden. Die Landesregierung werde einen zu starken Einfluß bei der Auswahl der Veranstalter haben gegenüber der eingetragenen Kompetenz des vorgesehenen Landesfunkaussschusses, der die öffentliche Kontrolle ausüben soll.

FDP wendet sich gegen Tempolimit

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten haben die Forderung von Grünen und SPD nach einem Tempolimit als Beitrag gegen das Waldsterben eine Absage erteilt. Unter Hinweis auf die Expertenanhörung im Innenausschuß erklärte ihr innenpolitischer Sprecher Burkhard Hirsch, trotz der unterschiedlichen Darstellungen könne als Ergebnis festgehalten werden, daß ein Tempolimit zwar die Abgabe von Stickoxiden verringere, jedoch andererseits die Immission der für die menschliche Gesundheit schädlichen Kohlenmonoxide und Kohlenwasserstoffe steige. Außerdem, so erklärte Hirsch, führe nach polizeilichen Ermittlungen die Mehrheit der Autofahrer auf Autobahnen längst nicht mehr als 120 Kilometer pro Stunde. Es sei also ziemlich abwegig zu glauben, mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung könne irgendein Einfluß auf das Waldsterben ausgeübt werden. Vordringliches Ziel bleibt deshalb nach seinen Worten die Beschränkung der Schadstoffe aus Autoabgasen durch Übernahme der strengen US-Grenzwerte.

Vorruhestand: Dregger gegen Länder-Forderung

Kabinetts befäßt sich noch einmal mit dem Entwurf

GEISELA REINERS, Bonn

Das Bundeskabinetts befäßt sich heute in Bonn noch einmal mit der Empfehlung des Bundesrates zur geplanten Vorruhestandsregelung befassen. Es wird jedoch nicht mehr mit großen Veränderungen gerechnet. Die Ländervertretung hatte sich in ihrer Sitzung am vergangenen Freitag für einige weitreichende Änderungen ausgesprochen.

So sollte das Vorruhestandsgeld von 65 auf 70 Prozent vom letzten Bruttoeinkommen und der Erstattungsbetrag der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg von 40 auf 50 Prozent heraufgesetzt werden. Als Verbesserung der Mittelstandskomponente sollte für Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern (statt 20) die Freiwilligkeit auf den Arbeitgeber ausgedehnt werden. Dieser Beschluß war zustande gekommen, weil die Länder Bayern und Rheinland-Pfalz mit den SPD-regierten Ländern für diese Nachbesserung gestimmt hatten.

Gezieltes Störmanöver

Dies wird in Bonn für ein gezieltes Störmanöver des bayerischen Ministerpräsidenten gehalten, während man Rheinland-Pfalz ein großes Engagement in der Sache zugute hält.

Das Gesetz bedarf zwar der Zustimmung der Länder, diese sind jedoch finanziell bei der Ausfüllung der Vorruhestandsregelung nicht gefordert.

Probleme der Gewerkschaft

In Bonn glaubt man allerdings nicht, daß es noch große Veränderungen in der Vorruhestandsregelung geben wird. Ebenso wie Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) zeigte sich auch der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger nicht geneigt, den weitergehenden Forderungen vor allem der Interessenvertreter des Mittelstands und des Handwerks nachzugeben. Auch von Arbeitsminister Norbert Blum und Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) ist bekannt, daß sie an dem bisherigen Entwurf festhalten wollen.

Wenn man dem Mittelstand nachgebe, so heißt es, müsse man sich weitere Forderungen der Sozialausschüsse gefallen lassen usw. Wenn außerdem die Zahl der Ausnahmen zu groß werde, sei dem Gesetz immer weniger Erfolg beschieden. Darüber hinaus werde es für die Gewerkschaften immer schwieriger, ihre Mitglieder von den Vorteilen einer Vorruhestandsregelung gegenüber einer verkürzten Wochenarbeitszeit zu überzeugen.

Zahlt Bonn an Ost-Berlin für Ausreise?

Fortsetzung von Seite 1

der „DDR“ gewesen. In diesen Orten hatte die nichtstaatliche Friedensbewegung und die ständig wachsende Zahl der Ausreisewilligen mit ihren Protesten den Machthabern in Ost-Berlin größtes Kopfzerbrechen bereitet. Der Staatssicherheitsdienst hat trotz Zwangsabschiebungen einzelner Personen nach dem Westen, Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Verhören und anderer Pressionen den Widerstand der - vorwiegend - Jugendlichen gegen die zunehmende Militarisierung des Lebens und die verschlechterten politischen Lebensbedingungen nicht unter Kontrolle bringen können.

Es ist daher nach Ansicht politischer Beobachter nicht auszuschließen, daß Ost-Berlin jetzt denjenigen Personen die Ausreise nach der Bundesrepublik Deutschland gewähren will, die für sie zum besonderen Unruhefaktor geworden sind. Anfang der 70er Jahre hatte die Zahl der Antragsteller auf Ausreise (nach Abschluß der KSZE in Helsinki) einen Höchststand von fast 200 000 erreicht. Nach einer Phase der Beruhigung stieg die Zahl derer, die für sich das Recht auf freie Ausreise in Anspruch nahmen, seit August 1983 auf fast 500 000, wie im Oktober 1983 aus internen Informationen der SED bekannt wurde.

„In Polen herrscht vielfach Resignation“

SPD-Politiker Wischniewski über Warschauer Eindrücke

PETER PHILIPPS, Bonn

In Polen gibt es nach dem Eindruck von Hans-Jürgen Wischniewski trotz vieler immer noch geltender Beschränkungen... mehr „Liberalität“ als in allen vergleichbaren Staaten“. Allerdings herrsche unter den Bürgern des Landes eine weitverbreitete Resignation. Dieses Fazit zog der SPD-Politiker nach einer sechstägigen Reise durch Polen. Wischniewski hatte das Land auf Einladung von ZK-Sekretär Czyrek besucht. Nach Ansicht Wischniewskis versucht die polnische Führung, den resignierenden Teil der Bevölkerung durch die Kommunalwahlen in diesem Jahr und die auf 1985 verschobenen Wahlen zum Sejm wieder „stärker zu beteiligen“.

Wischniewski, der außer mit Czyrek auch mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski, Außenminister Olszowski, dem ZK-Sekretär Barcikowski, Vertretern des Klerus und der neuen Gewerkschaft zusammengetroffen war, bestätigte gestern, daß es zu einer Reihe von Fragen in der polnischen Führung Diskussionen über den richtigen Weg gebe. Dazu gehöre auch die Fragestellung, ob man sich „nicht stärker an die Sowjetunion anlehnen“ solle. Aber, so sei sein Eindruck, der weit über-

wiegende Teil der Regimespitze sei weiterhin dafür, „in Loyalität den politischen Weg zu gehen“. Im übrigen hätten gerade die westlichen Sanktionen nur die Abhängigkeit Polens von Moskau erhöht. Die Sanktionen müßten umgehend vollständig aufgehoben werden, in der Bundesrepublik Deutschland über den Einsatz von Hermes-Krediten nachgedacht werden, damit die Polen wichtige Ersatzteile kaufen könnten, mit denen Maschinen für Exportware wieder in Gang gesetzt werden könnten.

Wischniewski erwartet, daß die von der katholischen Kirche forcierte Stützung zur Unterstützung der privaten Bauern für den Sommer realisiert werde. Die entsprechenden Stützungsgesetze sollten jedenfalls im März verabschiedet werden. Mit Vertretern der Untergrund-„Solidarität“ hatte der SPD-Politiker keinen Kontakt, dafür mit Repräsentanten der neuen vom Regime geförderten Gewerkschaften, von denen viele ehemalige Solidaritäts-Funktionäre seien. Sie zeigten, so der SPD-Politiker, daß sie die Interessenvertretung in den Betrieben sehr ernst nähmen, aber sich nicht wie die „Solidarität“ mit einem Engagement für gesellschaftliche Veränderungen „übernehmen“ wollten.

USA präzisieren Gründe für UNESCO-Austritt

Paris

Die Vereinigten Staaten haben gestern erstmals offiziell in aller Ausführlichkeit die Gründe für ihren angekündigten Austritt aus der UNESCO dargelegt. Die US-Botschaft am UNESCO-Sitz veröffentlichte eine Liste, in der der Organisationsspitze unter anderem Unfähigkeit und Unbelehrbarkeit sowie die Politisierung ihrer Arbeit, Richtungslosigkeit in der Menschenrechtspolitik, Bedrohung der Pressefreiheit und Mißwirtschaft angelastet werden. Nach Ansicht von Diplomaten scheint nunmehr sicher zu sein, daß die USA sich nicht zum Verbleib in der UNESCO bewegen lassen werden.

Zur Austrittserklärung vom Dezember heißt es, Fehlentwicklungen in Verwaltung, Organisationspolitik und Etatgestaltung hätten die Arbeitsfähigkeit der UNESCO beeinträchtigt und, gewollt oder ungewollt, den politischen Zielen einiger Mitgliedsländer Vorschub geleistet. Die UNESCO-Stellungnahmen seien „in unglaublichem Maße“ parteilich und feindschaftlich geworden, besonders hinsichtlich der USA, heißt es weiter.

„Brüsseler Gipfel muß Erfolg werden“

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher war sich mit seinem britischen Amtskollegen Sir Geoffrey Howe bei einem Kurzbesuch in London darin einig, daß der Brüsseler Europagipfel am 19. und 20. März zu einem Erfolg werden müsse, wenn Europa weitpolitisch weiter ernst genommen werden solle. Genscher versicherte, sein Gespräch mit Howe habe ihn in seiner Zuversicht bestätigt, daß die Gemeinschaft die gegenwärtigen Herausforderungen bestehen werde.

Bei der Unterredung zwischen den beiden Außenministern ging es vor allem um die Reform der EG-Agrarpolitik, eine Umstrukturierung des Haushalts, den Abbau der Ungleichgewichte bei den EG-Beiträgen, eine Erhöhung der EG-Eigenmittel und die Süderweiterung der Gemeinschaft. Howe bezeichnete eine Beitragsgestaltung Großbritanniens als Voraussetzung für einen Erfolg in Brüssel.

In Beirut droht eine Regierung unter syrischer Regie

Fortsetzung von Seite 1

Nach dem Rücktritt von Regierungschef Wazzan und seiner neun Minister am vergangenen Sonntag hat der belagerte Präsident Gemayel bislang keinen neuen Ministerpräsidenten gefunden. Schiiten, Drusen und Sunniten verweigern Verhandlungen mit dem „Nero von Baabda“, wie sich Schiiten-Chef Berré ausdrückte. Alle Ministerien in West-Beirut sind von Milizen besetzt, nur das Außenministerium liegt in Ost-Beirut.

Als klaren politischen Sieg des Assad-Regimes in Syrien bezeichnen politische Beobachter die Eroberung West-Beiruts durch die von syrischer Artillerie unterstützten Schiiten und Drusen. Entsprechend den Forderungen

der Syrer und der libanesischen Oppositionsfront wird ein baldiger Rückzug der alliierten Friedenstruppe und die Annulierung des Abzugsabkommens mit Israel erwartet.

Im christlichen Lager Beirut heißt es inzwischen, Gemayels Hauptfehler sei es gewesen, sich bei den Amerikanern politisch abzustützen und den Vertrag mit Israel am 17. Mai 1983 abzuschließen. Von da an habe Syrien mit Hilfe der Drusen und Schiiten auf den Sturz des Präsidenten und die Umwandlung Libanons in ein syrisches Protektorat hingearbeitet. Dies habe nicht nur Gemayel, sondern vor allem Washington unterstellt. Gemayel sei nun vor den Augen der gesamten arabischen Welt als Mann der Amerikaner entmachtet worden.

Libanon ist jetzt ein dreigeteiltes Land: Im Süden stehen die Israelis, in Ost-Beirut und der Küste nördlich davon die Christen mit starken Milizen, und im übrigen Land (rund 70 Prozent) haben die Syrer und Moslems das Sagen. Ihr Ziel, ein „arabisches Libanon“ zu schaffen, wurde schrittweise durchgesetzt und steht vor der Verwirklichung, wenn sich die christlichen Parteien - gezwungenermaßen - an einer neuen Regierung beteiligen.

US-Präsident Ronald Reagan hat sich angesichts der zugespitzten Lage in Libanon hinter Präsident Gemayel gestellt. Er forderte Syrien auf, den Beschuß der Beirut Wohnviertel einzustellen und die „Terroristen“ in Libanon nicht weiter zu unterstützen.

Reagan äußerte sich zustimmend zu dem Plan Gemayels, die libanesischen Opposition an einer neuen Regierung zu beteiligen. Nach seinen Worten fühlen sich die USA weiterhin „der Einheit, Unabhängigkeit und Souveränität Libanons“ verpflichtet. Amerika wolle weiterhin mithelfen, daß der Traum eines wiedervereinigten Libanon „immer noch Realität wird“.

Jüngste Äußerungen von US-Außenminister Shultz ließen allerdings Zweifel daran offen, ob die Vereinigten Staaten ihre bisherige Libanon-Politik beibehalten werden. In Brasilien sagte der Minister, man müsse abwarten, wie sich die Lage entwickle und dann auf der Basis einer neuen Situation Position beziehen. Diese Äußerung wird von Beobachtern als

erster Hinweis darauf gewertet, daß Washington seine seit gut einem Jahr in wesentlichen Punkten unveränderte Libanon-Politik überdenkt. Mögliche Schritte der US-Regierung wurden von Shultz nicht genannt und nicht erläutert. Die Möglichkeit eines amerikanischen Rückzuges ließ er offen.

Das jüngst vereinbarte Gipfeltreffen der in der arabischen Liga vereinten Staaten ist - offensichtlich unter dem Eindruck der Krise in Libanon - erneut verschoben worden. Dies meldete die amtliche saudiarabische Nachrichtenagentur, allerdings ohne Gründe zu nennen oder einen neuen Termin bekanntzugeben. Die Konferenz war für Ende Februar in der saudischen Hauptstadt Riad angesetzt worden.



In der Nordsee liegt das größte Ölfeld Europas - wir erschließen es.

Mobil nimmt die dritte Förderplattform im Statfjord-Feld in Betrieb.

Mit einem Anteil von fast einem Drittel ist die Nordsee Deutschlands wichtigster Öllieferant geworden. Das Nordsee-Feld Statfjord, das größte Ölfeld Europas, wurde 1974 von Mobil entdeckt. Seitdem sind riesige Summen investiert worden, um dieses Feld zu erschließen. Wenn

Statfjord C die Arbeit aufnimmt, fördern die größten Plattformen der Welt - unter der Betriebsführung von Mobil - Erdöl und bald auch Erdgas. Bis 1990 soll die Erdölförderung auf 80.000 t pro Tag gesteigert werden. Bereits seit 1980 bezieht die Mobil-Raffinerie in Wilhelmshaven Rohöl

aus dem Statfjord-Feld. Jetzt ist eine Pipeline im Bau, durch die ab 1986 das Statfjord-Erdgas in Emden angelandert wird.

Weitere Informationen erhalten Sie unter dem Stichwort „Statfjord“ von der Mobil Öl AG, Steinstr. 5, 2000 Hamburg 1.

Mobil
macht Energie mobil

Auf Offensive geschaltet

nl - Noch vor drei Jahren, im Zeichen der damaligen Ölpreiskrise und der Ausstrahlungen auf die Weltkonjunktur, befand sich der Zulieferer der Sportwagenbauer Porsche in einer ausgesprochen defensiven Situation. Man hatte sich auf einen schrumpfenden Markt eingerichtet. Entsprechend vorsichtig und von kurzfristigen Planungen gekennzeichnet war die seinerzeitige Investitionspolitik.

Inzwischen hat sich die Einstellung gründlich gewandelt. Voller Stolz kann Porsche-Chef Peter W. Schutz verkünden, daß „für einen Porsche Qualität und technische Klasse wichtiger Verkaufsargumente sind als der Preis“. Im laufenden Geschäftsjahr wird der Absatz von rund 48 000 Porsche-Fahrzeugen anvisiert. Dabei kann man es sich im Hinblick auf die rasante Aufwärtsfahrt des Typs 944 sogar leisten, Produktion und Absatz des 924er zurückzuziehen. Porsche hat aber mit Lieferengpässen denn mit Absatzsorgen zu kämpfen. Ein alles in allem beruhigendes Gefühl.

Gleichwohl wächst freilich in Zulieferern das Erkenntnis, daß der Markt in Westeuropa in seiner Aufnahmefähigkeit an Grenzen zu stoßen beginnt. Dies aber ist in den USA noch längst nicht der Fall. Es erscheint deshalb geradezu logisch,

daß sich Porsche auf jenem Markt, in dem man sich bisher in einer Verkaufsecke mit der VW-Händlerorganisation befand, auf eigene Beine stellen will. Trotz der Risiken jener starken Verankerung in Übersee - in der Offensive allein liegt Porsches Chance, bevor die Konkurrenz wach zu werden beginnt.

Personalien

des - Über personelle Veränderungen im Top-Management wird derzeit beim bundeseigenen Salzgitter-Konzern, wenn überhaupt, dann bestenfalls nur beiläufig gesprochen. Angesichts der desolaten Situation ist dies verständlich. Denn allzu leicht könnte der Mißerfolg bestimmter Bereiche zu voreiligen Schlüssen verleiten. Ohne Zweifel aber steht das inzwischen angelassene Revirement im engen Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Ergebnissen. Hans Bettermann, im Salzgitter-Vorstand zuständig für den Unternehmensbereich 3 (Weiterverarbeitung), dürfte bei solchen Überlegungen die Ausnahme sein, die die Regel bestätigt. In allen anderen Fällen hingegen ist das Ausscheiden gleichbedeutend mit Schuldzuweisung. In besonderem Maße gilt dies für die Maschinen und Anlagen AG. Die vor Jahresfrist geäußerte hohe Erwartungshaltung hat getrogen. Die fast schon traditionelle Salzgitter-Politik: Der Chef muß gehen.

Britische Bilanz trügt

Von WILHELM FURLER, London

Die Diskussion in Großbritannien über die Frage, ob der konjunkturelle Erholungsprozess weiter an Fahrt gewinnen und vor allem nachhaltig sein wird oder nicht, konzentriert sich zusehends auf den Bereich Außenhandel. Ganz fraglos hat die stürmische Entwicklung der heimischen Nachfrage insbesondere bei Konsumgütern im vergangenen Jahr alle Erwartungen deutlich hinter sich gelassen. Doch weit auseinander gehen die Ansichten darüber, wie stark die Sogwirkung der boomenden Verbrauchernachfrage auf die Importe zum Nachteil der eigenen Produktion ist.

Der zweite Streitpunkt: Kann das zu einem großen Teil über höhere Verschuldung und daher über kurz oder lang zwangsläufig wieder erhaltende Konsumgütergeschäft durch eine merkliche Verbesserung der britischen Warenexporte abgeleitet werden, wie sich die Regierung Thatcher zur Gewährleistung eines anhaltenden Wirtschaftswachstums vorstellt? Die Regierungschefin und ihre Minister sind überzeugt, daß die Antwort nur Ja lauten kann. Dabei verweisen sie darauf, daß die für das vergangene Jahr befürchtete weitgehende Aufzehrung des Leistungsbilanzüberschusses von 1982 in Höhe von 5,378 Milliarden Pfund habe abgewendet werden können. Damit macht es sich die Regierung allerdings etwas zu einfach.

Nur zu gerne läßt sie unerwähnt, daß der Überschuss ausschließlich auf Rekordverkäufe von britischem Nordseel sowie auf den traditionell starken britischen Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland zurückgeht. So brachte der Ölhandel im vergangenen Jahr einen Überschuss von immerhin 6,924 Milliarden Pfund und der Dienstleistungsbereich (Banken, Versicherungen, Tourismus usw.) stoppte noch einmal 2,97 Milliarden Pfund (nicht ganz zwölf Milliarden Mark) bei.

Dagegen klagt im britischen Warenhandel - ausgenommen Öl - ein Defizit in Höhe von 7,9 Milliarden Pfund. Und 1983 war das erste Jahr, seit man sich zurückschauen kann, in dem Großbritannien ein Handelsdefizit bei Industriegütern hinnehmen mußte. Bei Produkten der verarbeitenden Industrie entstand ein Handelsdefizit von 5,1 Milliarden Pfund.

Kritiker werfen der Regierung vor, daß sie mit einem zu scharfen Restriktionskurs während der schweren Rezession seit den dreißiger Jahren die Zerstörung weiterer Industriekapazitäten zugelassen habe. Folglich sei die britische Wirtschaft heute nicht mehr in der Lage, dem mit der allgemeinen Wirtschaftsbelebung einsetzenden Nachfrageanstieg sowohl auf dem eigenen Markt als auch auf den Auslandsmärkten entsprechend zu antworten.

In der Tat sind die Zeiten vorbei, wo Großbritannien der führende Autosexporteur in der Welt war, und 25 Prozent aller Schiffe auf britischen Werten vom Stapel liefen. Heute sind sich die Briten nicht sicher, ob das sprudelnde Nordseel nun Segen oder Fluch für das Land brachte. Einerseits hat es den britischen Regierungen viele Milliarden Pfund an zusätzlichen Steuereinnahmen beschert, die heute unter anderem helfen, das Heer von mehr als drei Millionen Arbeitslosen zu finanzieren. Auf der anderen Seite hat es das Pfund als „Nordseel-Währung“ vor allem gegenüber den wichtigen kontinental-europäischen Währungen übermäßig hoch gehalten, was die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Wirtschaft erheblich belastet.

Im übrigen hat das Wissen vom Öl vor der britischen Nordseeküste sicherlich einen negativen psychologischen Einfluß auf das allgemeine Verhältnis der Briten zur Leistung und zum Lebensstandard gehabt. Dennoch muß man fairerweise anerkennen, daß seit dem Amtsantritt der Regierung Thatcher vor knapp fünf Jahren gerade auf diesem Gebiet ein neuer Realismus eingeklebt ist.

Der Optimismus der Regierung, den Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland wettmachen zu können, ist nicht ganz unbegründet: Der Anstieg der Stückkosten in der britischen Wirtschaft war 1983 der niedrigste seit 1970; die Unternehmensgewinne liegen um durchschnittlich 25 Prozent über denen von 1982; und schließlich war das Ergebnis der jüngsten Umfrage des britischen Industrieverbandes bei seinen Mitgliedsfirmen bezüglich der Auftragslage, Exporte und Investitionen so optimistisch wie seit Jahren nicht mehr.

UMWELTSCHUTZ / Union will Einführung neuer Methoden prüfen

Innenministerium sträubt sich weiter gegen ökonomische Maßnahmen

HEINZ HECK, Bonn
Während in der CDU die Bereitschaft wächst, die polizeistatistischen Elemente im Umweltschutz durch ökonomische Maßnahmen abzulösen, hält zumindest die Beamtenschaft im federführenden Bundesinnenministerium weitgehend an den bisherigen Methoden fest. Auf einem Fachkongreß im Herbst dieses Jahres will die CDU „die neue Generation umweltpolitischer Instrumente“ erörtern.

Die Bundesregierung hat in ihrer Sitzung am 14. Juni 1983 die zuständigen Ministerien mit der Prüfung beauftragt, „ob und inwieweit bestehende Regelungen zur Luftreinhaltung (LA Luft, Großfeuerungsanlagen-Verordnung) durch zusätzliche, marktwirtschaftlich orientierte Instrumente ergänzt werden können. Dabei sollte insbesondere untersucht werden, ob die Einführung von übertragbaren Emissionsrechten ein geeignetes und wirtschaftliches Instrument des Umweltschutzes darstellt.“

Die bisherigen Beratungen der Ressorts - die nächste Sitzung findet am 20. Februar statt - haben als Ergebnis eine völlige Ablehnung der übertragbaren Emissionsrechte (Zertifikate). Dieses Modell geht von folgenden Überlegungen aus: Für die einzelnen Schadstoffe werden tolerable Gesamtemissionsmengen festgelegt, in Teilmengen aufgeteilt, verteilt und den einzelnen Unternehmen als Emissionsrechte zugewiesen, zugleich aber jährlich um einen bestimmten Prozentsatz abgewertet.

In einem Zwischenbericht lehnt das Innenministerium diesen neuen Ansatz aus mehreren Gründen ab. So

der Luftreinhaltemaßnahmen erkauf werden“ könnten.

Denn hierzu sei eine Änderung des Bundesimmissionschutzgesetzes erforderlich. Da die Unternehmen in der Verordnung allerdings verpflichtet seien, ihre Investitionsplanungen bis zur Jahresmitte abzuschließen, würde eine Novellierungsdiskussion vor allem dazu führen, noch ausstehende Investitionsentscheidungen zu verschieben.

Der Bundesvorstand der CDU hat mit der Gründung eines eigenen Fachausschusses „Umwelt“ (bisher Teil des Fachausschusses „Energie und Umwelt“) unterstrichen, welche Bedeutung er dieser Frage als eigenständiger und offensiver zu vertretender Politikaufgabe beimesse. Diese Auffassung hat ihr Vorsitzender, der Berliner Senator Volker Hassemer, vor Journalisten in Bonn vertreten. Umweltpolitik sei in der Vergangenheit nur eine Randbedingung gewesen. Sie müsse künftig zu einer zentralen Gestaltungsaufgabe werden. Dabei müsse „die ökologische Optimierung ebenso selbstverständlich werden wie die ökonomische“. Neue Instrumente, die Einfüllreichtum, Verhalten und Investitionen mobilisieren, müßten Schritt für Schritt die heutigen - polizeistatistischen - Instrumente ablösen. Damit seien vor allem ökonomische Instrumente angesprochen.

AKTIENMÄRKTE

New Yorker Kurseinbruch verunsichert Weltbörsen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Nach dem Kurseinbruch am Montag haben viele internationale Börsen gestern einen neuen Schwächeanfall erlitten. Zwischenzeitlich machten sich zwar hier und da Erholungsansätze bemerkbar, aber sie wirkten noch nicht sehr überzeugend. Ausgelöst wurden die teils starken Kursverluste von der Schwäche der Wall Street.

An der deutschen Börse ermäßigte sich das Kursniveau am Montag und Dienstag um drei Prozent. Der WELT-Aktienindex, der am Donnerstag voriger Woche mit 180,0 Punkten seinen absoluten Höchststand erreicht hatte, fiel auf 155,0 Punkte. Angeführt wurde die Abwärtsbewegung von einigen blue chips. So gaben Siemens innerhalb von zwei Tagen um 23 Mark oder 5,6 Prozent ihres Kurswertes nach, Mannesmann verloren

neun Mark oder gut sechs Prozent, und Papiere wie das Deutsche Bank, BMW und Daimler büßten 15 bis 20 Mark ein.

Der Druck ging vor allem von Abgaben der Kulisse aus, die enttäuscht war über das Ausbleiben der massiven Auslandsnachfrage, die in der letzten Woche ein kurzstützendes Gegenstück zu den wachsenden Gewinnerwartungen anderer Marktteilnehmer bildete. Zudem machte sich gestern im privaten Publikum Unsicherheit bemerkbar.

Die Börsianer waren sich zwar noch nicht sicher, ob die Berichtigung schon ausgestanden ist. Überwiegend wurde jedoch die Auffassung vertreten, daß schwache Tage „Kaufstage“ sein sollten, weil die Argumente für eine positive Börsenentwicklung unverändert Gültigkeit hätten.

AGRARPOLITIK

EG-Regierungen sträuben sich gegen die Realitäten

WILHELM HADLER, Brüssel
Unverändert hart sind in der EG die Gegensätze über die Reform der europäischen Agrarpolitik. Entsprechend mühsam verlief auch in dieser Woche die zweite Beratungsrunde des Ministerrates über die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 1984/85.

Einige Regierungen scheinen sich allerdings nach wie vor schwer mit den Realitäten abzufinden. So verwiesen Frankreich und Italien nachdrücklich auf Artikel 39 des Römischen Vertrages, der den Landwirten die Sicherung eines angemessenen Einkommens verspricht. Die Reform der Agrarpolitik darf sich nach Meinung dieser Länder nicht ausschließlich an der „Guillotine der Haushaltsrestriktionen“ ausrichten. Sie selbst wollen ihren Bauern keine neuen Opfer aufbürden.

Auch in einigen anderen Ländern

stießen die Preisvorschläge der EG-Kommission auf harte Kritik. So beeinflusste Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle von vornherein das Verhandlungsklima, als er sich mit aller Entschiedenheit gegen die geforderte Senkung des deutschen Grenzausgleichs zur Wehr setzte.

Die Diskussion über die Reform des Milchmarktes ist seit dem Athen EG-Gipfel kaum vorangekommen. Einigkeit herrscht zwar über die Notwendigkeit, die Preisgarantien auf Höchstniveaus zu begrenzen. Über die Modalitäten des geplanten Quotensystems gehen die Meinungen indes noch immer weit auseinander. Die Hoffnung der französischen Präsidentschaft ist es, bis Mitte März wenigstens die wichtigsten Elemente für einen Kompromiß zusammenstellen zu können. Am 19./20. März treffen sich die Regierungschefs wieder in Brüssel.

VEREINIGTE STAATEN

FED zieht Geldschraube an - Zinsen bleiben weiter hoch

H.A. SIEBERT, Washington

Auf das eigentlich nicht überraschende leichte Anziehen der Geldschraube durch die US-Notenbank (WELT v. 6. Februar) haben die amerikanischen Aktienmärkte mit neuen Kursstürzen reagiert. An der New York Stock Exchange sackte der Dow-Jones-Industrie-Index am Montag noch einmal um 22,72 auf 1174,31 Punkte; er lag damit um neun Prozent unter dem im Januar erreichten Rekordhoch. Folgerichtig gewann der Dollar an Wert, während in Manhattan die Notierung für Gold und Silber nachgab.

Mit großer Deutlichkeit hat das Federal Reserve Board in Washington klargemacht, daß es dem lauten Ruf nach einer Lockerung der monetären Politik nicht folgen wird. Für ihn darf der Kampf gegen die Inflation nicht vorzeitig aufgegeben werden, zumal die US-Wirtschaft auch weiterhin kräftig wächst und im zweiten Aufschwungjahr neue stabilitätsgefährdende Faktoren zum Tragen kommen. Die Strategie des „Fed“ läßt sich auf diesen Nenner bringen: Die Zinsen sinken in Amerika erst dann, wenn Administration und Kongreß den Rekordhaushaltsdefizit von jährlich rund 200 Milliarden Dollar ernsthaft zu Leibe rücken.

In seinem gesetzlich vorgeschriebenen Halbjahresbericht an den Kongreß hat das „Fed“ den ursprünglichen Zielkorridor für das kleinste Geldaggregat M1 (Bargeld und Sicht-

einlagen) mit vier bis acht Prozent zwar unverändert gelassen. Für die größeren Aggregate M2 und M3 wurden jedoch die Obergrenzen um ein und 0,5 Prozent auf jeweils sechs bis neun Prozent herabgesetzt. Die Rahmendaten gelten für das Gesamtjahr 1984. Im letzten Jahr wuchsen die genannten Geldmengen tatsächlich um 7,2, 8,3 und 9,7 Prozent; das heißt, nur M3 durchstieß das obere Limit. Nach Ansicht der Notenbank garantiert die angestrebte Geldversorgung „eine dauerhaft wirtschaftliche Expansion bei fortgesetzter Inflationskontrolle“.

Der Geldpolitik zugrunde liegt ein konjunkturelles Szenarium, das sich weitgehend mit den Prognosen der Reagan-Administration deckt. Laut „Fed“ nimmt das US-Bruttosozialprodukt 1984 nominal um neun bis zehn und real um vier bis 4,75 Prozent zu. Gemessen am Deflator, steigen die Preise um 4,5 bis fünf Prozent, während die Arbeitslosenquote auf 7,5 bis 7,75 (zur Zeit acht) Prozent sinkt.

Hinsichtlich der Preisstabilität, so die US-Notenbank, wird die amerikanische Volkswirtschaft 1984 einem ersten Test unterworfen, wenn die Produktionsfaktoren stärker ausgelastet sind. Besonders große Sorgen bereitet dem „Fed“ der enorme Kreditbedarf des US-Schatzministeriums zur Finanzierung der Budgetdefizite, wodurch „ein extrem großer Teil der Nettoersparnisse aufgezehrt wird“.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Weltbank stehen weitere Umschuldungen bevor

Washington (VWD) - Etwa 18 bis 20 Entwicklungsländer werden 1984 ihre Gläubiger um eine Umschuldung bitten müssen. Diese Auffassung vertritt ein Sprecher der Weltbank bei der Vorlage der jüngsten Übersicht über den Schuldenstand von Ländern der Dritten Welt. Danach wird dieser per Ende 1983 auf 810 Milliarden Dollar geschätzt. Im vergangenen Jahr hätten insgesamt 27 Mitgliedsländer der Weltbank eine Umschuldung beantragt. Einschließlich anderer Staaten wie Polen und Kuba seien Umschuldungsverhandlungen für 36 Staaten in 1983 abgewickelt worden. Der Gesamtbetrag habe sich auf 87 Milliarden Dollar belaufen. In 1982 seien erst zehn Umschuldungsverhandlungen über zwei Milliarden Dollar getroffen worden.

Keine Reaktorförderung

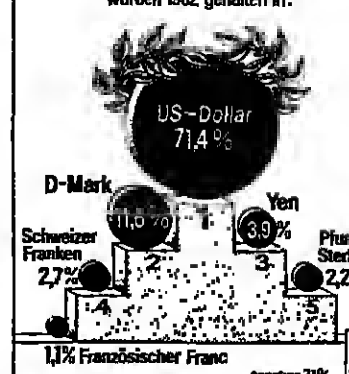
Bonn (VWD) - Die Bundesregierung will sich aus der Förderung von Kernreaktoren zurückziehen. In diesem Sinne äußerte sich der beim Bundesforschungsministerium zuständige Abteilungsleiter, Günter Lehr, auf einer vom deutschen Atomforum in Bonn veranstalteten Fachtagung über die Rolle der Großforschung in der Kerntechnik. Die Entwicklung und der Bau von Reaktoren seien Aufgabe der Industrie. Dies gelte nunmehr auch für die fortgeschrittenen Reaktorlinien, nämlich den Schnellen Brüter und den Hochtemperaturreaktor.

Pflanzenmesse in Essen

Düsseldorf (Fr.) - Mit über 170 Ausstellern aus neun Ländern ist die IPM - 2. Internationale Pflanzenmesse - (9. bis 12. Februar in Essen) die größte Branchenpräsentation des Jahres 1984. Sie ist Informations- und Ordermarkt für alle Bereiche des Gartenbaus. Schwerpunkte sind Topf- und Grünpflanzen, Gemüse- und Baumschulpflanzen, Schnittblumen, Saatgut und Gartengerät aller Art. Ideeller Träger der IPM ist der Zentralverband Deutscher Gartenbau. Schirmherr ist der Bundesminister für Er-

Begehrte Währungen

Von den Währungsreserven der Welt wurden 1982 gehalten in:



Jedes Land strebt nach ausreichenden Devisenreserven, um gegen die von den Weltmärkten herrührenden Erschütterungen gewappnet zu sein. Als Devisenreserven eignen sich Währungen, hinter denen eine starke Volkswirtschaft steht und die jederzeit von jedermann genommen werden. Der US-Dollar als Zahlungsmittel der stärksten Wirtschaftsmacht der Welt erfüllt diese Voraussetzungen und ist daher die am weitesten verbreitete Reservewährung. Mit großem Abstand folgen die D-Mark und der Yen. QUELLE: GLOBUS

nährung, Landwirtschaft und Forsten, Ignaz Kiechle.

„Staat fehlt Marktgefühl“

Bonn (HH) - DIET-Präsident Otto Wolff von Amerongen hat vor industriepolitischen Initiativen der EG gewarnt, mit denen Europas Defizit an internationaler Wettbewerbsfähigkeit aufgehoben werden soll. „Gegen solche Initiativen à la française“ wandte er gestern in einem Vortrag vor dem diplomatischen Corps in Bonn ein, daß dabei traditionsgemäß der Staat die führende Rolle bei der Suche nach zukunftsrichtigen Industrien übernehme, obwohl „im jedes Marktgefühl fehlt“. Zudem bestehe die Neigung, solche Zukunftstechnologien zunächst hinter einem Marktschutz gegenüber Drittländern zu entwickeln - eine Maßnahme, die allzu leicht Nachahmer in anderen Staaten auf den Plan rufe.

Frage: Auf welcher Messe finden Unternehmer, Betriebsleiter und Ingenieure

die fortschrittlichen Energie-Lösungen? Für das wirtschaftliche Bereitstellen, Umwandeln und Speichern von Energie? Alles über Energie-Verteilung und -Rückgewinnung? Maßgeschneiderte Lösungen für Betriebe jeder Größe?

Antwort: Technologien zur sinnvollen Energienutzung

energie 84

...auf der Messe der Messen

Mittwoch, 4. - Mittwoch, 11. April

Hannover Messe '84

PHILIPPINEN / Umschuldung läßt auf sich warten

IWF mißtraut der Regierung

dpa/VWD, Manila
Je länger der Internationale Währungsfonds (IWF) und damit auch die rund 400 ausländischen Gläubiger die von dem Marcos-Regime in Manila dringend gesuchte Umschuldung von jetzt über 25 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden hinauszögern, umso tiefer rutschen die Philippinen in eine schon bald auf lange Zeit nicht mehr zu reparierende Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese düstere Prognose hört man gegenwärtig in Makati, der „Wall Street“ der philippinischen Hauptstadt, übereinstimmend von in- und ausländischen Bankfachleuten.

Das Vertrauen des IWF in das Regime ist nach Aufdeckung falscher offizieller Angaben über die noch vorhandenen Devisenbestände und die inländische Geldumlaufmenge erschüttert. Die zu spät unterbreiteten großen illegalen Devisentransaktionen, an denen auch hohe Regierungsmitglieder beteiligt gewesen sein sollen, sowie lückenhafte Daten hinsichtlich der inländischen Kredite haben das Mißtrauen des IWF noch verstärkt. Der IWF verlangt nun erst einmal ein erneutes Offenlegen der Bücher und eine Revision des wirtschaftlichen Notprogramms der Regierung, bevor er über eine Kreditlinie von 650 Millionen US-Dollar befinden wird.

Von der Entscheidung des IWF, mit der frühestens in den kommenden Monaten gerechnet wird, hängt ab, ob sich andere - wie die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank, Regierungen und private Finanzinstitutionen - an dem Rettungsplan beteiligen und weitere Kredite in Höhe von insgesamt 3,9 Milliarden Dollar bereitstellen. Schließlich suchen die Philippinen eine dringende Umschuldung von zunächst 15 Milliarden Dollar mit einer Umwandlung vor allem der kurzfristigen Kredite in langfristige mit einer Laufzeit von neun Jahren zu „günstigen Bedingungen“.

Das Zahlungsbilanzdefizit der Philippinen war zum Jahresende 1983

auf 2,9 Milliarden US-Dollar angewachsen. Inzwischen sind die Devisenreserven - falls die Angaben jetzt stimmen - auf den äußerst bedrohlichen Niedrigstand von 400 Millionen Dollar zusammengeschrumpft. Sie reichen damit nicht mehr aus, die zum Weiterleben großer Industriezweige unbedingt notwendigen Importe von Rohstoffen und Zulieferteilen zu finanzieren.

Die Geldmenge hat sich innerhalb des vergangenen Jahres um 45 Prozent erhöht. Die Inflationsrate machte im Großraum Manila allein im letzten Quartal 1983 fast 33 Prozent aus. In ihrer Not hat sich die Marcos-Regierung bei der Suche nach Überbrückungskrediten zum Einkauf von Lebensmitteln und Düngemitteln für die Landwirtschaft sogar an osteuropäische kommunistische Länder und Peking gewandt. Auch die Partner in der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN verspüren wenig Neigung, dem hart bedrängten Bundesgenossen unter die Arme zu greifen.

Besonders hart betroffen ist die ganz von den japanischen Zulieferungen abhängige Automobilindustrie. Sollten sich die japanischen Firmen weigern, „auf Pump“ zu liefern, verlieren demnächst in Manila zusätzlich rund 200 000 Menschen ihre Arbeitsplätze. Das renommierte philippinische Wirtschaftsforschungsinstitut „Centre For Research And Communications“ schätzt, daß 1984 rund 300 der 1000 größten Unternehmen des Landes von der völligen Pleite bedroht sind. Um Devisen zusammenzukratzen, riskiert die Regierung lieber wieder den für die Landwirtschaft auf die Dauer verhängnisvollen Raubbau an den Tropenwäldern, forciert den Holz-Einschlag und hebt das teilweise erlassene Holzausfuhrverbot wieder auf. Auch den Diplomaten „geht es an den Kragen“. Als Einsparungsmaßnahmen ist daran gedacht, weniger wichtige Missionen zu schließen und andere Botschaften für mehrere Länder zusammenzulegen.

SPANIEN / Unternehmer beklagen Abstieg der Wirtschaft

Die Staatsausgaben wachsen beständig

ROLF GÖRTZ, Madrid
Den „gefährlichen Abstieg“ der spanischen Wirtschaft begründete der Präsident des Dachverbandes der spanischen Unternehmerorganisationen (CEOE), Carlos Ferrer Salat, vor der Generalversammlung seines Verbandes mit der widersprüchlichen Wirtschaftspolitik der amtierenden Regierung. Der erfolgreichen Restriktionspolitik fehle als Gegengewicht die gleichzeitige Senkung der Ausgaben der öffentlichen Hand: „Wenn die Politik die Inflation durch geringeren Geldumlauf bremsen will, muß sie im gleichen Maße die öffentlichen Ausgaben einschränken. Andernfalls wird unsere Finanzpolitik nur über den Tod der Wirtschaft stabil.“

Die Wirtschaft habe zwar im vergangenen Jahr nach den Angaben des Wirtschaftsministers Miguel Boyer ein Wachstum von 2,1 Prozent erreicht - andere Quellen sprechen nur von 1,5 Prozent. Der Präsident der CEOE wies jedoch darauf hin, daß schon in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres 80 000 Arbeitsplätze vor allem durch Firmenzusammenbrüche verloren gingen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg durch den Zuwachs Jugendlicher auf Arbeitssuche um 200 000 auf 2,5 Millionen (18 Prozent der Beschäftigten). Angesichts dieser Zahlen verzichtete Ferrer Salat auf den Hinweis, daß die Regierungspartei bei den Wahlen versprach, 800 000 Arbeitslose in den Fabriken unterzubringen.

Der Arbeitsrückgang führt Ferrer Salat vor allem darauf zurück, daß die Regierung sich nicht in der Lage sieht, die als notwendig angekündigten Maßnahmen zur Sanierung der Industrie auch durchzusetzen. So hätten sich die Investitionen von 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 1974 auf 18,6 Prozent im vergangenen Jahr verringert. Diese Entwicklung sei die Folge des staatlichen Bemühens, zur Finanzierung des enormen Defizits die letzten Mittel abzuschöpfen, die nunmehr der freien Wirtschaft fehlten.

Die zusätzlichen Mittel - auch 1984 braucht der Staat eine Steigerung seiner Einnahmen um 40 Prozent - fließen jedoch nicht als Investition in die Infrastruktur oder in die Ausrüstung

etwa der zu 70 Prozent von der staatlichen Holding INI kontrollierten Schwerindustrie. Diese Mittel dienen vielmehr der Deckung der Ausgaben, die im vergangenen Jahr um 25 Prozent, das ist das Doppelte der Inflationsrate, stiegen, und diesen Rhythmus beibehalten. So werden auch 1984 nicht ganz 180 Milliarden Mark - 40 Prozent des Nationalproduktes - für nichtproduktive Zwecke verwandt.

Eine der Hauptaufgaben des Staates bildet dabei die Schaffung von 17 Ländern des neuen Bundesstaates Spanien mit ihren Verwaltungsapparaten. Der ungeheure Geldbedarf der öffentlichen Hand führt, wie Ferrer Salat erklärte, dazu, daß der Privatssektor der Wirtschaft seine Kapitalnachfrage nur um 5 Prozent erhöhen kann. Die Steigerung der Mindestlöhne verknappt die Mittel für die private Wirtschaft zusätzlich. Selbst zu höchsten Preisen sei Geld heute kaum noch zu erhalten. Ferrer Salat kam zu dieser Schlußfolgerung: „Die Degeneration unseres Wirtschaftssystems besteht im legalen Abbau der (privaten) Unternehmen.“ (SAD)

NAMEN

Gerd O. Horschitz, Herausgeber und Chefredakteur des „Wirtschaftskuriers“, München, vollendet am 9. Februar das 65. Lebensjahr.

Dr. Rudolf Hedinger, Direktor der Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft, ist per 1. Juli 1984 zum Vorstandsmittglied der SR Beteiligungen AG, München, bestellt worden und wird 1985 als Nachfolger von Ralph Oelsen als Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft.

Horst Engelkes (42), Geschäftsführer der Transportbeton-Beratungsgesellschaft mbH und Dr. Wolfgang

Mergelsberg (49), Geschäftsführer der Readymix Kies GmbH, wurden zu Generalbevollmächtigten der Readymix AG für Beteiligungen, Ratingen, ernannt.

Max W. Standinger, Vorsitzender des Vereins der Glasindustrie, München, und Geschäftsführer der Flabeg GmbH, Fürth, wird heute 65 Jahre.

Dr. Franz Schröckmadl, Vorstandsmittglied der Heilit + Wörner Bau-AG, München, ist zum 31. Dezember 1983 aus dem Unternehmen ausgeschieden. Jürgen Dillinger, wurde per 1. Januar 1984 zum Generalbevollmächtigten ernannt.

Bayern: Stromabgabe übertraf Erwartung

Alle Erwartungen haben 1983 die Zuwachsraten der Stromabgabe in Bayern übertrafen. Nach Angaben der Bayernwerk AG, dem größten bayerischen Energieversorger, erhöhte sich die nutzbare Stromabgabe im Landesdurchschnitt gegenüber 1982 um 5,3 Prozent. Allein in den letzten vier Monaten des Jahres sei die Abgabe sogar um durchschnittlich 10 Prozent gestiegen, was auf ein Anspringen der Konjunktur in Bayern schließen lasse. Auf alle Fälle kann nach Ansicht des Unternehmens daher für 1984 wieder mit einer Steigerung der Stromabgabe um 4 bis 5 Prozent gerechnet werden.

Forciert vorangetrieben hat das Bayernwerk die Planungen für die Naßschwefelungsanlagen in den Steinkohlekraftwerken Frauenaurach (433 MW) und Aschaffenburg (300 MW). Die entsprechenden Auftragsvergaben mit einem Investitionsvolumen von zusammen 300 Mill. DM stünden „kurz vor der Tür“. Insgesamt würde das Bayernwerk für die Naßschwefelung seiner Kohlekraftwerke 500 bis 600 Mill. DM aufwenden müssen.

Reallohne blieben unverändert

J. Sch. Paris
Der französische Lohnauftrieb hat sich im Laufe des letzten Jahres stark abgeschwächt. Im vierten Quartal stieg der Index der Stundenlöhne nur noch um 1,7 Prozent gegenüber 1,9 Prozent im dritten Quartal. 2,5 Prozent im zweiten und 3,1 Prozent im ersten Quartal. Für 1983 ergibt sich damit ein Lohnanstieg von 9,6 Prozent, der genau der jahresdurchschnittlichen Inflationsrate entspricht.

Diese Rate hatte im Vorjahr 11,8 Prozent erreicht. Demgegenüber war die zuvor veröffentlichte „gleitende“ Inflationsrate (Jahresvergleich) auf 9,3 (9,7) Prozent zurückgegangen. Unter Hinweis darauf behauptet die Regierung, daß die Masse der Löhne auch 1983 real noch leicht gestiegen sei. Nach der gleitenden Rate richtet sich in Frankreich aber nur der von der Regierung festgesetzte gesetzlich garantierte Mindestlohn (Smic). Bei den allgemeinen Lohnverhandlungen geht man dagegen von der jahresdurchschnittlichen Inflation aus. Diese ist auch für den internationalen Preisvergleich maßgeblich. Sie lag 1983 allerdings fast doppelt so hoch wie im OECD-Durchschnitt.

DOMOTECHNICA / Lambsdorff: Schwächen im Export

Sicherheitsdenken zu stark

HEINZ HECK, Bonn
Trotz beeindruckender Erfolge hat die deutsche Wirtschaft in einigen wichtigen Hochtechnologiebereichen „den Weg zur Spitze noch nicht gefunden“, bei wichtigen Produkten sogar noch Marktanteilsverluste hinnehmen müssen.

Bei der Eröffnung der Domotechnica in Köln erinnerte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff gestern Abend daran, daß der Weltmarkt der Mikroelektronik 1982 ein Volumen von 23 Milliarden Mark hatte, wovon 66 Prozent auf amerikanische, 26 Prozent auf japanische und nur vier Prozent auf deutsche Lieferfirmen entfielen seien.

Hinzu komme, daß der deutsche Export sich stärker als der amerikanische und japanische auf Regionen mit stagnierendem oder rückläufigem Anteil am Weltmarkt konzentriere. So sei der deutsche Export auf den wenig expandierenden Märkten Europas „überdurchschnittlich präsent“, in den stark wachsenden Märkten des pazifischen Raums und der Schwellenländer „dagegen nur unterdurchschnittlich vertreten“.

Nach Meinung Lambsdorffs gilt es,

„bei uns vor allem zwei Schwachstellen zu überwinden“. Informationen über Technologien und Märkte würden in der Bundesrepublik nicht in dem Umfang und der Schnelligkeit umgesetzt wie in den genannten Konkurrenzländern.

Außerdem gebe es „bei uns so etwas wie eine Wagnisluke“. Lambsdorff erläuterte, daß ausgeprägtes Sicherheitsdenken, fehlendes Engagement sowie institutionelle und organisatorische Hemmnisse neue Unternehmen und Märkte nicht mit der Dynamik entstehen ließen, wie es aus Wettbewerbsgründen wünschenswert wäre.

Viele bahnbrechende Erzeugnisse wie der Mikroprozessor, der Videokorder und die Bildplatte hätten ihren Ursprung in der Bundesrepublik. Die Produktionsschwerpunkte lägen jedoch heute in USA und Japan. Die Ursache für diese Entwicklung sei also „schwerlich in mangelndem technischen Wissen zu suchen“.

Lambsdorff verband mit dieser Diagnose die Forderung nach einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Forschungspolitik.

BITBURGER BRAUEREI / Wieder Plus beim Ausstoß

Export in die USA geplant

HANS RAUMANN, Essen
Erfolgsverwöhnt kann für das Geschäftsjahr 1983 die Bitburger Brauerei Th. Simon GmbH, Bitburg, auf einen Ausstoßzuwachs bei Bitburger Pils von 6,3 Prozent auf über 1,97 Mill. Hektoliter blicken. Das entspricht einem Zuwachs von 117 000 Hektolitern.

Überdurchschnittlich ist auch die Entwicklung der Gerolsteiner Sprudel GmbH & Co., Gerolstein, an der die Bitburger Brauerei neben den Anteilen der Familie Simon mit 75 Prozent beteiligt ist. Der Absatz von Gerolsteiner Sprudel erhöhte sich im Berichtsjahr um 12 Prozent und überschritt die Zwei-Millionen-Hektoliter-Marke. Bit erzeugt damit über 4 Mill. hl Getränke im Jahr.

Daß die Bitburger ein preisbewußtes Unternehmen sind, zeigt die Umsatzentwicklung. Sie übertraf mit plus 7,6 Prozent den mengenmäßigen Ausstoßzuwachs und erreichte 238 (221) Mill. DM.

Wer so gut im Markt liegt, der muß auch ständig investieren. So wurden 1983 insgesamt 50 Mill. DM eingesetzt zur Schaffung neuer Anlagen und zur

Sicherung des Absatzes. Neu in Betrieb genommen wurde ein Gär- und Lagerkeller in der neuen Braustätte Bitburg-Süd, die Schritt für Schritt die alte Braustätte Bitburg-Nord integrieren wird. Zur Zentralisierung der Produktion sind bis 1987 jährlich weitere 50 Mill. DM Investitionen vorgesehen.

Bit wird zur Zeit in rund 18 000 Gaststätten ausgeschenkt. Der Faßbieranteil beträgt 41 Prozent, mindestens 20 Prozent Flaschenbier werden in der Gastronomie verkauft. Bit arbeitet mit 750 Fachgroßhändlern zusammen, die auch den Lebensmittelhandel bedienen. Sie vertreiben auch den neuen Sechser-Pack Einweg und die Fünf-Liter-Dose. Die Brauerei unterhält 77 Ausschänke als Leihgaststätten. 1984 kommen neue in Düsseldorf, Bielefeld, Bremen und Luxemburg hinzu.

Der Bit-Export stützt sich vornehmlich auf die von deutschen Urlaubern bevorzugten Ferienländer. 1984 soll als weiterer Schwerpunkt das US-Geschäft hinzukommen. 1983 wurden insgesamt 30 Importeure im Ausland beliefert.

HANSA INVEST / Neugeschäft ist stark gewachsen

Bestand bei 700 Millionen

JAN BRECH, Hamburg
Das kräftige Hoch an den Aktienbörsen hat bei der Hansa Invest Hansatische Investment-GmbH, die zu 75 Prozent der Iduna-Versicherung und zu 25 Prozent der Vereins- und Westbank AG gehört, zu einem stürmisch gewachsenen Neugeschäft geführt. Mit einem Mittelzufluß von 124 Mill. DM hat sich das Ergebnis des Vorjahres fast verdreifacht. Das Fondsvermögen der vier Hansa-Invest-Publikumsfonds stieg um 20,7 Prozent auf 698 Mill. DM.

Nach Angaben des Geschäftsführers Detlef Oehlenschläger verlief die Wertentwicklung bei allen vier Fonds erfreulich. Der internationale Rentenfonds Hansainternational erzielte eine Wertsteigerung von 15,1 Prozent und hat seit der Gründung im September 1981 ein Fondsvermögen von 89,4 Mill. DM erreicht. Hansaprofit als internationaler und Hansasecur als deutscher Aktienfonds profitierten von den weltweit haussierenden Aktienbörsen. Die Wertsteigerungen betrugen 16 Prozent bei dem internationalen und 24,7 Prozent bei dem deutschen Aktienfonds. Der Rentenfonds Hansarenta verbesserte sich um 5,5 Prozent.

An Erträgen hat Hansa Invest zum

1. Februar rund 60 Mill. DM (plus 25 Prozent) ausgeschüttet; bei Hansainternational betrug die Ausschüttung je Anteil 7,70 (v. V. 6,80), bei Hansaprofit 3 (3,80), bei Hansarenta unverändert 3 und bei Hansasecur 2,20 DM.

Zur Anlagepolitik erklärt die Geschäftsführung, daß bei Hansainternational mit fast 60 Prozent das Schwergewicht auf US-Dollar-Anleihen liege. Auch bei Hansaprofit dominierten US-Aktien mit einem Anteil von 48 Prozent. Weitere 16 Prozent entfielen auf Rohstoffanlagen in Kanada und Australien. Beim deutschen Rentenfonds Hansarenta habe man erste Schritte unternommen, die durchschnittliche Laufzeit der Anlagen von jetzt 8 auf 6 Jahre und 9 Monate zu verkürzen. Dabei hätte sich die durchschnittliche Nominalverzinsung von 8,22 auf 8,37 Prozent erhöht. Der deutsche Aktienfonds Hansasecur sei zu mehr als 90 Prozent in deutschen Aktien engagiert.

Zur weiteren Entwicklung heißt es, daß der Aufwärtstrend zwar nicht beliebig fortgeschrieben werden könne, bei einem noch nicht ausgeschütteten Potential aber prinzipiell anhalten dürfte.

INDIEN / Großes ausländisches Einzelausstellerland auf der Hannover-Messe '84

Kooperationsmöglichkeiten gesucht

HARALD POSNY, Düsseldorf
Mit einer selbst für aufstrebende Industrienationen sensationell hohen Beteiligung von fast 400 Ausstellern an der diesjährigen Hannover-Messe (4. bis 11. April) unterstreicht Indien das starke Interesse von Regierung und Wirtschaft an der Kooperation mit deutschen und anderen europäischen Unternehmen. Als Partnerland 1984 wird Indien auf 22 000 qm Ausstellungsfläche das größte ausländische Einzelausstellerland in der Messegeschichte Hannovers sein.

Neben den Ausstellern aus den Bereichen Antriebs- und Elektrotechnik, Biotechnik, Werkzeug- und Werkzeugmaschinenindustrie, Anlagenbau, aus dem Gebrauchsgüterbereich und aus der Fahrzeugindustrie werden 20 Förder- und Serviceorganisationen des Landes für Investitionsgeschäfte zur Verfügung stehen. Neben einer deutsch-indischen Industriekonferenz werden einige Workshops zu Kooperationsfragen stattfinden.

Der indische Botschafter in Bonn, Ramachandra D. Sathé, hob in Düsseldorf die Bedeutung seines Landes als eines der verheißungsvollsten Ge-

schaftspartner für Industrie, Schwellen- und Entwicklungsländer hervor. Für Industrieländer stellt sich Indien mit weitreichenden Möglichkeiten der technologischen Zusammenarbeit und gemeinsamen Produktionsfinanzierung im In- und Ausland dar, aber auch als Beschaffungsquelle für eine große Anzahl vielfältiger Qualitätsprodukte zu konkurrenzfähigen Preisen für den heimischen Verbrauch sowie für den Re-Export. Außerdem erweise sich Indien immer stärker als ein expandierender Markt für Investitionsgüter.

Die Zusammenarbeit bei Projekten in Drittländern wachse ebenso wie die Bedeutung des Landes als Standort für Exporte nach Asien und anderen Märkten durch Gemeinschaftsproduktion. Sathé betonte, daß in den letzten Jahren Indiens Import- und Investitionspolitik liberalisiert worden sei. Der Abbau bürokratischer Hürden biete weitaus bessere Investitionsmöglichkeiten als zuvor. Mit Inkrafttreten des Doppelbesteuerungsabkommens mit der Bundesrepublik zeige sich Indien als „Paradies

für Investitionen mit niedrigsten Steuersätzen.“ Die starke Präsenz auf der Hannover-Messe läßt sich Indien, so Sathé, etwa 50 Millionen Mark kosten, die sich die staatliche Trade Fair Authority of India (TFAI) und die ausstellenden Unternehmen teilen. Unter ihnen sind sowohl Großbetriebe als auch mittlere und kleine Unternehmen.

Von 1957 bis heute haben sich mit der Bundesrepublik über 1300 Kooperationsverträge in Drittländern geschlossen. Es gibt jedoch erst drei Joint Ventures mit Indien. Von 1971 bis 1982 wurden 211 Mill. Mark in Indien investiert. Damit stehen deutsche Unternehmen an vierter Stelle. Vorrang haben hier Industriemaschinen, Elektrogeräte, Textilmaschinen sowie Werkzeuge, Ausrüstungen, Chemikalien und Pharmazeutika. Der deutsch-indische Handelsaustausch erreichte 1983 rund drei Milliarden Mark mit steigender Tendenz während der letzten drei Jahre. Im Zuge weitgehender Anstrengungen in der Industriemodernisierung und -erweiterung habe dies jedoch zu einer Verschlechterung der negativen Handelsbilanz Indiens geführt.

Mit TWA's Ambassador Class nach Amerika.



Erste Wahl. Nicht nur die erstbeste.

Das sollten Sie sich für alle USA Flüge notieren. Groß und breit: Wer in TWA's 747 Ambassador Class - der Klasse für den Geschäftsreisenden - Platz nimmt, hat besonders viel davon. Denn mit Achter- oder Neuner-Reihen muß er bei uns nicht mehr rechnen. Wir wollten, daß die Klasse zählt, nicht die Masse. Deshalb sind wir auf Distanz gegangen. Mit nur drei Paar Sitzen nebeneinander. Da kann jeder seinen ganz persönlichen Freiraum ausgelehnt genießen.



Eines allerdings ist kaum zu beschreiben: was Sie fühlen, wenn Sie sich in unserem Sessel zurücklehnen, weiter als bei anderen in der Business Klasse. Probieren Sie es aus. Buchen Sie TWA.

Dann bleibt es auch nicht aus, daß Sie gleich unsere guten New Yorker Verbindungen mit kennenlernen. Nach mehr als 50 amerikanischen Städten. Denn auch hier sind wir erste Wahl.

Nähere Informationen von Ihrem Reisebüro oder direkt von TWA - Frankfurt/Main, Tel. 0611/770601 und 770617. TWA-Generallagenturen in: Hamburg 040/372491, Düsseldorf 0211/84814, München 089/597643.

Sie sollen sich bei uns wohlfühlen.



TRS-80, ein Microcomputer für jeden Beruf.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Glattstellungen wegen anhaltender Wall-Street-Schwäche

nach auf der ermäßigten Basis die Kaufkraft-
fähigkeit begrenzt, so daß es zum Börsenrück-
gang keine durchgreifende Kurzarholung gab. Be-
sonders betroffen von den Gewinnminderungen
waren die diversen Optionscheine, von denen
die meisten an den Kurssturz mit Minuskün-
digungen verknüpft werden mußten.

auf 197 DM ver-
minderten sich
DM, DAT gaben
auf 180 DM und
und stanken um 5 DM

Nebenwerten
erwartung um 11
auf 160 DM
um 81 DM.
Minuskündi-
gen blieben
308 DM (minus
450 DM) und
auf 170 DM
steigen bei Plus-
DM auf 120 DM,
Dorfford gaben um
Scholz und Holsten
292 DM minus
Markt, was sich
nach an-
auf 126 DM minus

7,50 DM ab. HEW lagen bei 104 DM
minus 1,10 DM und NWK-Vz. b.
177 DM minus 1,50 DM.

Die beiden grob zu fassen unter
DM auf 300 DM gefallen gegeben
6 DM auf 209 DM und VZ Chemie
Chemie verminderten sich auf
DM auf 395 DM. Audi NST zog
um 1 DM auf 292 DM an, Leonis
Druck schloss mit einem Plus
von 1 DM auf 292 DM ab.

Berlin: Engelhardt wurden an
25 DM niedriger taxiert. Heril
Vorzüge bißten 8 DM, Heril
Stämme 7 DM, DeWee 6 DM und
Berthold 4 DM ein. DUB-Stem-
meister wurde um 1 DM auf 120
Stein um 1 DM geleht. Kempins
erhalten sich um 1 DM.

Nachbörse: behauptet

WELT-Anleihekurs von 7.2. 15,95 OZ
WELT-Vorschusskurs von 7.2. 15,91 OZ

[illegible][illegible][illegible][illegible]

100

6.2		1.2	6.2
952	H Breitenbach '78	580T	590

[illegible]

H	Elfrink B	55.9	95	F Hockema 10	142
H	Elfrink C	56.0	96	F Hockema 11	178.5
H	Elfrink D	56.1	97	F Hockema 12	167
H	Elfrink E	56.2	98	F Hockema 13	168
H	Elfrink F	56.3	99	F Hockema 14	169
H	Elfrink G	56.4	100	F Hockema 15	170
H	Elfrink H	56.5	101	F Hockema 16	171
H	Elfrink I	56.6	102	F Hockema 17	172
H	Elfrink J	56.7	103	F Hockema 18	173
H	Elfrink K	56.8	104	F Hockema 19	174
H	Elfrink L	56.9	105	F Hockema 20	175
H	Elfrink M	57.0	106	F Hockema 21	176
H	Elfrink N	57.1	107	F Hockema 22	177
H	Elfrink O	57.2	108	F Hockema 23	178
H	Elfrink P	57.3	109	F Hockema 24	179
H	Elfrink Q	57.4	110	F Hockema 25	180
H	Elfrink R	57.5	111	F Hockema 26	181
H	Elfrink S	57.6	112	F Hockema 27	182
H	Elfrink T	57.7	113	F Hockema 28	183
H	Elfrink U	57.8	114	F Hockema 29	184
H	Elfrink V	57.9	115	F Hockema 30	185
H	Elfrink W	58.0	116	F Hockema 31	186
H	Elfrink X	58.1	117	F Hockema 32	187
H	Elfrink Y	58.2	118	F Hockema 33	188
H	Elfrink Z	58.3	119	F Hockema 34	189
H	Elfrink AA	58.4	120	F Hockema 35	190
H	Elfrink AB	58.5	121	F Hockema 36	191
H	Elfrink AC	58.6	122	F Hockema 37	192
H	Elfrink AD	58.7	123	F Hockema 38	193
H	Elfrink AE	58.8	124	F Hockema 39	194
H	Elfrink AF	58.9	125	F Hockema 40	195
H	Elfrink AG	59.0	126	F Hockema 41	196
H	Elfrink AH	59.1	127	F Hockema 42	197
H	Elfrink AI	59.2	128	F Hockema 43	198
H	Elfrink AJ	59.3	129	F Hockema 44	199
H	Elfrink AK	59.4	130	F Hockema 45	200
H	Elfrink AL	59.5	131	F Hockema 46	201
H	Elfrink AM	59.6	132	F Hockema 47	202
H	Elfrink AN	59.7	133	F Hockema 48	203
H	Elfrink AO	59.8	134	F Hockema 49	204
H	Elfrink AP	59.9	135	F Hockema 50	205
H	Elfrink AQ	60.0	136	F Hockema 51	206
H	Elfrink AR	60.1	137	F Hockema 52	207
H	Elfrink AS	60.2	138	F Hockema 53	208
H	Elfrink AT	60.3	139	F Hockema 54	209
H	Elfrink AU	60.4	140	F Hockema 55	210
H	Elfrink AV	60.5	141	F Hockema 56	211
H	Elfrink AW	60.6	142	F Hockema 57	212
H	Elfrink AX	60.7	143	F Hockema 58	213
H	Elfrink AY	60.8	144	F Hockema 59	214
H	Elfrink AZ	60.9	145	F Hockema 60	215
H	Elfrink BA	61.0	146	F Hockema 61	216
H	Elfrink BB	61.1	147	F Hockema 62	217
H	Elfrink BC	61.2	148	F Hockema 63	218
H	Elfrink BD	61.3	149	F Hockema 64	219
H	Elfrink BE	61.4	150	F Hockema 65	220
H	Elfrink BF	61.5	151	F Hockema 66	221
H	Elfrink BG	61.6	152	F Hockema 67	222
H	Elfrink BH	61.7	153	F Hockema 68	223
H	Elfrink BI	61.8	154	F Hockema 69	224
H	Elfrink BJ	61.9	155	F Hockema 70	225
H	Elfrink BK	62.0	156	F Hockema 71	226
H	Elfrink BL	62.1	157	F Hockema 72	227
H	Elfrink BM	62.2	158	F Hockema 73	228
H	Elfrink BN	62.3	159	F Hockema 74	229

[illegible]

262	D WGN 2	126	HN Debus 4
263	F WGN 2	127	HN Debus 4
264	F WGN 2	128	HN Debus 4
265	F WGN 2	129	HN Debus 4
266	F WGN 2	130	HN Debus 4
267	F WGN 2	131	HN Debus 4
268	F WGN 2	132	HN Debus 4
269	F WGN 2	133	HN Debus 4
270	F WGN 2	134	HN Debus 4
271	F WGN 2	135	HN Debus 4
272	F WGN 2	136	HN Debus 4
273	F WGN 2	137	HN Debus 4
274	F WGN 2	138	HN Debus 4
275	F WGN 2	139	HN Debus 4
276	F WGN 2	140	HN Debus 4
277	F WGN 2	141	HN Debus 4
278	F WGN 2	142	HN Debus 4
279	F WGN 2	143	HN Debus 4
280	F WGN 2	144	HN Debus 4
281	F WGN 2	145	HN Debus 4
282	F WGN 2	146	HN Debus 4
283	F WGN 2	147	HN Debus 4
284	F WGN 2	148	HN Debus 4
285	F WGN 2	149	HN Debus 4
286	F WGN 2	150	HN Debus 4
287	F WGN 2	151	HN Debus 4
288	F WGN 2	152	HN Debus 4
289	F WGN 2	153	HN Debus 4
290	F WGN 2	154	HN Debus 4
291	F WGN 2	155	HN Debus 4
292	F WGN 2	156	HN Debus 4
293	F WGN 2	157	HN Debus 4
294	F WGN 2	158	HN Debus 4
295	F WGN 2	159	HN Debus 4
296	F WGN 2	160	HN Debus 4
297	F WGN 2	161	HN Debus 4
298	F WGN 2	162	HN Debus 4
299	F WGN 2	163	HN Debus 4
300	F WGN 2	164	HN Debus 4
301	F WGN 2	165	HN Debus 4
302	F WGN 2	166	HN Debus 4
303	F WGN 2	167	HN Debus 4
304	F WGN 2	168	HN Debus 4
305	F WGN 2	169	HN Debus 4
306	F WGN 2	170	HN Debus 4
307	F WGN 2	171	HN Debus 4
308	F WGN 2	172	HN Debus 4
309	F WGN 2	173	HN Debus 4
310	F WGN 2	174	HN Debus 4
311	F WGN 2	175	HN Debus 4
312	F WGN 2	176	HN Debus 4
313	F WGN 2	177	HN Debus 4
314	F WGN 2	178	HN Debus 4
315	F WGN 2	179	HN Debus 4
316	F WGN 2	180	HN Debus 4
317	F WGN 2	181	HN Debus 4
318	F WGN 2	182	HN Debus 4
319	F WGN 2	183	HN Debus 4
320	F WGN 2	184	HN Debus 4
321	F WGN 2	185	HN Debus 4
322	F WGN 2	186	HN Debus 4
323	F WGN 2	187	HN Debus 4
324	F WGN 2	188	HN Debus 4
325	F WGN 2	189	HN Debus 4
326	F WGN 2	190	HN Debus 4
327	F WGN 2	191	HN Debus 4
328	F WGN 2	192	HN Debus 4
329	F WGN 2	193	HN Debus 4
330	F WGN 2	194	HN Debus 4
331	F WGN 2	195	HN Debus 4
332	F WGN 2	196	HN Debus 4
333	F WGN 2	197	HN Debus 4
334	F WGN 2	198	HN Debus 4
335	F WGN 2	199	HN Debus 4
336	F WGN 2	200	HN Debus 4
337	F WGN 2	201	HN Debus 4
338	F WGN 2	202	HN Debus 4
339	F WGN 2	203	HN Debus 4
340	F WGN 2	204	HN Debus 4
341	F WGN 2	205	HN Debus 4
342	F WGN 2	206	HN Debus 4
343	F WGN 2	207	HN Debus 4
344	F WGN 2	208	HN Debus 4
345	F WGN 2	209	HN Debus 4
346	F WGN 2	210	HN Debus 4
347	F WGN 2	211	HN Debus 4
348	F WGN 2	212	HN Debus 4
349	F WGN 2	213	HN Debus 4
350	F WGN 2	214	HN Debus 4
351	F WGN 2	215	HN Debus 4
352	F WGN 2	216	HN Debus 4
353	F WGN 2	217	HN Debus 4
354	F WGN 2	218	HN Debus 4
355	F WGN 2	219	HN Debus 4
356	F WGN 2	220	HN Debus 4
357	F WGN 2	221	HN Debus 4
358	F WGN 2	222	HN Debus 4
359	F WGN 2	223	HN Debus 4
360	F WGN 2	224	HN Debus 4
361	F WGN 2	225	HN Debus 4
362	F WGN 2	226	HN Debus 4
363	F WGN 2	227	HN Debus 4
364			

[illegible][illegible]

10

135bG	M En. Obertr. 6	340bG	335
-------	-----------------	-------	-----

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

7.2	6
-----	---

[illegible][illegible][illegible][illegible][illegible][illegible]

Figure 1. The effect of the concentration of the *Agrobacterium* suspension on the transformation efficiency of *Agrobacterium* strains. The concentration of the *Agrobacterium* suspension was 10⁶ cells/ml (○), 10⁷ cells/ml (□), 10⁸ cells/ml (△), and 10⁹ cells/ml (◇). The error bars represent the standard deviation.

10-1789
Schertz
4-1302[illegible][illegible][illegible]

	Brief	Ank. an Kurs	Ankauf	Verkauf
1	24,7222	27,600	2,71	2,80
1	3,615	3,975	3,94	3,95
2	7,097	7,904	2,63	1,16
2	2,322	2,310	1,24	1,29
4	88,723	82,538	39,70	82,57
4	124,106	124,00	123,00	123,75
5	35,675	35,675	35,675	35,675
6	32,630	31,80	31,75	32,50
6	27,586	27,34	28,50	28,50
6	35,675	35,675	35,675	35,675
8	30,925	30,79	30,25	30,00
8	2,632	2,632	2,632	2,632
8	1,738	1,738	1,738	1,738
8	2,630	2,630	1,90	2,40
8	1,738	1,738	1,14	1,20
8	47,106	47,106	46,60	47,00
9	7,112	7,112	0,65	0,65
9	2,501	2,501	1,51	2,70
9	2,501	2,501	2,47	2,58
9	2,501	2,501	2,50	2,55

1000 = 1000 Lira; 1/2 Dollar;
 1/2 = 1/2 Reichsmark; 1/2 Reichsmark

[illegible]

3 Monate	6 Monate
2,78/2,08	3,30/3,18
0,19/0,22	0,00/0,02
4,50/5,00	7,18/7,50
7,50/8,00	14,00/12,4

VIELE R
WIR A

Warenpreise - Termine

Während sich die Goldnotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex leicht abschwächten, konnte sich Silber etwas verbessern. Durchweg schwächer ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Zu deutlichen Abschlüssen in allen Sichten kam es bei Kaffee. Weniger drastisch waren die Einbußen bei Kakao.

Getreide und Getreideprodukte		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Geldmittel		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Öle, Fette, Tierprodukte		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Wolle, Fasern, Kautschuk		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Kautschuk

Kautschuk		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Zinn-Preis Penang

Zinn-Preis Penang		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Deutsche Anleihebörsen

Deutsche Anleihebörsen		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

New Yorker Metallbörsen

New Yorker Metallbörsen		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

Londoner Metallbörsen

Londoner Metallbörsen		Kaffee	
Wheat Chicago (Jahres)	7.2	Arabica New York (Jahres)	7.2
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00
Wheat Chicago (Jahres)	330.00	Arabica New York (Jahres)	330.00

ERSCHÜTTERT UND VOLL TRAUER TEILEN WIR MIT, DASS HERR

DIREKTOR

GEORG SIEDT

SONDERBEVOLLMÄCHTIGTER FÜR DEN
SCHIENENVERKEHR

* 6. 12. 1915 * † 4. 2. 1984

NACH KURZER, SCHICKSALHAFTER KRANKHEIT VON UNS GEGANGEN
IST.MEHR ALS 32 JAHRE HAT ER AN FÜHRENDER STELLE MIT GROSSER
TATKRAFT, HINGABE UND FACHLICHEM KÖNNEN IN VORBILDLICHER
PFLICHTERFÜLLUNG AN DER GESTALTUNG UNSERES UNTER-
NEHMENS MITGEWIRKT.VOR ALLEM DEN HERAUSRAGENDEN LEISTUNGSSTAND UND DAS
ANSEHEN UNSERES EISENBAHNBAUS VERDANKEN WIR IHM.IN FREUD UND LEID STAND ER DREI GENERATIONEN DER FAMILIE
HEITKAMP TREU ZUR SEITE.

TIEFES MITGEFÜHL VERBINDET UNS MIT SEINEN ANGEHÖRIGEN.

WIR WERDEN IHN NICHT VERGESSEN.

FAMILIE HEITKAMP
UND
BEIRAT, AUFSICHTSRAT, GESCHÄFTSFÜHRUNG,
BETRIEBSRAT, BELEGESCHAFT
DER
BAUUNTERNEHMUNG HEITKAMP

4690 HERNE 2, DEN 4. FEBRUAR 1984

DIE TRAUERFEIER FÜR DEN VERSTORBENEN FINDET AM DONNERS-
TAG, DEN 9. FEBRUAR 1984 UM 11.00 UHR IN DER EVANGELISCHEN
KIRCHE ZU WITTEN-HERBDE STATT.
IM ANSCHLUSS DARAN ERFOLGT DIE BESETZUNG AUF DEM EVAN-
GELISCHEN FRIEDHOF HERBDE.

Am 6. Februar 1984 verstarb im 74. Lebensjahr

Präsident a. D.

Dr. Friedrich Käss

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des
Verdienstordens der Bundesrepublik DeutschlandDer Verstorbene war von 1957 bis 1975 Vorsitzender des Verwal-
tungsrates der Lastenausgleichsbank.Mit Sachkenntnis und Engagement hat er an der Weiterentwicklung
unseres Hauses entscheidenden Anteil gehabt und sich um den
Erfolg unseres Hauses hochverdient gemacht.Wir trauern um einen Mann, dem wegen seines fachlichen Könnens,
der Klarheit seines Urteils und seines persönlichen Einsatzes
höchste Wertschätzung entgegengebracht wurde.Wir werden ihm stets ein dankbares und ehrendes Gedenken
bewahren.Verwaltungsrat und Vorstand
der
LastenausgleichsbankVIELE REDEN VOM FRIEDEN.
WIR ARBEITEN FÜR IHN.Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2 · 3500 Kassel · Postcheckkonto Hannover 103360-301Für die überaus zahlreichen Beileidsbekundungen, Zeichen der Liebe
und Verehrung, die meinem geliebten Mann

Günter Rieck

Rückkehr

„Kupferkammer“ Kampen/Sylt

durch Blumen, Kränze und Geleitz zur letzten Ruhestätte dargebracht
wurden, wie auch für die aufopfernde, mitleidende Teilnahme durch
Wort und Schrift, sage ich meinen herzlichen Dank. Besonders
herzlich danke ich Herrn Pastor Giesen für seine Hilfe, die er mir in
meiner schwersten Stunde zukommen ließ.Im Namen aller Hinterbliebenen
Ruth Rieck

Kampen, 1. Februar 1984

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Tel.: Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80 - 39 42 o. - 42 30

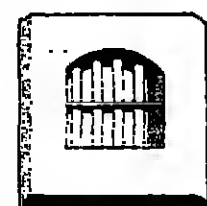
Berlin (0 30) 25 91 - 29 31

Kettwig (0 20 54) 5 18 und 5 24

Telefax: Hamburg 2 17 001 77 as d

Berlin 1 84 611

Kettwig 8 579 104

Mit Worten unterwegs
Schriftsteller
arbeiten mit
Inhaftierten e. V.Im neunten Jahr arbeiten wir im
Rahmen dieses als gemeinnützig
anerkannten Vereins mit der Litera-
tur in den Gefängnissen Nord-
rhein-Westfalens. Wir veranstal-
ten Lesungen, führen Gespräche
und fördern Ausbildungen. Unser
Ziel ist, den Kontakt zwischen
Gefängniswelt und der Öffentlichkeit
herzustellen und Alternativen für
die Zukunft zu öffnen. Der Kultus-
minister unterstützt die Aktion.
Aber das reicht nicht. Deshalb su-
chen wir private Spenden. Unsere
Konto-Nr. BLZ 300 700 10 /
230 3600 Deutsche Bank AG,
D'orf (Spendenquittung wird
ausgestellt). Bitte fordern Sie Pro-
spekte, Presseberichte und Bü-
cher an:Dr. Astrid Gehloff-Claes
Kaiser-Friedrich-Ring 53, 4000 Düsseldorf 11Viele behinderte
Kinder könnten
gesund seinZweidrittel aller angeborenen
Behinderungen lassen sich vermeiden oder
doch wesentlich bessernJedes zehnte Neugeborene in der
Bundesrepublik ist behindert, trägt das
Risiko in sich, behindert zu werden. Sie
sorgen einen bei der Geburt behin-
delt in sich oder erkrankt während der
Schwangerschaft oder unter der Geburt
Schaden, den es zu verhüten gilt.
Rechtzeitige Vorsorge und Früherkennung
können Zweidrittel dieser Behinderungen
vermeiden oder doch ganz wesentlich bessern.
Die Sichtung für das behinderte Kind zur
Förderung von Vorsorge und Früher-
kennung bemüht sich, durch gezielte Vor-
sorgeuntersuchungen angeborenen Schaden
und Behinderungen zu vermeiden.

Ihre Spende hilft uns helfen!

Spendenkonto: Postcheckkonto Frankfurt
Main 605-608 (BLZ 500 100 00). Bank für Ge-
meinnützigen BG Frankfurt 100 900 1900
(BLZ 500 100 11). Die Spenden sind steuerlich
abzugsfähig.
Wenn Sie sich über das Vorsorgeprogramm
interessieren, bitten wir Sie, den Fragebogen
auszufüllen und ihn mit dem Coupon die Filialen
unserer Kinder soll gesund sein...
Die Empfehlungen der Filialen sind zu bekommen.
Sie sagen Ihnen, durch welche Vorsorge und
Früherkennungsmaßnahmen Sie mögliche
Schäden von Ihrem Kind abwenden können.

Coupon

Name

Straße

PLZ/Ort

Spenden für das behinderte Kind zur
Förderung von Vorsorge und
Früherkennung
Spendenkonto 121
Güterstraße 121
100 900 1900
Tel. 069-637100Rückenschmerzen können oft
rheumatisch sein.Schmerzen im Rücken, an den
Schultern oder im Nacken sind
unplötzlich da - und nur wenige
wissen, daß es sich dabei um
einen Rheuma-Schub handeln
kann.Denn Rheuma hat viele Angriffspunkte.
Was tun gegen die peinigenden, ziehenden
Schmerzen, die oft jede Bewegung zur Qual
machen?Befreiende Erleichterung durch
eine Therapie der Vernunft.Statt einer hochdosierten Substanz die sinn-
volle Kombination von nur 3 Wirkstoffen: Das
ist das Antirheuma-Konzept von Tegal. Denn
damit wird einerseits eine gesteigerte Gesamt-
wirkung erreicht, andererseits ermöglicht
diese Kombination eine geringere Wirkstoff-
Dosierung.Kein Wunder, daß sich Tegal seit 70 Jahren
in der Rheuma-Behandlung als besonders gut
verträglich bewährt. Dabei beeinflusst es das
rheumatische Krankheitsgeschehen insgesamt
heilungsfördernd.Tegal wirkt nicht nur rasch schmerzstillend:
es läßt Entzündungen und Schwellungen ab-
klingen. Die Beweglichkeit bessert sich spür-
bar. Das Leben des Rheumatikers wird wieder
lebenswert.Herrlich - sich endlich wieder
schmerzfrei bewegen zu können!Wenn die Bewegungs-Blockade aufgehoben
ist, fühlt man sich auch nicht mehr als halber
Mensch, hat wieder Freude an Geselligkeit,
an Sport und nicht zuletzt an der Arbeit.
Tegal gibt es rezeptfrei in jeder Apotheke.Tegal-Tabletten bei Rheuma, Neuralgien, Rücken-, Kopf- u.
a. Schmerzen sowie Erkältungs-Grippe. Nicht anwenden bei Sal-
zyldarüberempfindlichkeit (Aspirin), erhöhter Blutungsneigung,
Magen-Darmleruren bzw. -geschwüren, vorgeschädigter
Niere und in den letzten 3 Schwangerschaftsmonaten. Längere
Anwendung und höhere Dosierung nicht ohne ärztlichen Rat.
Tegal-Werk München.50 gelb. Gabelstapler
Diesel/Elektro/Gas, in großer Aus-
wahl ab Lager.
Reparatur - Kundendienst - Prüf-
buchabnahme - Vermietung
Gabelstapler Finger GmbH
Handelsstraße 6 - Industriegebiet
5632 Wermelskirchen
Tel. 02198/1068 - Telex 9513940ganz klar!
Notiz-Quader von
KNAUER
KNAUER NOTIZ QUADER
70 80 Biberach, Baden-Württemberg 7084
Tel. 07141 7400-0 Telex 74000 KNAUCavete Münster
führt am 28. 4. 84 25-jähriges Jubiläum
und feiert nach Verschiedenen.
Ehemalige Mitarbeiter, Kolner und
Jezzer, meliet auch Wir suchen Er-
neuerungen.
Fragen und Zuschriften:
Lothar Weidert, Kassenwinkel 7
44 Münster, Tel. 02 51 / 32 40 60Suche dringend
Promotionsmöglichkeiten
an deutscher u. franz. Universitäten.
Zuschr. u. V 8978 an WELT-Verl., Post-
fach 10 06 64, 4300 EssenMEDIZIN-STUDIUM
TMS: wissenschaftlich überprüfbares ZVS-
Test Training BAD NEUWIEDER MOEDL
Centrale 0373/6145 od. 038/583430HANNOVER-MESSE 84
1-ZL-Weg. 2. 3. Pers. 20 Min. zur
Lehrschau
Tel.: 05 11 / 65 13 42DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDKorrespondent für Technologie: Adalbert
AltenDeutsche-Korrespondenten: Berlin
Wolfgang Kasper, Klaus Giese, Peter
Wenzel, Düsseldorf: Dr. Willy Hest, Volker
Graf, Hamburg: Harald Pöschel, Frankfurt:
Dr. Dinkwart, Garmisch: (englisch)
Korrespondent für Südamerika/Anden:
Josef Adami, Joachim Weber, Hamburg:
Herbert Schmitt, Jan Brech, Köln: Werner
M. A. Hannover/Kiel: Christof Graf
Schwaben von Schwabenfeld (Politik); Man-
nheimer: Dominik Schmidt (Wirtschaft); Mün-
chen: Peter Schmalz, Düsseldorf: Selig
Stuttgart: Xing-Xu Kuo, Werner NeitzelChefredakteur (deutsch): Joachim
NeanderAuslandskorrespondenten: Richard Wilhelms, Baden:
Leuninger, Fritz Wirtz, Wilhelm Pöschel, Mos-
kau: Boris B. W. Wenzel, Paris: August
Korrespondent für Südamerika/Anden:
Josef Adami, Joachim Weber, Hamburg:
Herbert Schmitt, Jan Brech, Köln: Werner
M. A. Hannover/Kiel: Christof Graf
Schwaben von Schwabenfeld (Politik); Man-
nheimer: Dominik Schmidt (Wirtschaft); Mün-
chen: Peter Schmalz, Düsseldorf: Selig
Stuttgart: Xing-Xu Kuo, Werner NeitzelChefredakteur (deutsch): Joachim
NeanderAuslandskorrespondenten: Richard Wilhelms, Baden:
Leuninger, Fritz Wirtz, Wilhelm Pöschel, Mos-
kau: Boris B. W. Wenzel, Paris: August
Korrespondent für Südamerika/Anden:
Josef Adami, Joachim Weber, Hamburg:
Herbert Schmitt, Jan Brech, Köln: Werner
M. A. Hannover/Kiel: Christof Graf
Schwaben von Schwabenfeld (Politik); Man-
nheimer: Dominik Schmidt (Wirtschaft); Mün-
chen: Peter Schmalz, Düsseldorf: Selig
Stuttgart: Xing-Xu Kuo, Werner NeitzelChefredakteur (deutsch): Joachim
NeanderAuslandskorrespondenten: Richard Wilhelms, Baden:
Leuninger, Fritz Wirtz, Wilhelm Pöschel, Mos-
kau: Boris B. W. Wenzel, Paris: August
Korrespondent für Südamerika/Anden:
Josef Adami, Joachim Weber, Hamburg:
Herbert Schmitt, Jan Brech, Köln: Werner
M. A. Hannover/Kiel: Christof Graf
Schwaben von Schwabenfeld (Politik); Man-
nheimer: Dominik Schmidt (Wirtschaft); Mün-
chen: Peter Schmalz, Düsseldorf: Selig
Stuttgart: Xing-Xu Kuo, Werner NeitzelChefredakteur (deutsch): Joachim
NeanderAuslandskorrespondenten: Richard Wilhelms, Baden:
Leuninger, Fritz Wirtz, Wilhelm Pöschel, Mos-
kau: Boris B. W. Wenzel, Paris: August
Korrespondent für Südamerika/Anden:
Josef Adami, Joachim Weber, Hamburg:
Herbert Schmitt, Jan Brech, Köln: Werner
M. A. Hannover/Kiel: Christof Graf
Schwaben von Schwabenfeld (Politik); Man-
nheimer: Dominik Schmidt (Wirtschaft); Mün-
chen: Peter Schmalz, Düsseldorf: Selig
Stuttgart: Xing-Xu Kuo, Werner NeitzelChefredakteur (deutsch): Joachim
NeanderAuslandskorrespondenten: Richard Wilhelms, Baden:
Leuninger, Fritz Wirtz, Wilhelm Pöschel, Mos-
kau: Boris B. W. Wenzel, Paris: August
Korrespondent für Südamerika/Anden:
Josef Adami, Joachim Weber, Hamburg:
Herbert Schmitt, Jan

Probleme über Probleme - „Der Internationale Jugendfilm“ im ZDF

Suche nach der eigenen Persönlichkeit

Der Konflikt zwischen einer Tochter und ihrer Mutter, die sich zu wenig um die Tochter und zu sehr um die eigene Karriere gekümmert hat, steht im Mittelpunkt des Films „Die Zeit wird kurz“, der in der Reihe „Der Internationale Jugendfilm“ heute abend im ZDF gesendet wird. Eine Halbindianerin, die nicht weiß, ob sie zu den Weißen oder den Indianern gehört, ist die Hauptfigur des kanadischen Beitrags dieser Serie, der unter dem Titel „Homecoming“ irgendwann in diesem Jahr ausgestrahlt wird. Und in „Die Farbe der Freundschaft“ dreht sich alles um das amerikanische Rassenproblem, mit dem ein weißer Schüler in einer gemischten Schule konfrontiert wird.

Die Zeit wird kurz - ZDF, 19.30 Uhr

zehn kann er davon auswählen, und manche davon würden auch besser in einem anderen Programm erscheinen.

Die meisten Filme stammen aus den USA und Kanada, etliche aus der Sowjetunion. Ungarn und Polen. Aus deutschen Ländern kommt ihm dagegen so gut wie gar nichts auf den Tisch. Da nämlich das Budget im Vergleich zu anderen TV-Ressorts sehr knapp bemessen ist beim Internationalen Jugendfilm und davon noch Einkäufe und die deutsche Bearbeitung der Filme zu bezahlen ist, bleibt an verlockenden Produktionsmitteln für deutsche Filmemacher fast gar nichts mehr übrig.

Erstaunlich ist die weltweite Übereinstimmung in den Themen, die die Filmemacher für ein jugendliches Fernsehpublikum interessant erachten. Von Aussteigern, wie sie jüngst in zwei sowjetischen Beiträgen ge-

zeigt wurden, bis hin zu pubertären Nöten und zur Verführung bestimmter Gruppen durch Bagwananhänger spannt sich der Themenbogen.

Das größte Echo, das es bisher je auf die Serie gegeben hat, kam und kommt noch heute auf einen amerikanischen Film, der vor zwei Jahren ausgestrahlt wurde. In diesem Film mit dem Titel „Die Welle“ ging es um das Experiment eines Lehrers, der seiner Klasse das Phänomen des Nationalsozialismus auf sehr eigenwillige Art nahebringen möchte. Er verkündet seinen Schülern, daß es in den USA eine neue Jugendbewegung mit Namen „Die Welle“ gebe, deren oberste Prinzipien Ordnung, Sauberkeit und strenge Disziplin seien. Begeistert machen die Jugendlichen mit und in ihrem Enthusiasmus verlieren sie bald jedes Maß für Fairness, Toleranz und Gerechtigkeit. Das Experiment ist gescheitert - sehr zum Kummer des Lehrers. Noch heute äußern sich Jugendliche in zahlreichen Briefen zu diesem Beitrag und haben immer wieder eine Wiederholung gefordert. Ihr Wunsch soll in den nächsten Monaten im Nachmittagsprogramm erfüllt werden.

Filme wie dieser sind selten in der Reihe des Internationalen Jugendfilms. Durchsichtigkeit bestimmt auch hier das Bild der Reihe. Aber weshalb sollte es bei Jugendsendungen anders sein als im Programm für die Erwachsenen?

M. v. SCHWARZKOPF

KRITIK

Ein „Apfel“ muß sich anpassen

Szenen aus dem Leben eines Indianers vom Stamm der Cree: Schultag in einem Internat für Indianerkinder, Ferien daheim im kanadischen Reservat, auf Fischfang mit dem Vater, beim Fallenstellen in der Wildnis. Dann wieder der Schultag, die Einsamkeit, die Sehnsucht nach dem Stamm, für den der Junge immer mehr zum Fremden wird. „Apfel“ nennen die Indianer den jungen Buckley, denn er sei innen weiß und außen rot. Er gehört weder zu den

Weißen, die er nicht verstehen kann, noch zu den Indianern, deren Sprache er nie richtig gelernt hat. Er will um jeden Preis ein echter Indianer sein, aber dafür ist es längst zu spät. Der alte Indianer John hat es einmal kurz formuliert: „Zum Indianer muß man vom ersten Lebenstag an erzogen werden.“

Daß Buckley, der heimlos zwischen Weiß und Rot hin und her treibt, schließlich in den Tod geht, daß er irgendwo in der Kälte erri-

war die erschütternde, wenn auch logische Konsequenz von Martin Del- francos Film „Reise in die Kälte“ (ARD). Denn ein „echter Indianer“ weiß sich vor Kälte zu schützen, laut der Kommentar eines alten Indianers. Daß dieser beeindruckende Film über den jungen Buckley, dessen Schicksal stellvertretend für den Niedergang seines Volkes steht, zu so später Stunde ausgestrahlt wurde, ist bedauerlich.

NINA SCHULENBURG



Das Samstagabends im Ersten Fernsehprogramm ausgestrahlte und von den Kirchen inhaltlich verantwortete „Wert zum Sonntag“ soll aktueller werden. Dies hat jetzt der Vorsitzende der für die Auswahl der evangelischen Sprecher zuständigen Kommission, Hans Dieter Osenberg (Saarbrücken), gefordert. In einem Beitrag für die EPD-Fachkorrespondenz „Kirche und Rundfunk“ nahm Osenberg den Fall Kießling/Wörner zum Anlaß für eine harte Kritik an der bisherigen Gestaltung des „Wert zum Sonntag“. Weder der evangelische noch der katholische Sprecher seien auf den Fall eingegangen. Sie hätten es versäumt, aus christlicher Sicht etwas zum achten Gebot zu sagen („Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten“). Damit sei das „Wert zum Sonntag“ seinem ureigenen Auftrag nicht gerecht geworden, sich mit einem „Zwischenruf des Evangeliums in einem ereignisreichen öffentlichen Vorgang einzumischen“.

Für den moralisch-ethischen Aspekt des Falles seien offenbar manche Journalisten sensibler gewesen als die Sprecher des „Wert zum Sonntag“, rügt Osenberg. Es gehe nicht darum, „geistliches Öl in politisches Feuer zu gießen“ oder diese Sendereihe zu Tageskommentaren zu mißbrauchen. „Aber wer nicht synchron zum Leben und seinen Abläufen Gottes Wort ins Spiel bringt, muß sich fragen, ob er am Ende nur sich selbst predigt“, schreibt der Vorsitzende der Fernsehkommission im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik. Man dürfe sich dann nicht wundern, wenn diese Sendung als eine „institutionalisierte Belanglosigkeit“ bespöttelt werde. (epd)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD

8.55 Tagesschau
8.58 - ca. 11.30 Aus dem Bundesrat
Ausprache zum Fall Kießling
Nur über die Sender des ZDF
8.55 Tagesschau

14.00 Tagesschau
14.10 Wunderland 84
Strafzug durch die 35. Internationale Spielwarenmesse in Nürnberg
Mit Sabine Sauer und Friedrich Merz

14.55 Geheimprojekt Deemont
Serie in 6 Teilen (Wh. v. 1979)
4. Auf den Spuren des Verräters

17.20 Dokumentschau
Der 17. Mann des FC Bayern
Film von Lutz Neumann und Jürgen Wesche

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Das schöne Ihre Judenmädchen
Fernsehfilm von Dietrich Feischau- sen nach „Biographien der Weib- schen“ von Christian Heinrich
Spiel: Ben Ronan Demirkan, Christian Birkel u. a.
Regie: Götz Fischer

22.00 Krimipunkt
Hessen vor
Göttingen - die neue Mehrheit

22.30 Tagesschau

23.00 Mordzeit - für ein unerreichbares Ziel
Siegfried Lenz im Gespräch mit Manes Sperber
Es geht um den seltenen Ereignis- nissen im Fernsehfilm, daß ein Gespräch vor der Kamera, wenn es wie dieses, zwei Stunden ge- dauert hat, in voller Länge und ungeschnitten ausgestrahlt wird.

1.00 Tagesschau

15.40 Tagesschau und Tagesthemas
15.45 Sauerbruch - Das war mein Leben
15.50 Umkehr
15.55 WISO
15.58 Presseschau
15.59 Tagesschau

15.40 Sport, Spiel, Sport und Sport
Früh übt sich
beobachtet von Peter von Zahn

14.25 Olympische Winterspiele
Eröffnungsfest in Sarajevo

14.50 heute
14.54 Rappellkiste
Wilhelms Geheimnis / Apfelkai
Anschl. heute-Schlagzeilen

14.55 Die Bösen sind los
Die große Überraschung

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-illustrate
Zu Gast: Ivo Pogorelich, The Ro- manics

17.30 Ives Herwig
Der neue Partner
Dazw. heute-Schlagzeilen

19.00 heute
19.30 Der Internationale Jugendfilm
Die Zeit wird kurz
USA, 1981

20.15 Olympische Winterspiele
Auftritt aus dem ZDF-Olympia- Studio

21.00 Der Denver-Club
Die 100-Dollar-Scheidung
Anschl. heute-Journal

21.45 heute-Journal
22.05 Mittwochsotter - 7 um 58
22.10 Das Kaviar - das soll unser Pflanz- gelb
Porträt eines Priesters im Basken- land
Film von Gerhard Maier, Peter Schumann

22.40 Das kleine Fernsehspiel
Deines Nachbarn Sohn
(Griechisch mit dt. Untertiteln)

23.45 heute



Szene mit Roman Demirkan als „Das schöne Ihre Judenmädchen“ Esther Lopez - Um 20.15 Uhr in der ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Englisch (9)

18.30 Sauerbruch
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Informationen und Unterhaltung

21.45 off-Off
Freizeit und Fitness

22.15 Der Whistler
Amerik. Spielfilm, 1944

23.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sauerbruch
18.30 Die Größte - Der schwerste
Flugvogel der Welt
19.15 Briefmarken - nicht nur für Sam-
mler
Mit Dagmar Berghoff

19.30 Agrarland USA (1)
Wie die Landwirtschaft Amerika
reich machte

20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
Anschl. Kurznachrichten

21.00 Kolonialmacht Venedig (3)
Der Griff nach dem Festland

21.45 Der Film-Club
Swinging USA

23.10 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sauerbruch
18.30 Mordzeit
18.55 Ludwig
19.00 Hobbythek
19.45 Herten geladen
20.15 Ein Land wie jedes andere
Schüler erleben die „DDR“

21.50 Drei aktuell und Sport
22.00 Mordzeit
US-Fernsehfilm

SÜDWEST

18.00 Sauerbruch
18.30 Telekolleg I
Englisch (9)

Nur für Baden-Württemberg

19.00 Abendchau
Nur für Rheinland-Pfalz

19.00 Abendchau
Nur für das Saarland

19.30 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm

19.35 Nachrichten
5. Roullette

20.15 Samstagsmagazin
21.00 Die absolute Kavalierie
Amerik. Spielfilm, 1956

22.15 Kolonialmacht Venedig
5. Gewinn und Verlust

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendchau
18.45 Runderbau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
19.45 Hier ein Viertelstündchen
20.00 Krimis
20.45 Zeitspiegel
21.30 Runderbau
21.45 Der steinige Weg zur Downing
Street 10
Winston Churchill (7)

22.45 Z. E. N.
22.50 Die Heiden starben nicht aus
23.55 Runderbau
24.00 News of the Week

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



Einladung

zu einem Golfspiel auf dem ersten „Robert-Trent-Jones-Platz“ Deutschlands.
Nur wenn Sie selbst einmal hier waren wissen Sie, was wir meinen, wenn wir von der einmaligen landschaftlichen Lage, dem Blick auf Lindau, den Bodensee und das herrliche Alpenpanorama sprechen.
Und dann werden Sie auch verstehen, daß es eine einmalige Gelegenheit ist, hier - mitten in einer der schönsten Golfanlagen - einen Wohnsitz am Bodensee zu erwerben.
34 Apartments werden im Rahmen der Clubanlage (Clubhaus und Restaurant sind integriert) gebaut. Natürlich mit dem besten Komfort, mit allem, was dazu gehört.
Schreiben Sie uns. Oder rufen Sie uns einfach an und verlangen Herrn Klauke.
Tel.: 07541 / 71055
Wir senden Ihnen gerne alle Informationen.

ROSTAN
Baugesellschaft mbH & Co KG
Ehlersstraße 34 - 7990 Friedrichshafen

Name _____
Straße _____
Ort _____ Tel. _____



Nähe Montreux u. Top-Skigebieten
3-Zl.-Apts., 77 m² ab Fr. 138.650,- 4-Zl.-Apts., 97 m² ab Fr. 177.200,- Küche kompl. einger., Spannteppiche, gr. Balkon, Bad, sep. Gäste-WC, Parkpl., Keller, ruhige Lage. Ferner: Wunderschöne Chalet-Bauwerke (800 m²), voll erschl., mit phantastisch schöner Aussicht ab Fr. 48.000,- 4-Zl.-Chalets (98 m²) ab Fr. 232.000,- inkl. Land, Nödiges Kapital ca. 30 %, Hypotheken zu 6 %.
H. SEBOLD, SA, Tour-Gribe 6, CH-1067 Lausanne
Telefon 09 41 / 21 25 25 11

Herrlich gelegene Wohnung in WASSERSCHLOSS
mit Salon, Schlafzimmern, eingebauter Komfortküche, Bad, neuer- stellt 1982. Nähe München, umständehalber mit Steuervorteil 10 % von Privat für Liebhaber abzugeben, 107 m² WZ, VB DM 500.000,-. Nähere Auskünfte und Unterlagen anfordern unter Tel. 0 89 / 64 - 80 41 o. 42, Herr Esser.

Grundstück mit Villa in München-Grünwald
4000 m², an Liebhaber zu verkaufen. Sofort beziehbar, DM 3,2 Mio. Zuschriften erbeten unter Z 4002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Stadterweiterung Göttingen
Im neuen Universitätsviertel. Von 18-35 m² für Kapitalanleger mit MwSt.-Rückerstattung und für Eigenmiet- wohner. Günstige Finanzierungs- möglichkeiten, interessanter Verkaufs- preis. Näheres Wohnungsmarktmagazin, 1.3000 Hannover 1, Tel. (05 11) 3 90 20.

Grundschuldarlehen
Ab DM 50.000,- auch bei Zwangs- maßnahmen. Negativzusicherungen, Darlehenskündigungen.
Kaufhof Kapitalvermittlung
Steinstr. 23, 49 Herzford,
Telefon 0 52 21 / 5 88 88

Gesucht Darlehen von sfr 3 Mio.
für den weltweiten Marktaufbau eines patentierten Systems (Investitionsgut).
Dauer 6-8 Jahre. Interessante Konditionen mit Gewinnbeteiligung. Namhafte Verkaufserfolge in D + CH sind vorhanden.
Helfer Frei
Postfach 138
CH-5026 Oberentfelden
Telefon Schweiz 922 122

Ost-Paraguay
Farm-, Acker- und Weideland ab DM 300,-/ha, Bauland ab DM 5,-/m². Zuschr. erb. u. R. 4002 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA & CANADA AKTIEN
Aktien von Gold- und Silberminen sowie Erdölge- sellschaft und Technologiewerten als Neu-Emis- sion über die Schweiz erhältlich. Teilweise bis 15 % Dividende.
Sämtliche USA & Canada Aktien sind MwSt.-frei.
Erwerben Sie Ihre amerik. und kanadischen Wert- papiere über die Schweiz zum Schutz gegen die Inflation.
TRUST & INVESTMENT SCHWEIZ
Baarenstr. 8, 6300 Zug, Tel. 00 41 / 42 21 77 50

COUPON: Name _____
Adresse _____
Tel.-Nr. _____

FERIEN- WOHNPARADES OSTERREICH
Eigentumswohnungen mit geistlicher Grundbesitztragung.
Maria Alm
Gemeinde Seefeld, Erholung u. Sch-
paradies des Salzburger
Landes, 1 bis 5-Zimmer-Wohnungen.
Niedersill
Prag, nahe Europa-Sparking,
1 bis 3-Zimmer-Wohnungen.
„DEIN HEIM“
Wohnungsbau Ges.m.b.H.
A-5020 Salzburg, 1. Nieder-Kir 133
Tel. 0 62 03 652 23 5 65-5

GmbH (Dienstleistung)
mit positiver Entwicklung (Gewinn in 1983) und starkem Expansionsstreben
sucht
Gesellschafter mit DM 50.000,- Beteiligung bei Verzinssung, Gewinnanteil und Fixum, evtl. auch als Geschäftsführer.
Anfragen bitte unter W 4021 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Alt-Bausparkonten
GIESE - Tel. 05341 / 35819

Netverkauf
50.000,- DM unter Ansch.-Preis, Eigentumswohnung, m. Klima- u. Sprechern, 86 m², Tiefgar., in Sie- gen, eignen als Büro o. Arztpra- zis - Neurologe o. Psychiater zent. Lage, am Busbahnhof, sof- zu verk., günst. Finanz. gesichert, evtl. Vermietungsmöglichkeit für 1 Jahr u. weitere Vermietung durch die Vermittler gesichert. Zuschr. unter X 4022 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Spanien, Calpe (Costa Blanca)
Luxusvilla, Baujahr 1970, 4 Dop- pel-Schlafzimmer, 4 Bäder, Salon 9 x 6 m, Zentralheizung mit 17 Radiatoren, Telefon, Meeres- blick, schöner Garten (2700 m²), mit 2 Springbrunnen, Schwimmbad 12 x 6 m, beheizt, elektr. Gar- tenbewässerung - Barbecue. Di- rektverkauf 400.000,- sfr. Schreiben Sie unter Chiffre PM 350 384 Publitas, CH 1003 Lau- sanne.

Kapitalanlage
3 vermietete Wohnungen in Zen- trumlage, B3, B2, z. B. 90 m² = 108.000,-
Helfer G. Lührs
Bgm.-Martin-Dumandl-Platz 26
2850 Bremerhaven
Tel. 04 71 / 41 39 66 od. 2 23 16

Kanarische Inseln Fuerteventura, Corralejo
Baugelände mit genehmigten Plänen, in Losen oder im ganzen zu verkaufen.
VANTOUR sàrl
11c, avenue de la Porte Neuve LUXEMBURG
(Großherzogtum Luxemburg)
Fernschreiber 1227

1-Familienhaus in St. Georgen Schwarzwald
140 m² Wohnfläche, Hanglage, preiswert zu verkaufen.
EBS
7601 Schutterwald
Tel. 07 81 / 5 10 61

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

LADENLOKAL
(für alle Branchen geeignet)
ca. 280 m² mit 10 Schaufenstern in 4050 Mönchen- gladbach 1-City, Nähe Bahnhofsvorplatz, neben der „Kaufhalle“ zu vermieten.
W. Roderberg, 4050 Mönchengladbach 1
Sittardstraße 17, Telefon 0 21 61 / 18 22 60

Verwaltungsgebäude
in günstiger Lage (Nähe Hbf.) der Stadt Münster/ Westf., etwa im 1. Quartal 1985 frei, zu verkaufen.
Netto-Bürofläche ca. 4700 m²,
Technik- und Sozialräume (wie Fernsprechanlage, Heizung, Kantine, Sanitätsräume etc.) ca. 1000 m²,
Abstellfläche 300 m², 20 Pkw-Stellplätze.
Im Erdgeschoß mögliche Geschäftsfläche mit Schau- fensterfront 300 m².
Zuschriften erbeten unter X 4044 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenzgründung Radio- und Fernsehgeschäft
m. HiFi-Video-Studio u. Werk- statt, gut eingeführt, umfangrei- che Kundenkartei, Fußgängerzoo- ne im Stadtzentrum, saubere Markt, steigerungsfähiger Um- satz 780.000,-, zu verpachten.
Einzugsbereiche: RW-TUT-VS Schwarzwald, Nähe Bodensee u. Schweiz.
Angebote unter Y 4029 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Langenfeld - Düsseldorf
200 m², Neubauhalle m. Büro ver- mietet
Tel. 0 21 22 / 6 28 94

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Eiscatö m. Straßeneck
in 4700 Hamm/Stadtmitte, kurz- fristig abzugeben, Kfz nach Verand- lung.
Zuschr. erb. unter Y 4081 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

MÜNSTER
Bahnhofsnähe, Büro-Etage, 130 m², separater Eingang, bestens als Auslieferungslager geeignet, zu vermieten.
Soweit Auslieferung mit evtl. techn. Service von uns übernom- men werden kann, entfällt Miete. Tel. 02 51 / 6 42 67 (Herr Graf)

MODERNES FERIENHEIM AM ARLBERG/ÖSTERREICH
lang- fristig an Verein oder Unterneh- men zu vermieten, 60-70 Betten. Alle Zimmer mit Bad und WC.
Zuschriften unter D 4050 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Der Markt für Kapitalien ist heute überregional.
Deshalb kommen Sie schneller zum Ziel, wenn Sie Kapitalien überregional anbieten oder suchen. Kapitalien-Anzeigen in der Großen Kombination DIE WELT/WELT am SONNTAG sind der richtige Platz für Ihr Angebot oder Gesuch.
W 3836

Die Große Kombination Immobilien-Kapitalien
DIE WELT am SONNTAG

Ein Bolero nur für Bo

K.K. - John Derek möchte gern berühmt werden. Und da er sich bereits eine Weile in der Filmbranche umgesehen hat, scheint es ihm das Leichteste, diesen Ruhm als Filmregisseur zu ernten. Dafür hat er ein sehr einfaches Rezept: Seine Frauen. Außerdem bringt er noch eine Tugend mit: Ausdauer.

Er fing damit an, seine diversen Ehefrauen - Patti Behrs, Ursula Andress, Linda Evans und Bo Derek - beharrlich abzulebten, nackt natürlich. Das sorgte für Aufmerksamkeit. Aber es brachte ihm seinen Ziel nicht näher. Also stellte er sein Fotoapparat in die Ecke und guckte zu. Zuerst versuchte er es mit einem Tarzan-Film. Hauptrolle: Bo Derek (nicht als Tarzan). Aber damit erzielte er eher Spott als Anerkennung. Doch das stört einen nicht mehr ganz jungen Mann auf dem Weg zum Filmstern. Er hatte gleich wieder eine Idee, einen Hauptdarsteller (seine Frau nämlich) und mit Cannon samt zwei großzügigen Herren auch ein paar Finanziers, die ihm seine fünf Millionen Dollar zur Verfügung stellten.

Nachdem sich jüngst allerhand „Carmen“-Varianten bewährt hatten, entschied sich John Derek für „Bolero“. Doch die Leute, die sich jetzt ansehen, was mit großen Mühen und furchtbar viel Streif in Spanien zustandegebracht wurde, gewannen nicht den Eindruck, daß ihnen Mr. Derek samt Bo da ein neues (kassenträchtiges) Lebensgefühl entdeckt hätte. Ein Telegramm an die Dereks stellt liebes fest: „Bolero“ war völlig unerträglich und total peinlich. Nach 15 Minuten konnten die Betrachter nicht mehr an sich halten. Sie brachen in Lachanfälle aus und riefen sarkastische Bemerkungen in den Saal. Die Atmosphäre war unvorstellbar. Nach den Maßstäben der Filmindustrie kann man „Bolero“ nicht einen Film nennen. In seiner gegenwärtigen Form wird MGM ihn nicht in Verleih nehmen.

John und Bo Derek mochten das gar nicht. „Wir finden das häßlich“, sagte Bo. „Der Film ist sehr schön und auf saubere Weise kommerziell und sexy“, ergänzte John. Nur Cannon und MGM, die alle Cannon-Filme verleiht, beeindrucken das nicht. Sie hoffen nun auf die Kunst eines routinierten Cutters, der aus dem Film, der kein Film ist, einen Film zurechtschneidet.

Gesamtdeutsches interessiert nicht - Die Großen Anfragen zur Kulturpolitik

Feindbild Tugendwächter

Die Fragen sind gestellt. Die Antworten lassen sich noch auf sich warten. Aber wie so oft im parlamentarischen Leben verraten die Fragen schon viel von den Vorstellungen, Wünschen und Voreingenommenheiten der Fragenden. Das ist bei den beiden Großen Anfragen zur Kulturpolitik, die einerseits von der SPD-Opposition, andererseits von der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag eingebracht wurden, nicht anders.

Was und wie gefragt wird, ist schon eine Betrachtung wert, und betrachtenwert ist auch, was die eine oder die andere Fraktion (und manchmal sogar alle drei) nicht zu interessieren scheint.

Beide Anfragen beginnen deklamatorisch mit einer Grundsatzklärung. Die SPD (Bundestagsdrucksache 10/882) stellt den Satz voran: „Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit unter dem Motto der geistig-moralischen Wende gestellt“, um dann sofort die Behauptung zu knüpfen, daß das zu einer „Gängelung“ geführt und darum „viele Bürger, vor allem die Künstler selbst, aufgebracht“ habe. Dieser Ton der Unterstellungen und des Mißbehagens durchzieht die gesamte Anfrage. Da wird von dem „Zugriff kulturfeindlicher und einseitiger Bevormundung“ und der „Bevormundung“ erzählt. Da wird postuliert, daß „sich der Staat nicht zum Kunst- und Kultur oder gar Tugendwächter vernehmen lassen“ dürfe. Doch wer die „Kulturfeinde“ sind, wo sie sich äußern, wie sie eingreifen, bleibt schwammig ungewiß.

In der Einleitung der Großen Anfrage erklären die SPD-Abgeordneten auch: „Soziale Veränderungen und lebendige Kultur bewirken wechselseitig eine ständige Entwicklung von Kunst und Kunstauffassungen, auf die die Politik keinen Einfluß nehmen darf.“ Soll das so verstanden werden, daß damit dem sozialistischen Grundsatz „Alles ist Politik“ abgeschworen und für die Kultur ein „politikfreier Raum“ gefordert wird? Daß das unter der SPD/FDP-Regierung nicht so war, verrät nicht zuletzt die Frage, ob „die Bundesregierung die kulturpolitischen Verpflichtungen der früheren Regierung“ übernimmt, und ob sie hinter dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) „steht“.

Die Angst, Besitzstände und damit Einflußmöglichkeiten zu verlieren, spiegeln die Fragen nach der Filmförderung- oder (bei der auswärtigen

Kulturpolitik) nach den Goethe-Instituten. Zugleich kommt die „Minderheiten-Manie“, die nicht die wirklichen Interessen von Minderheiten im Auge hat, sondern - oft konstruierte - „Minderheiten“ als politischen Hebel zu benutzen trachtet, wiederholt zum Vorschein. So lautet die letzte Frage: „Ist die Bundesregierung bereit, internationale Projekte zur Förderung von politisch unterdrückten Minderheiten (z.B. Literatur der Kurden) zu unterstützen?“

Da bleibt nur offen, wieso die „vermeintlichen Mehrheitsmeinungen“ (die demnach Minderheitsmeinungen sind), nicht auch diesen Anspruch auf „Minderheitenschutz“ haben. Und: Wieso proklamiert eine „Volksparität“, für die „Elite“ eines der gefährlichsten Tabuwörter ist, einen elitären Kulturbegriff, der Mehrheiten mit Kulturfeindlichkeit gleichsetzt?

Der Vergleich des SPD-Fragenkataloges mit der CDU/FDP-Anfrage (Bundestagsdrucksache 10/785) läßt zuerst einmal erkennen, was die Opposition kulturell alles für unerheblich hält. Die Nationalstiftung - obwohl einst von Willy Brandt vorgeschlagen - die Bundeskunsthalle und die studentische Kulturbewegung hören dazu. Die CDU/FDP fragt nach den Auswirkungen des KSVG auf Verlage, Buchmarkt, Galeristen. Sie will wissen, welche Folgen daraus für die freien Mitarbeiter entstehen und für die Künstler insgesamt aus der Verlängerung der Arbeitslosenversicherung. Der SPD ist offenbar noch gar nicht aufgefallen, daß es da nachteilige Folgen gibt.

Die CDU/FDP fragt auch sehr detailliert nach einem kulturfreundlichen Steuerrecht und einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Kunst und Kultur, nach verstärkten Anreizen für Stiftungen, nach der Unterstützung privater Initiativen beim Denkmal- oder Erleichterungen beim Berufseinstieg junger Künstler. Die SPD berührt das alles nicht. Sie weiß zwar in ihrem Vorschlag, daß „der rasante Ausbau der elektronischen Medien aus zu Veränderungen in der Teilhabe an Kunst und Kultur“ führt. Aber nur die CDU/FDP will wissen, wie die Bundesregierung das aus kulturpolitischer Sicht beurteilt.

Die CDU/FDP-Anfrage ist also sehr viel gründlicher und umfassender. Sie geht in ihrer Präambel von der bisher guten Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern aus und

versucht, die kulturellen Möglichkeiten des Bundes auszuschöpfen, ohne das föderale Prinzip zu schwächen. Sie interessiert sich für die europäische Kulturpolitik, vergißt nicht, danach zu fragen, wie es mit den Verpflichtungen der KSZE zu einem umfassenden Kulturaustausch in der Praxis aussieht, und begrenzt auch die Förderung der Kultur- und Geschichtsbewußtseins nicht wie die SPD darauf, „der von Gustav Heinemann angeregten Bestimmung auf die republikanisch-demokratischen Volksbewegungen gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für Freiheit und Gerechtigkeit den ihr gebührenden Rang (zu)erkennen“.

Bis in den Wortlaut hinein besteht bei beiden Anfragen Übereinstimmung zur Situation der Künstlerinnen, die offenbar als eine eigene Spezies aufgeführt werden, und bei den Maßnahmen gegen die Abwanderung „unersetzlicher Kulturgüter“ (wobei die CDU/FDP noch das Wort „deutscher“ dazwischenschiebt).

Erstaunlich ist, was beide Anfragen unerwähnt lassen. Die Architektur taucht nur kurz beim Denkmalschutz auf. Die Kunstpreise (und gar die Frage nach einem nationalen Kunstpreis) oder das weite Feld der Theater- und Orchestersubventionen werden nicht angesprochen. Alles, was mit Unterhaltungskultur zu tun hat, wird offensichtlich von beiden Fraktionen nicht der Kultur zugerechnet.

Am gravierendsten ist freilich, daß der gesamte deutsche Aspekt völlig fehlt. Die CDU/FDP will zwar wissen, ob sich die Bundesregierung weiterhin für die Pflege der ostdeutschen Kultur einsetzen will - und die SPD fügt hinzu: „Wird sie dabei auch künftig die Grundsätze der Friedens- und Entspannungspolitik zur Versöhnung mit den Völkern Osteuropas berücksichtigen?“ Aber Mitteldeutschland als Kulturland und die „DDR“ mit ihrem separatistischen Kulturbegriff bleiben gänzlich ausgeklammert. Nach der Förderung des Bewußtseins für Deutschland als einer Kulturland wird nicht gefragt.

Da kann man nur hoffen, daß die Bundesregierung die Chance der beiden Anfragen nutzt, um einmal deutlich hervorzuheben, daß sich die Rahmenbedingungen kultureller Förderung zwar auf die Bundesrepublik beschränken, die inhaltliche Diskussion aber stets auf eine deutsche Kunst und Kultur zielen muß, die die von den Besitzungsmächten gezogenen Demarkationslinien überspannt.

PETER DITTMAR



Betonung der Kontur: A. v. Hildebrandts „Kompositionsentwurf“ (um 1900). Aus der Bremer Ausstellung

„Bildhauer zeichnen“ - Eine Ausstellung in Bremen

Rodin ist der GröÙte

Die Kunsthalle in Bremen gehört nur zu den Instituten mittlerer Größe. Auf einem Gebiet hat sie allerdings Außergewöhnliches zu bieten: auf dem Gebiet der Grafik, speziell der Handzeichnung. Vor dem Krieg war sie noch der Ort, wo man mehr Dürer- und Albrecht-Dürer-Drucke sehen konnte, als an jedem anderen Platz der Welt. Davon ist viel verlorengegangen. Trotzdem kann die Sammlung sich noch immer und wieder weltweit sehen lassen. Das belegt die Auswahl aus eigenen Beständen: „Bildhauer zeichnen“.

Oberrubens Gerhard Gerkens, der den Fall bearbeitet hat, versucht einleitend eine kurze Kategorisierung zwischen der Zeichnung, die lediglich der Fixierung der ersten Idee dient und denjenigen Blättern, die entweder gar für sich oder auch über den anfänglichen Zweck hinaus - eine Rolle als eigenwertige Zeichnung spielen.

So sieht man den Bildhauer bei der Arbeit, wie er eine erste, noch ganz vage Idee in wenigen Strichen rasch fixiert. Markantes Beispiel dafür ist die „Ideenstudie zur Bronze ‚Welle‘“ aus dem Skizzenbuch von Waldemar Grzimek, dem diesjährigen Träger des Bremer Bildhauerpreises. In sehr schneller Aktion wurde mit dem Kugelschreiber ein als „Welle“ aussehendes weiblicher Körper auf Sockel ganz verschiedener Form posiert. Es ist eine echte Funktionsskizze.

Ähnliches gilt für die Modellstudie zur Bronzefigur eines jungen Mannes, des Bremer Bildhauers Waldemar Otto. Die Plastik, die der Kunsthalle gehört, ist im selben Raum ausgestellt, so daß der Betrachter den Weg von der ersten Fixierung der Idee bis zur Ausführung verfolgen kann. Die Zeichnung entspricht dabei ziemlich genau - man beachte das Profil des Mannes - der Bronze.

Die Ausstellung, im übrigen der Chronologie entsprechend aufgebaut, beginnt mit Arbeiten aus dem französischen Bereich, mit François Rude (1794-1855), Carpeaux (1827-1875) und setzt erste Höhepunkte mit einigen Zeichnungen von Auguste Rodin (1840-1917), von dem eine ganze Rei-

he charakteristischer Blätter gezeigt werden, die allesamt die Mitte zwischen Funktionszeichnung und selbständigem Blatt halten. Sie haben, in ihrer Betonung der Kontur und füllenden Lavierung, nicht nur das plastische Moment auch in die Zeichnung eingeführt, sondern weitgehenden Einfluß auf die Fassung der Bildhauerzeichnung überhaupt ausgeübt - bis hin zu den glanzvollsten Leistungen in dieser syntaktischen Manier bei Georg Kolbe.

Wenn man beispielsweise nicht wüßte, daß das Blatt von Bernhard Hoetger „Sitzender weiblicher Akt“ (1905) von dem nachmaligen Bremer stammte, würde man es sofort Rodin als Urheber zuweisen, denn Hoetger hat es als Aquarell über Bleistift (reine Kontur) 1905 ausgeführt, als er im Atelier des französischen Meisters arbeitete. Kolbes Zeichnungen, die sich, wenn auch viel selbständiger, direkt aus dieser Linie herleiten, sind wohl die am weitesten entwickelten dieser Zeichensprache und gehören zu seinen stärksten Blättern. Man denkt bei ihnen kaum noch an Bronze.

Unter den Arbeiten, die zwar aus einer Ideenplanung entstanden, aber dennoch einen eigenwertigen graphischen Reiz besitzen, taucht auch eine kleine Federzeichnung, ein Brunnenentwurf, von Adolf von Hildebrand auf. Der Ort des geplanten Brunnens ist nicht festzustellen. Was bleibt, ist ein glanzvoll und energisch gezeichnetes Blatt.

Ganz in den Bereich freier zeichnerischer Gestaltung gehören dagegen viele Blätter von Barlach und die meisten Zeichnungen von Giacometti, die man im strengen Sinne denn auch kaum als „Bildhauer“-Zeichnungen auffassen kann. Sie gehören in eine Sonderkategorie. Genau wie etwa auch das mit dem Zirkel konstruierte Blatt „Element Bogen - II Version, 1969“ (Feder) des bedeutenden Bremer Acrylplastikers Uli Pohl. Von Carpeaux bis in die Gegenwart entwickelt sich so aus dem Thema eine fesselnde Ausstellungsreihe. (Bis 11. März, Katalog 19 Mark)

HERBERT ALBRECHT

JOURNAL

Klare Kompetenzen am Bonner Theater in Sicht?

DW, Bonn
Ein Ende des Kompetenzgerangel zwischen dem Generalintendanten der Stadt Bonn, Jean-Claude Riber und seinem Schauspielregisseur Peter Eschberg, scheint in Sicht. Auf Initiative der CDU-Fraktion im Stadtrat wurde jetzt von den Beteiligten ein Papier unterzeichnet, wonach vorgesehen ist, daß erstens die Verträge mit Riber und Eschberg 1988 um fünf Jahre verlängert werden, und daß zweitens Riber Chef der Oper und des Balletts wird (mit dem Titel „Generalintendant der Bühnen der Stadt Bonn“) und Eschberg Chef des Schauspielens („Intendant des Theaters der Stadt Bonn“). Das Schauspiel Bonn hat danach das Recht, das Große Haus (Hausherr: Riber) für zusätzliche Vorstellungen zu mieten.

Ausgabenfreudige US-Bibliotheken

AP, Berlin
Die öffentlichen Bibliotheken in den USA sind offensichtlich viel ausgabenfreudiger und haben einen größeren finanziellen Spielraum als die Bibliotheken in der Bundesrepublik. Nach einer jetzt in Berlin veröffentlichten Statistik des Deutschen Bibliotheksinstituts gaben im Jahr 1982 die US-Einrichtungen insgesamt fünf Milliarden Mark aus. Pro Einwohner sind das mehr als 21 Mark. In der Bundesrepublik haben die Bibliotheken dagegen im Vergleichszeitraum weniger als zehn Mark pro Einwohner aufgewendet.

Die Lesegewohnheiten der polnischen Jugend

J. J. G. Wersch
Polens Jugend greift immer mehr nach religionskundlicher Literatur, stellt nur christlicher Probenz, nicht die Zeitung „Głos Wyzbrza“ fest. Auch seien Lyrikbände und Kunstbände weiter im Vormarsch. Dagegen hätten Memoiren kommunistischer Kriegerhelden und Partisanenbücher kaum noch Absatzchancen. Gleichzeitig beklagt der kommunistische Schriftsteller und Abgeordnete, Wilhelm Szewczyk, in der Illustrierten „Panorama“, daß sich polnische Jungmarkisten von den pessimistischen Ideen eines Herbert Marcuse beeinflussen lassen.

Knochen eines Hadrosaurus

AFP, Carlsbad
Ein 70 Millionen Jahre alter Sauerknochen ist bei Bauarbeiten unter der Stadt Carlsbad in Südkalifornien gefunden worden. Es handelt sich bei dem Fund um den Knochen eines Hadrosaurus, der letzten damals noch existierenden Sauertier. Das pflanzenfressende Tier erreichte eine Länge von sechs Metern und war an seinem Maul leicht erkennbar, das die Form eines Entenschnabls besaß.

Hölderlin-Preis für Sarah Kirsch

dpa, Bad Homburg
Der Lyrikerin Sarah Kirsch ist der mit rund 15 000 Mark dotierte Friedrich-Hölderlin-Preis der Stadt Bad Homburg zuerkannt worden. Die aus Ost-Berlin stammende und jetzt in der Bundesrepublik lebende Autorin soll damit für eine „Poesie ohne Beschönigung“ geehrt werden. Der Preis wird zum zweiten Mal verliehen. Erster Preisträger war Hermann Burger.

Jorge Guillen t

AFP, Malaga
Der spanische Dichter Jorge Guillen ist im Alter von 91 Jahren in Malaga (Andalusien) gestorben. Der am 18. Januar 1893 in Valladolid zur Welt gekommene Vertreter der „poesia pura“ war einer der letzten Repräsentanten der spanischen Dichtergeneration der 20er Jahre („La generacion del 27“, der keine Generationen als Federico Garcia Lorca, Rafael Alberti, Vicente Aleixandre angehörten). Das dichterische Schaffen Guillens brachte die drei Hauptwerke „Cantico“, „Clamor“ und „Homenaje“ hervor. Im spanischen Bürgerkrieg emigrierte Guillen in die Vereinigten Staaten. Erst 1977 kehrte er in sein Geburtsland zurück und erhielt im selben Jahr den Literaturpreis Miguel de Cervantes, der als eine Art Nobelpreis für spanischsprachige Literatur gilt.

Kurt Stavenhagen tot

Hal, Hamburg
In Mexico City starb im Alter von 84 Jahren der deutsche Kunstsammler Kurt Stavenhagen. Letzten Herbst zeigte das ZDF einen Dokumentarfilm über sein Leben und seine einmalige Kollektion präkolumbischer Kunst. Geboren 1899 in Frankfurt am Main, studierte Stavenhagen Psychologie und promovierte über ein Thema der Ästhetik. 1936 emigrierte er und ließ sich 1940 in Mexico City nieder. Seine Sammlung umfaßt über 7000 Objekte.

Die 25. Tage der Neuen Musik in Hannover

Rückblick ohne Zorn

Nach dem Feuerwerk der Kompositionsaufträge und Uraufführungen im vergangenen Jubiläumsjahr standen die diesjährigen Veranstaltungen im Zeichen der stillen Besinnung und der Überprüfung der Werte. Neue Musik, die in den 60er und 70er Jahren gerade in Hannover so frech-freilich „Was kostet die Welt?“ gefragt hatte, hat nun die Kosten erfahren und versucht gleichsam in Rückblicken nachzurechnen, was ihr an Entdeckungen geblieben sei.

Sind Hindemiths um Bach kreisende Orgelsonaten (Lajos Rovatkay) oder seine herben Kammermusik der späten 30er Jahre nicht schon wieder Neuentdeckungen? Oder Ravels „Séquence grotesque“ von 1893, Schönbergs noch ganz an Schubert erinnernde 3 Klavierstücke von 1896? Diese Entdeckungen präsentierte in Interpretationen von Nobuko Nagao und Ralf Hohn ein von Bernhard Ebert enzyklopädisch geplantes Programm „Die mannigfachen Aspekte des Klaviers im 20. Jahrhundert“. Zu den Entdeckungen dieses Programms gehörten die 1915 komponierten „Formen in der Luft“ des in Rußland verschwundenen und in Amerika vergessenen Petersburger Futuristen Arthur Lourié, gepfeift von Ingo Metzger, und gehörte als Interpretin die deutsch-türkische Virtuosa Gülsen Onay mit Werken des jungen Südtirolers Hubert Stuppner und des türkischen Bartók-Zeitgenossen Ahmed Adnan Saygun. Auch die Beschäftigung mit der jüngeren und jüngsten Komponistengeneration hatte diesmal offenbar einen kritischen Auswahl im Hinblick auf Wichtige unterlegen. Glücklicherweise als in früheren Jahren präferierte sich das Niedersächsische Staatstheater mit seiner Inszenierung der Kammeroper „Jakob Lenz“ von Wolfgang Rihm: Gerhard Faustlich in der Titelpartie, Barr Peterson als

Oberlin und Wolf-Hildebrand Moser als Kaufmann gestalteten unter Leitung von Bernhard Lang ihre zwischen Sprache und Gesang angelegten Rollen überzeugend. Von Wolfgang Rihm stand dann seine 1969 komponierte Erste Sinfonie zur Uraufführung durch das Niedersächsische Staatstheater unter George Alexander Albrecht: ein gewaltig sich aufbauendes Stück im Pendel zwischen der damals neuentdeckten Klanglichentechnik und emphatischen Ausdrücken.

Im selben Konzert als Uraufführung spielte Raymond Haverth das Klavierkonzert des 1948 geborenen Ulrich Leyendecker: eine Musik, die trotz schreibbarer Geschäftigkeit in Andeutungen und Verschwiegungen ihre Geheimnisse wahr. Rihm, Leyendecker und Manfred Trojahn standen schließlich mit teils aggressiven, teils lyrischen Kammerkompositionen auf dem Programm eines Nachtkonzerts im Staatstheater unter Wulf Konold, dessen Ehrgeiz auf eine Ausweitung der Konzerte Neuer Musik über das Jahr hinweg zielt.

Zwei Uraufführungen erinnerten an die abhandelekommene Freiheit der Neuen Musik: Die Japanerin Mayako Kubo läßt in ihrem „Vor- und Nachspiel“ nach Martin Walser einen Klarinetisten und einen Bassklarinettisten kunstreich phantasierte Tonleitern spielen. Und Peter Kiesewetter beginnt „Quelques obsessions“, deren Uraufführung vom vorigen auf dieses Jahr verschoben wurde, mit Beethovens C-Dur-Polonoise, die er bald satirisch und bald nostalgisch instrumentiert. Mit sichtlichem Behagen wurde das Stück von Lediav Kipkovic und seinen Hochschülern begeistert akzeptiert. Diese parodistische Spielart hat der Musik schon lange gefehlt.

DETLEF GOJOWY

Düsseldorf: W. Allens „Magische Glühlampe“

Eine Jugend in Brooklyn

Da lebt, knapp vierzig Jahre ist das hier, ein gehbehindertes Mädchen in einer Welt von Glaciern und fürchtet sich vor der Welt draußen vor den Fenstern. Eine schwatzhafte Mutter verzehrt sich vor Ehrgeiz, ihre Tochter unter die Haube zu bringen. Ein Liebhaber taucht auf - und entpuppt sich als Nichte. Bruder Tom, das schwarze Schaf der traurigen Familie, ist dauernd auf dem Sprung „in ein neues Leben“. „Die Glasmenagerie“ war Tennessee Williams' Abrechnung mit der eigenen Biographie - das zärtlichste und poetischste Drama, das er geschrieben hat.

Jetzt konnte man am Düsseldorfer Schauspielhaus einen sehr dünnen Aufguß dieses berühmten Themas besichtigen. Der sprachgestörte Paul Pollack ist so sehr in die Zauberei verarmt, daß er darüber die Welt vergißt. Für das Leben außerhalb der Illusion ist er ohnehin nicht geschaffen. Die ehrgeizige Mutter, die das eigene Versagen im Sohn kompensieren will, hat große Pläne mit ihm vor - schließlich ist er nicht dumm.

Aber Paul ist schon längst von der Schule geflohen, er schwärmt den Unterricht und verbringt seine Zeit in Zauberspielen. Nachdem die Mutter den Schock über diese Neugierde überwunden hat, entscheidet sie: Dann soll der Junge eine Karriere im Showgeschäft machen. Aber er versagt bereits, als er einem Manager (den die Mutter listenreich in die

Wohnung gelockt hat) einige Tricks vorführen soll. Der Mutter sterben da mit gleich zwei Illusionen unter den Händen weg, denn auch der Impresario ist eine Nichte, der noch mehr einen großen Künstler unter Vertrag hatte. So bricht auch die Zuneigung abrupt ab, die die Mutter zu diesem älteren Herrn entwickelt hatte.

Der Vater, ein etwas zwielichtiger Charakter, will mit seiner Geliebten irgendwo in Amerika „ein neues Leben beginnen“, und auch Steve, der Benjamin der Familie, redet dauernd davon, daß er bald abhauen will. Jeder flieht auf seine Weise, und dennoch bleiben alle immer da.

Woody Allen hat sich mit seinem Stück „Die magische Glühlampe“ ebenfalls seine Kindheitsgeschichte von der Seele geschrieben. Aber es ist wohl das Schlechteste, was der amerikanische Filmemacher je zu Papier gebracht hat. Keine Spur seines berühmten Witzes, seiner faszinierenden Einfälle. Der Handlung fehlt es vollkommen an Spannung, der zweite Akt mit der sich anbahnenden Liebesgeschichte ist entsetzlich lang, und die Personen lassen völlig kalt. Dem schüchternen Paul (Arpad Kraupl), in dem man unschwer Allen selbst erkennt, möchte man am liebsten einen aufmunternden Tritt in den Allerwertesten geben; der Vater (Michael Hornig) bleibt ein schemenhafter Typ, der sich nur unwahrscheinlich darüber aufregt, daß man ihm Mayonaisse anschieben Hemd schmiert. Bloß der kleine Steve (Philipp Moritz) bringt mit seinem roztönen Jungenehrgeiz ein bißchen frischen Wind in die miese Behausung, und Hanna Seiffert als resolute Mutter hat ein paar gute tragikomische Momente. Die retten jedoch den Abend nicht.

Jaroslav Chundela führt Regie in einem Bühnenbild, das er sich von Hans Georg Schäfer hat entwerfen lassen: Die armselige Wohnung wirkt durch ihren kitschigen rosafarbenen Grundton noch trübseliger; eine schwarze Brandmauer, die die Szene nach hinten abschließt, verleiht auch durch zahllose Graffiti nichts von ihrer Tristosität, zumal die Schmiereereien vollkommen anachronistisch sind. Was haben Worte wie „Neonbays“ und „Freeterriory“ im Brooklyn der vierziger Jahre zu suchen? Hier wurden eine Zeit und ein Geist zusammengewürfelt, die absolut nichts miteinander zu tun haben.

Wir sollten die magische Glühlampe ganz schnell wieder ausknippen und auf Allens neuen Film hoffen. Der kann nur besser werden.

RAINER NOLDEN



Husion statt Wirklichkeit: A. Kraupl als Paul Pollack

PHOTO: BERMBACH

KULTURNOTIZEN

Das 6. Göttinger Filmfest findet vom 3. bis 6. Mai im Hause des Jungen Theaters statt.

Die Rätional di Torino bereiten eine umfangreiche „Geschichte der italienischen Oper“ vor.

„Künstlerinsel Sylt“, eine Ausstellung in Schloß Götorf in Schleswig, wird bis 26. Februar verlängert.

Das Emdener Rathaus am Delft zeigt bis 4. März eine Ausstellung über Christian Rohlf.

Die Stadt Regensburg zeigt in der

Zentralbibliothek der Stadtbücherei vom 7. Februar bis 2. März eine Ausstellung über Georg Büchner.

Im Oberen Belvedere in Wien wurde ein großer Schaumausang eingerichtet, der über die Tendenzen österreichischer Kunst nach 1945 informiert.

Ettore Scola hat für seinen Film „Le Bal“, der die Internationalen Berliner Filmfestspiele eröffnen wird, den belgischen Kritikerpreis erhalten.

„Nicht jeder Kittel kann porentief rein sein“

Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung kündigt unmachtiges Vorgehen gegen Krankenschein-Manipulationen an

PETER JENTSCH, Bonn
„Ich werde meinen Beruf mit Gewissenhaftigkeit und Würde ausüben“, geloben deutsche Ärzte nach dem Eid des Griechen Hippokrates. Doch mit der Gewissenhaftigkeit ist das so eine Sache. Denn während Ärzteverbände und Krankenkassen gemeinsam um Kostendämpfung im Medizinbetrieb ringen, bereichert sich – so scheint es – mancher Mediziner mit „goldenen Krankenscheinen“.

Nach dem „Bochumer Rezeptskandal“, in dem vornehmlich Ärzte und Apotheker verwickelt waren und der auch in andere Städte reichte, deckten die AOK Dortmund und die Ortskrankenkasse Essen jetzt neue Unregelmäßigkeiten auf (WELT vom 27. Januar).

Nach Darstellung des Dortmunder AOK-Chefs Wilhelm Vogelsänger wurden im EDV-Hilfe inzwischen 18 000 Abrechnungen überprüft und 1396 Unregelmäßigkeiten festgestellt. Das sind immerhin acht Prozent der Prüffälle.

Auch die Essener Ortskrankenkasse fühlt sich durch die Abrechnung „nicht erbrachter ärztlicher Leistungen“ geprellt. Am Wochenende teilte

sie mit, daß u. a. ein Augenarzt die Kasse um 400 000 Mark geschädigt habe, in fünf weiteren Fällen ist von 127 000 Mark die Rede.

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe, Gert Rusche, wertet diese Vorwürfe als eine „Kampagne, die einen ganzen Berufsstand diffamiert“. Rusche: „Ich bin sicher, daß der überwiegende Teil der von der AOK monierten Fälle sich als harmlos herausstellen wird.“ Und Unregelmäßigkeiten wie falsch eingetragene Behandlungsdaten, Namensverwechslungen oder die versehentliche Abrechnung beim Besuch von Angehörigen verstorbener Patienten seien „Alltagslichkeiten“.

Betrug nicht unterstellt

Dem AOK-Geschäftsführer wirft Rusche sogar vor, „daß er ohne genaue Kenntnis der Einzelheiten ... an die Öffentlichkeit getreten ist und dort den pauschalen Vorwurf betrügerischer Abrechnungsmethoden erhebt, ohne die KV eingeschaltet zu haben“.

Hier freilich irt der KV-Vorsitzende, laut AOK-Chef Vogelsänger. Am 21. November 1983 habe ich schrift-

lich um eine Aussprache wegen gravierender Unstimmigkeiten bei den Abrechnungen gebeten.“ Bis heute habe er keine Antwort auf diesen Brief erhalten. Im übrigen wolle er weder die Ärzte diffamieren, noch einem Mediziner mit drei bis vier Unregelmäßigkeiten im Jahr Betrug unterstellen.

Auch der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Hans Wolf Muschalik, nimmt die Mehrheit der Ärzte von derlei Manipulationen aus. Der WELT sagte er: „Unter 60 000 Kassenärzten kann nicht jeder Kittel porentief rein sein. Wir werden „Ariel“ einsetzen; wir haben nichts zu verbergen. Zum Schutze der großen Mehrheit der korrekt arbeitenden Ärzte und zur Wahrung unseres Ansehens werden wir uns nicht scheuen, die Ärzte, die durch Manipulationen irgendwelcher Art das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchen, im Zusammenwirken mit den Kassen und staatlichen Ermittlungsbehörden zur Rechenschaft zu ziehen und notfalls aus unseren Reihen zu entfernen.“

Muschalik hat freilich auch erkannt, daß das System der gesetz-

lichen Krankenversicherung Mißbrauch ermöglicht. „Die Abrechnung ärztlicher Leistungen ist bei dem heutigen System der sozialen Krankenversicherung auf Vertrauen begründet. Mißbrauch dieses Vertrauens durch Abrechnung nicht erbrachter Leistungen erfüllt im strafrechtlichen Sinne den Tatbestand des Betrugs.“

Verdienen Ärzte weniger?

Ob sich der Mißbrauch freilich nur auf Dortmund und Essen beschränkt, oder ob nicht auch in anderen Städten Weiskittel mit Krankenscheinen unverdient Geld schöpfen, bleibt abzuwarten. Denn der Konkurrenzdruck unter den niedergelassenen Ärzten ist groß – ihre Zahl verneint sich und die der Patienten nimmt ab. Hat etwa ein Allgemeinmediziner 1980 pro Quartal noch durchschnittlich 785 Fälle abgerechnet, so waren es 1983 nur noch 704. Da zugleich die Honorare nur unwesentlich stiegen, sanken die Realinkommen vieler Mediziner. Daß das einige unlautere Auswege suchen, so urteilen selbst Standesgenossen, scheint offensichtlich.

Katastrophenalarm nach Unwetter über Deutschland

Mosel, Neckar und Saar traten über die Ufer / Busse und Züge stellten Betrieb ein / Zugspitze meldete Orkanböen von 200 km/h

dpa, Hamburg
Sintflutartige Regenfälle und Stürme mit Orkanböen mit Geschwindigkeiten bis zu 120 Kilometern in der Stunde haben gestern in Süd- und Westdeutschland Millionen Schäden angerichtet. Zahlreiche Flüsse traten über die Ufer, Keller wurden überflutet, Dächer abgedeckt. Umgestürzte Bäume blockierten die Straßen. In Nordbayern starb ein 20-jähriger Autofahrer, der mit seinem Wagen gegen einen umgestürzten Baum geprellt war. Im schleswig-holsteinischen Landkreis Plön kam eine Frau ums Leben, deren Wagen auf schnee-glatter Straße ins Schleudern geraten war und mit einem anderen Auto zusammenstieß. In den Landkreisen

Gießen, Marburg-Biedenkopf und Altkirchen im Westerwald gaben die Behörden Katastrophenalarm. Die Innenstadt von Wetzlar stand unter Wasser.

In den Tälern von Mosel, Saar und Sauer kündigte sich die dritte und bisher schlimmste Hochwasserwelle innerhalb von drei Wochen an. Die Mosel hatte gestern mittig in Trier einen Pegelstand von 8,03 Metern – 4,83 Meter über normal – und stieg stündlich um bis zu 15 Zentimeter an. Die erst Sonntag wieder freigegebene Moselschiffahrt mußte erneut eingestellt werden. Etwa 300 Schiffe lagen fest. Auch auf dem Neckar war Schifffahrt nicht mehr möglich. In Saarbrücken war die Saar gestern

mittag fast schon wieder bis zur Hochwassermarken von 4,80 Meter gestiegen. Das Gebiet von Lahn und Dill in Hessen wurde vom schlimmsten Hochwasser seit 1946 betroffen.

In dem vom Katastrophenalarm betroffenen Kreis Altkirchen mußten viele Menschen, deren Wohnungen überschwemmt waren, in Notunterkünfte und Schulen umziehen. Buslinien stellten ihren Betrieb ein, nur noch wenige Züge verkehrten. Die Kläranlagen fielen wegen der Überflutung aus. In vielen Gemeinden funktionierte die Trinkwasserversorgung nicht mehr. Die Behörden riefen dazu auf, nur noch abgekochtes Wasser zu verwenden. In Nordrhein-Westfalen waren be-

sonders der Raum Aachen und das Siegerland betroffen. In Siegen waren 700 Feuerwehrleute im Einsatz. In Aachen wurden mit 44 Litern pro Quadratmeter die stärksten Regenfälle seit 1891 gemessen. Teile der Glasfassade eines Geschäftshauses fegte der Sturm aus 15 Metern Höhe auf die Straße. Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämter im Aachener Raum bildeten Krisenstäbe. In Bayern fegten die Böen mit einer Geschwindigkeit von mehr als 110 Stundenkilometern übers Land. Auf der Zugspitze wurden 200 Kilometer pro Stunde Windgeschwindigkeit gemessen. Vor allem in Unterfranken stieg das Hochwasser des Mains und seiner Nebenflüsse weiter an.



Vom Winde verweht ...

FOTO: MANFRED GROHE

Grundwasser in Stuttgart verseucht

AP, Stuttgart

Das Grundwasser der baden-württembergischen Landeshauptstadt ist nach Feststellungen des chemischen Untersuchungsamtes mit chlorierten Kohlenwasserstoffen verseucht. Ein Mitarbeiter erklärte gestern in Stuttgart, daß in den vergangenen Wochen bei Proben aus städtischen und privaten Grundwasserbrunnen stark erhöhte Werte festgestellt worden seien. Der Grenzwert von 25 Milligramm chlorierter Kohlenwasserstoffe, den das Bundesgesundheitsamt ermittelt habe, sei bis zum Zwanzigfachen überschritten. Die möglichen Verursacher stehen noch nicht fest. Nach Auskunft des Stuttgarter Amtes für öffentliche Ordnung müssen sie mit Bußgeldern bis zu 100 000 Mark rechnen. Oberbürgermeister Manfred Rommel, dem nach eigenen Angaben bereits seit Juli des vergangenen Jahres Hinweise auf die Verseuchung vorliegen, schloß eine Gefährdung der Bevölkerung aus. Aus den beanstandeten Brunnen werde lediglich Trinkwasser gezogen. Weder die Stuttgarter Mineralquellen, noch die Brauwasser der Brauereien seien betroffen. 55 Prozent des Stuttgarter Trinkwasser-Bedarfs kommt nach Auskunft der Stadtverwaltung aus dem Bodensee. Den Rest liefere die Landeswasserversorgung. Mit der Bildung einer Arbeitsgruppe, zusätzlichen Probebohrungen und Wasser-tests will die Stadt dem Übel auf den Grund kommen. Rommel kündigte an, daß für Sofortmaßnahmen 500 000 Mark bereitgestellt würden. Zudem appellierte er an die Bürger, mit chemischen Reinigungsmitteln künftig sorgsamer umzugehen und diese nicht einfach wegzuschütten.

Zwei Mitpatienten getötet

dpa, Mönchengladbach

Ein 23-jähriger Patient des Landeskrankenhauses Söchtern hat gestanden, in den vergangenen Jahren zwei Mitpatienten in Söchtern und Essen getötet zu haben. Die Polizei fand die beiden Skelette der Opfer jetzt in einem Waldchen und auf einer Schutthalde. Der Täter, der seit Jahren in Heimen untergebracht war, hatte begrenzten Ausgang.

Tödliches Spiel

dpa, Köln

Der Tod von zwei jungen Frauen und zwei Kindern, deren Leichen Feuerwehrlente am Montag in einer teilweise verkohlten Kölner Wohnung gefunden haben, scheint aufgeklärt. Die beiden 21 und 23 Jahre alten Schwestern und zwei Jungen im Alter von drei und fünf Jahren sind offenbar durch das Spiel der Kinder mit einem Feuerzeug ums Leben gekommen.

Whisky begraben

dpa, Kuwait

Rund 30 000 Flaschen Whisky sowie Tausende von Bierbüchsen sind mit Baggern irgendwo in der Wüste von Kuwait begraben worden. In dem Emirat gilt ein striktes Alkoholverbot. Der Wert des konfiszierten Alkohols betrug rund 14 Millionen Mark.

Blitz traf „Tornado“

dpa, Wittmund

Nach einem Blitzschlag ist Montagabend über dem ostfriesischen Landkreis Wittmund ein „Tornado“ der britischen Luftwaffe in einen Wald gestürzt. Die beiden Besatzungsmitglieder konnten sich mit ihren Schleudersitzen retten.

„Shergar ist tot“

SAD, London

Genau ein Jahr nach dem teuersten Pferdediebstahl der Welt soll feststehen: Shergar, der irische „Wunderhengst“, ist ein Opfer der Irish-Republicans Armee (IRA) geworden. IRA-Terroristen sollen das Rennpferd wenige Tage nach der Entführung getötet haben. Den Beweis dafür wollen die Shergar-Eigentümer jetzt mit einer einseitigen Dokumentation antreten, um „alle weiteren Spekulationen zu beenden“.

Streik dauert an

dpa, Rom

Die mehr als 200 000 italienischen Lkw-Unternehmen haben gestern ihren bis Samstag ausgerufenen Streik fortgesetzt. Der Grenzverkehr der Lastkraftwagen zwischen Italien und dem Ausland blieb dadurch wie am Montag lahmgelegt.

Anzeige

Das beste ist: eine gute Versicherung.

SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

„Er fand bei Herbert Wetzer Verständnis und Halt, was ihn später nicht hinderte, Willy Brandt aufzucht zu verehren.“ Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Horst Ehmke über den Altkommunisten und späteren Brandt-Berater Leo Bauer

LEUTE HEUTE

Nixon kann kommen

Der frühere US-Präsident Richard Nixon hat eine Wahl gewonnen und kann wieder nach New York ziehen. Die 13 Appartement- und zwei Ladenbesitzer eines Hauses an der Park Avenue entschieden jetzt in einer mit Spannung erwarteten Abstimmung, daß sich Nixon ein freistehendes 12-Zimmer-Appartement in ihrem Haus für umgerechnet fünf Millionen Mark kaufen darf. Der Hauptwiderstand gegen Nixon kam von Multimillionär Jacob Kaplan (93), der die Miteigentümer vergeblich vor den Rubenstons warnte, die seiner Meinung nach die Nixons mit ihren Bewachern ins Haus bringen.

Gemälde verteilt

Die vom italienischen Staat konfiszieren Gemälde-Sammlung der Schauspielerinnen Sophia Loren und ihres Mannes Carlo Ponti soll auf mehrere Galerien in den Läden verteilt werden und dort vorerst bleiben. Eine entsprechende Verfügung hat Kultusminister Antonio Gullotti erlassen. Die 230 Stücke umfassende Sammlung war im März 1977 vom Zoll beschlagnahmt worden, als die Ehepaar Ponti sie angeblich außer Landes schmuggeln wollte. Ihr Wert wird auf umgerechnet fast zehn Millionen Mark geschätzt.

Don Camillo heute

Terence Hill (46) alias Mario Girotti hat die vor 33 Jahren mit Fernandel in der Titelfolge gedrehte Filmkomödie Don Camillo und Peppone modernisiert. In den römischen Filmstudios dreht er derzeit eine zeitgemäße Fassung der Guareschi-Komödie und

spielt selbst den Don Camillo. Sein Gegenspieler, der kommunistische Bürgermeister Peppone, wird von dem Iren Colm Blaney dargestellt. Hill als moderner Priester fährt in Jeans und Motorrad, springt mit einem Fallschirm ab, ist begeistert von moderner Tanzmusik und wagt sich auf Rollschuhe.

Ehrung für Cousteau

Der französische Tiefseeforscher Jacques-Yves Cousteau (73) ist gestern in Paris für seine Verdienste um die Umwelt mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet worden. Bundespräsident Karl Carstens würdigte damit, daß Cousteau das



weltweite ökologische Bewußtsein in einer Zeit gestärkt habe, in der die Menschen durch Nachlässigkeit ihre Umwelt zu zerstören drohten. Der deutsche Botschafter in Paris, Franz Joachim Schoeller, sagte bei der Verleihung, die Steigerung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland sei ein wichtiger Beitrag zum deutsch-französischen Kulturaustausch.

Katerstimmung bei den Versicherungen

WOLFGANG WILL, Houston
Der Verlust von zwei teuren, hochversicherten Nachrichten-Satelliten sorgte bei verschiedenen Versicherungsunternehmen für Kopfschmerzen. Sie werden nun hohe Summen auszahlen müssen – für relativ niedrige Prämien.

Der Gesamtwert des Kommunikations-Satelliten „Westar“ wird etwa auf 75 Millionen Dollar veranschlagt. Er war jedoch von Western Union mit 106 Millionen Dollar versichert worden. Die Prämie dafür betrug lediglich 5,5 Millionen Dollar, weil der Start von Satelliten von der Versicherungsindustrie als verhältnismäßig riskolos angesehen wurde. Für „Palapa“ gibt es keine genauen Angaben, doch dürften sie mit denen von „Westar“ identisch sein.

„Da gibt es offenkundig ein Mißverhältnis, eine nicht länger tragbare Diskrepanz“, erklärte am Start-Kap dazu ein Vertreter einer Versicherungsgesellschaft. Er erklärte, daß die Prämien für Satelliten-Versicherungen bald schon „drastisch erhöht werden müssen“. Der Kommunikationskonzern Western Union hatte auf einer Versicherungssumme von mehr als 100 Millionen Dollar für „Westar“ bestanden, um Banknoten, Startkosten sowie Einnahme-Verlust voll gedeckt zu haben. Zwei Hauptversicherer hatten einen entsprechenden Vertrag mit Western Union abgeschlossen: Alexander und Alexander Services New York und Sedgwick London, und beide hatten Versicherungsanteile an anderen Versicherern, darunter auch Lloyds London, abgetreten. (SAD)

Der erste Mensch schwebte frei im All

Nach einer Serie von Pannen freuten sich Astronauten über einen „tollen Schritt“

A. BÄRWOLF, Hamburg
Als erster Mensch ist der amerikanische Seemann Bruce McCandless gestern mit der kosmischen Geschwindigkeit von 28 000 Stundenkilometern als eigenständiger Satellit im Freiflug um die Erdkugel gezogen. Nach den vorausgegangenen Pannen mit dem Totalverlust von zwei Satelliten, die aus der Ladeluke des US-Raumflugzeuges „Challenger“ abgesetzt worden waren, hatte die fünf-köpfige Besatzung des Raumtransporters das historische Experiment unter größter nervlicher Belastung begonnen. Doch Kapitän McCandless, der 15 Jahre lang an dem Manövriergestalt gearbeitet hatte, trat um 14.38 selbstbewußt seinen Flug zwischen den Sternen an. In Anspielung auf seinen Kollegen Armstrong, der als erster Mensch den Mond betreten hatte, sagte der Astronaut: „Für Neil mag es ein kleiner Schritt gewesen sein, für mich ist das ein toller Schritt.“

Als McCandless sich entschlossen hatte, über den östlichen USA kurz vor Sonnenaufgang die schützende Ladeluke von „Challenger“ zu verlassen, zeigte das Raumflugzeug mit dem Heck zur Erde. Eingehüllt in seinen Raumanzug, mit dem er in das roboterähnliche Manövriergestalt integriert worden war, schwebte er behutsam vorwärts in Flugrichtung aus dem offenen Schlund des Mutter-satelliten heraus, damit er die geöffneten Lukenklappen mit ihren scharfen Kanten gut sehen konnte. Dabei betätigte er mit der linken Hand die

Steuersensoren auf dem linken Arm des Manövriergestalts. Die Elektronik erfaßte den Steuerbefehl, und aus vier der 24 Gasdüsen des „Rucksacks“ strömte Stickstoff und versetzte McCandless eine Bewegung in entgegengesetzte Richtung.

Dann hatte er den Mutter-satelliten verlassen und entfernte sich von ihm mit einer relativen Geschwindigkeit von zwei bis drei Stundenkilometern. Mit Befehlen der rechten Hand stabilisierte sich McCandless und drehte sich dabei um, damit er das Raumflugzeug immer im Auge hatte.

„Da liegt das Cape“, rief er begeistert. Um 14.29 Uhr sah er Key West und war dann über Kuba. Um 14.31 meldete er: „Ich bin jetzt 25 Meter von euch entfernt.“ Jedemal, wenn er einen Steuerbefehl gab, leuchtete in seinem Helm ein Lichtsignal einer Faseroptik auf. Das hieß: Die Düsen haben Gas ausgeströmt. Mit welcher Geschwindigkeit er sich von seinen Kameraden entfernte, wußte er nicht, weil dafür kein Anzeigergerät vorgesehen ist.

Kommandant Vance Brand richtete unterdessen sein Bordradar auf den ersten „menschlichen Mond“ der Erde. Brand wollte so die Entfernung zu McCandless messen. Doch das klappte nicht. „Ich kann dich mit Radar nicht erfassen“, rief er über Funk. „Du reflektierst nicht genug.“ Wären alle Steuersysteme des „Rucksacks“ ausgefallen, hätte Brand + Challenger immer noch an seinen gestrandeten Kameraden heranfliegen können. Bob Stewart hätte

McCandless in diesem Fall greifen und in die offene Ladeluke hineinziehen können.

Da McCandless kein elektronisches Gerät bei sich hatte, das ihm die Entfernung zum Raumschiff anzeigte, hatte er sich auf der Erde einen Maßstab anfertigen lassen, auf dem kalibrierte Einheiten markiert waren. „Ich bin jetzt ungefähr 50 Meter von euch entfernt“, meldete er. „Dreh lieber um“, kam es aus Texas zurück. Er hielt den Stab in Richtung Raumschiff und konnte sozusagen über den Daumen bei der wechselnden Größe des Raumflugzeuges seine Entfernung schätzen. Bei etwa 50 Meter Abstand vom Raumschiff drehte er um und flog zurück. Beim zweiten Freiflug entfernte sich McCandless einhundert Meter von „Challenger“. Danach stand Stewart ein ähnliches Programm bevor.

Ogleich die Stickstofftanks in den Manövriergestalts bis zu vier Stunden Energie bieten, tankten die Astronauten jedes Mal bei Erreichen von „Challenger“ wieder Treibstoff auf.

Das rund fünfstündige aufsehenerregende Außenbordmanöver, das in der Geschichte der Raumfahrt ohne Beispiel ist, hatte um 13.15 Uhr deutscher Zeit begonnen, als McCandless und Stewart über Afrika den Druckausgleich hergestellt hatten und in die Ladeluke hinaustraten. Dann schnallten sie sich die Manövriergestalts um und flogen zur Probe in der Ladeluke umher.

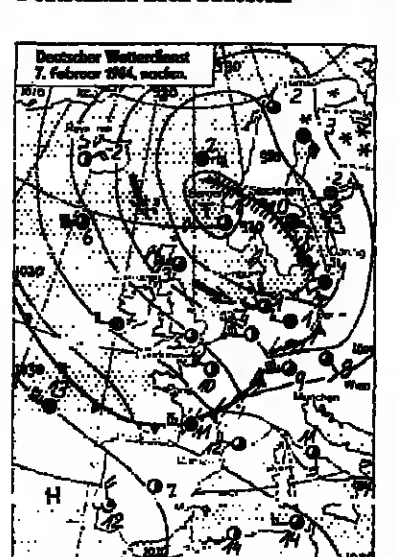
hinaus keine Baby-Fertignahrung mehr verkauft werden, die auch nur die geringste Spur von EDB enthält.

Es besteht kein Anlaß, den Notstand auszurufen

William Ruckelshaus, Chef der Umweltschutzbehörde, betonte bei der Verkündung des EDB-Verbots, daß die Lebensmittel mit nachweisbaren EDB-Spuren, die noch in den Regalen stehen, keinerlei Anlaß böten, einen „Notstand“ auszurufen. Nach den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen stellten diese geringen Spuren keine Bedrohung dar, und die Regierung habe daher keinen Anlaß zu drastischen Maßnahmen. Sie wolle aber im Laufe der nächsten Jahre erreichen, daß EDB vollständig aus allen Lebensmitteln verschwinde, da die Chemikalie möglicherweise langfristig eine Gefahr darstelle. (SAD)

WETTER: Unbeständig

Wetterlage: In der vom Atlantik nach Mitteleuropa gerichteten Nordwestströmung überquert ein Tief aus der Nordsee Deutschland nach Südosten.



Vorhersage für Mittwoch:

Ganz Deutschland und Raum Berlin: Ostlich der Weser wechselnd wollig mit Schnee, Regen- und Graupelschauern. Westlich der Weser Bewölkungsveränderung von Nordwesten her und nachfolgend Niederschläge. In Lagen oberhalb 400 Meter als Schnee. Tages-temperaturen zwischen plus 2 Grad im Nordosten und plus 6 Grad im Südwesten. Tiefstwerte um 0 Grad, örtlich Straßengefrore. Mäßiger bis frischer und zum Teil böiger Wind aus West.

Weitere Aussichten:

Am Donnerstag nachlassende Schauererregtheit, Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:			
Berlin	1°	Kairo	18°
Bonn	3°	Kopenhagen	2°
Dresden	4°	Las Palmas	19°
Essen	4°	London	5°
Frankfurt	5°	Madrid	7°
Hamburg	1°	Mallorca	7°
Lissabon	3°	Moskau	-10°
München	4°	Nizza	16°
Stuttgart	14°	Oalo	-2°
Algier	14°	Paris	10°
Amsterdam	14°	Prag	1°
Athen	12°	Rom	11°
Barcelona	15°	Stockholm	0°
Brüssel	2°	Tel Aviv	16°
Budapest	2°	Tunis	14°
Bukarest	5°	Wien	0°
Helsinki	-2°	Zürich	0°
Istanbul	8°		

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.48 Uhr, Untergang: 17.25 Uhr, Mondaufgang: 10.41 Uhr, Untergang: 0.20 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel

Verbotenes Gift bleibt noch Jahre im Frühstück

Wegen des Verdachts der Krebszerzeugung darf Pflanzenschutzmittel EDB in den USA von sofort an nicht mehr verwendet werden

A. v. KRUSENSTERN, New York

Der traditionelle amerikanische Geburtstagskuchen ist vergiftet. Gift ist auch in den Getreidefloeken, die morgens auf Millionen von amerikanischen Frühstückstischen stehen. Wer immer in den USA Kuchen oder Getreidefloeken isst, kann dem Gift nicht entgehen; denn die Umweltschutzbehörde der amerikanischen Regierung hat zwar die Verwendung des Pflanzenschutzmittels Ethylen-Dibromid (EDB) verboten, das nachweislich bei Versuchstieren Krebs hervorruft, aber Getreideerzeugnisse, die EDB enthalten, werden nicht generell aus dem Handel gezogen. Es wird ein bis zwei Jahre dauern, bis sie aufgebraucht sind.

EDB ist so allgegenwärtig, daß die Amerikaner verhungern müßten, wenn alle Lebensmittel, in denen EDB nachweisbar ist, vernichtet würden. Vierzig Prozent des in den USA eingelagerten Weizens und 16 Prozent des eingelagerten Maises wurden vor dem Verbot mit EDB behandelt,

um das Getreide gegen Insektenfraß zu schützen.

Daß EDB bei Versuchstieren Krebs hervorruft, ist seit Jahren bekannt, aber den EDB-Spuren in Getreideerzeugnissen schenkte niemand viel Beachtung. Alarm wurde erst geschlagen, als Wissenschaftler vor etwa einem halben Jahr hohe EDB-Konzentrationen im Grundwasser von Obplantagen in Florida, Texas, Kalifornien, Arizona und Hawaii entdeckten. Diese Entdeckung führte schließlich in der vorigen Woche zu einem generellen EDB-Verbot.

So wurden Getreide und Obst vor Insekten geschützt

EDB wurde bisher in der amerikanischen Landwirtschaft auf drei verschiedene Weisen verwendet. In Obplantagen trankte man den Boden direkt, um die Wurzeln der Bäume vor Würmern zu schützen. Dazu wurde das Obst damit besprüht, um

Insekten wie der Fruchtfliege beizukommen. Und schließlich wurde eingelagertes Getreide mit EDB-Dämpfen behandelt, um es vor Insekten zu schützen.

Nur etwa zwanzig Prozent des in den USA auf den Markt kommenden EDB wurde bisher für landwirtschaftliche Zwecke verwendet. Etwa 80 Prozent fand als Benzin-Additiv Verwendung, da EDB auch die Ablagerung von Blei in Automotoren verhindert.

Gleichzeitig mit dem Verbot gab die Umweltschutzbehörde zulässige Höchstmengen von EDB in Getreide und Lebensmitteln bekannt. Die Regelungen der einzelnen Staaten der USA wurden ermächtigt, Lebensmittel, die mehr als die zulässige Höchstmenge EDB enthalten, aus dem Handel zu ziehen. Mehrere Staaten, vor allem Florida und Kalifornien, haben davon bereits Gebrauch gemacht und den Verkauf mehrerer Getreideprodukte mit sofortiger Wirkung verboten. In Kalifornien darf darüber-